



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die österreichische Haltung zum Boykott der Olympischen  
Sommerspiele in Moskau 1980 unter besonderer  
Berücksichtigung der Rolle Bruno Kreiskys

Verfasserin

Agnes Meisinger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, November 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb



Ich versichere,

dass ich die Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

dass ich diese Diplomarbeit weder im In- noch Ausland (einer Beurteilerin / einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Wien, November 2012



## **Danke**

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Ariane Ouschan

Sophie Meisinger

Corina Exenberger

Florentine Kastner

Linda Erker

Karoline Rieder

Tanja Miedler

und den geduldigsten Eltern der Welt.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	7
1.1 Forschungsstand .....	9
1.2 Forschungsfragen und Thesen.....	12
1.3 Ziel und Aufbau der Arbeit .....	13
<b>2. Die US-Boykottkampagne</b> .....	15
2.1 Das Verhältnis von (olympischem) Sport und Politik .....	16
2.2 Der Boykottaufruf und die (internationalen) Reaktionen .....	23
2.3 Die US-Boykottkampagne erreicht Österreich .....	27
2.4 Das Österreichische Olympische Comité.....	29
<b>3. Die Entscheidungsfindung in Österreich: Akteure und Interessen</b> .....	33
3.1 Sportpolitik „auf Österreichisch“ .....	34
3.2 Die Außenpolitik Österreichs .....	37
3.2.1 Die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion und den USA.....	41
3.3 Die österreichische Wirtschaftspolitik in den 1970er Jahren und die Außenhandelsbeziehungen zu der Sowjetunion und den USA.....	45
3.3.1 Die wirtschaftliche Situation in Österreich und die ökonomischen Interessen im Ausland.....	46
3.3.2 Außenhandel mit der Sowjetunion .....	47
3.4 Die Haltung Bruno Kreiskys zum Olympiaboykott.....	51
<b>4. Die Boykottdiskussion auf politischer Ebene</b> .....	53
4.1 Parteiinterne Diskussionen .....	55
4.2 Die Diskussion im Nationalrat .....	58
4.3 Die Diskussion im Rat für Auswärtige Angelegenheiten .....	59
4.4 Pressedienste der Parteien .....	61
4.5 Orientierung Österreichs an den Neutralen .....	65

<b>5. Die Entscheidung</b> .....	70
5.1 Die Diskussion um geeignete Protestmaßnahmen .....	72
5.2 Im Spiegel der Erinnerung .....	74
5.3 Das „Nachspiel“ .....	80
5.4 Interpretationen 1980/81 .....	82
5.5 Von Moskau nach Sotschi.....	83
<b>6. Conclusio</b> .....	86
<b>7. Quellen- und Literaturverzeichnis</b> .....	90
<b>Anhang</b> .....	103
Kurzbiographie von MinR. Prof. Dr. Josef Höchtl .....	103
Kurzbiographie von Bundesminister i. R. Dr. Erwin Lanc .....	104
Abstract .....	105
Lebenslauf .....	106

## 1. Einleitung

Im Sommer 1980 schrieb Elisabeth „Sissy“ Theurer österreichische Sportgeschichte – sie gewann bei den XXII. Olympischen Sommerspielen in Moskau<sup>1</sup> in der Disziplin Dressurreiten eine Goldmedaille. Doch diesem Erfolg, sowie drei weiteren Medaillen, die durch österreichische Athleten<sup>2</sup> errungen wurden, war nicht nur ein sportlicher, sondern auch ein politischer „Kraftakt“ vorangegangen.

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, einem sporthistorischen Ereignis, das im Vorfeld globale Kontroversen und nationale Diskussionen auslöste, wie keine andere internationale Sportveranstaltung zuvor.

Dem muss vorangestellt werden, dass zu diesem Zeitpunkt erstmals die Ausrichtung der Olympischen Spiele an ein sozialistisch/kommunistisch regiertes Land vergeben wurde. Nach einer Phase der relativen Entspannung (Détente) zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion verschärfen sich aufgrund sowjetischer Aufrüstungstendenzen ab Mitte der 1970er Jahre erneut die Gegensätze der beiden Blöcke im Kalten Krieg. Der wieder aufkeimende Konflikt wurde durch die politisch-militärische Intervention der UdSSR in Afghanistan im Dezember 1979 nochmals verstärkt und veranlasste US-Präsident Jimmy Carter, dem Kreml nicht nur mit wirtschaftlichen Sanktionen, sondern auch mit dem Boykott der bevorstehenden Olympischen Sommerspiele in Moskau zu drohen. Carter, der die Menschenrechtspolitik ins Zentrum seines außenpolitischen Handelns stellte<sup>3</sup>, forderte die „freie Welt“ dazu auf, den US-Olympiaboykott zu unterstützen und argumentierte, die Invasion in Afghanistan wäre ein Aggressionsakt, der internationales Recht verletze und den Weltfrieden bedrohe.<sup>4</sup> Auch der damalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky erhielt einen Brief von Jimmy Carter, in dem der US-Präsident ihn bat, das *Österreichische*

---

<sup>1</sup> In der Literatur ist oftmals von den *XXII. Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn* die Rede. Der Grund hierfür ist, dass die Segelwettbewerbe bedingt durch die infrastrukturellen Gegebenheiten vor dem Yachthafen Tallinns (ehem. Estnische SSR) ausgetragen wurden.

<sup>2</sup> In dieser Arbeit wird auf gendergerechte Formulierung geachtet. Ist von „Athleten“, „Politikern“ etc. die Rede, ist ausschließlich ein männlicher Personenkreis gemeint. In paraphrasierten Textstellen werden ebenfalls die in den Originalquellen genannten Genera übernommen.

<sup>3</sup> Zur Menschenrechtspolitik Jimmy Carters siehe ausführlich: Hauke Hartmann, *Die Menschenrechtspolitik unter Präsident Carter. Moralische Ansprüche, strategische Interessen und der Fall El Salvador*, Frankfurt/Main 2004.

<sup>4</sup> Jimmy Carter, Letter to the President of the U.S. Olympic Committee on the Games to be held in Moscow, January 20, 1980, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=33238&st=olympics&st1=#axzz1ecMO2xV0> (abgerufen am: 10.1.2012)

*Olympische Comité* (ÖOC) zu überzeugen, an dem Boykott mitzuwirken und von der Entsendung eines Österreichischen Olympia-Teams nach Moskau abzusehen.

Die Thematik ist von aktueller Brisanz, da in der unmittelbaren Vergangenheit – im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele in Peking/China 2008 – ebenfalls eine internationale Boykottdiskussion stattfand, die auf Kritik an der Menschenrechtspolitik des Gastgeberlandes basierte. Aufgrund der gewaltsamen Politik Chinas gegenüber der autonomen Provinz Tibet wenige Monate vor der Sportveranstaltung, hatten US-Abgeordnete zu einem Boykott der Olympischen Spiele in Peking aufgerufen. Nachdem die österreichischen EU-Abgeordneten die Forderung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, nach einem Boykott der Spiele mehrheitlich ablehnten, wurde ein Boykott der Eröffnungsfeier in Betracht gezogen, der jedoch nicht umgesetzt wurde.<sup>5</sup>

Jüngst gab es im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2012, die in Polen und der Ukraine stattfand, auch in Österreich Diskussionen über geeignete Boykottmaßnahmen gegen das Veranstalterland Ukraine, das aufgrund des Umgangs mit der wegen Amtsmissbrauch im Jahr 2011 inhaftierten Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko massiv in der Kritik stand. Aus Protest gegen die Politik von Präsident Viktor Janukowitsch kündigten mehrere führende PolitikerInnen verschiedener Staaten sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an, den Spielen der Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine fernzubleiben. Auch die österreichische Regierung beschloss in einer Ministerratssitzung, kein Regierungsteam während der Europameisterschaft in die Ukraine zu entsenden, um ein sichtbares Zeichen gegen die menschenrechtsverletzenden Haftbedingungen zu setzen.<sup>6</sup>

In dieser Arbeit wird die österreichische Haltung zum Aufruf der Vereinigten Staaten zur Boykottierung der Olympischen Spiele in Moskau 1980 durch die Analyse der nationalen Debatten dargestellt. Im Speziellen werden die Beweggründe für die Teilnahme einer österreichischen Mannschaft an den Spielen in der Sowjetmetropole genau untersucht. Hierfür wird der Entscheidungsprozess rekonstruiert und der Frage nachgegangen, inwiefern sportliche, politische und wirtschaftliche Interessen Österreichs die Entscheidungsfindung

---

<sup>5</sup> *Die Presse*, Weltweite Diskussion: Boykott der Olympischen Spiele?, 25.3.2008, [http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/372167/Weltweite-Diskussion\\_Boykott-der-Olympischen-Spiele](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/372167/Weltweite-Diskussion_Boykott-der-Olympischen-Spiele) (abgerufen am: 5.5.2012)

<sup>6</sup> *Die Presse*, Österreichs Regierung boykottiert EM-Spiele in der Ukraine, 2.5.2012, <http://diepresse.com/home/sport/fussball/754063/Oesterreichs-Regierung-boykottiert-EMSpiele-in-Ukraine> (abgerufen am: 5.5.2012)

beeinflusst haben. Das Hauptaugenmerk der Analyse liegt auf der politischen Diskussion zur Boykottfrage.

Am 19. Mai 1980 entschied die Vollversammlung des Österreichischen Olympischen Comité in einer geheimen Abstimmung, eine österreichische Delegation zu den Olympischen Sommerspielen nach Moskau zu entsenden.

### 1.1 Forschungsstand

Die Geschichte der modernen Olympischen Spiele und die politische Instrumentalisierung des Sports waren bereits oftmals Gegenstand interdisziplinärer wissenschaftlicher Untersuchungen. Waren es ab den 1960er Jahren im angloamerikanischen Raum die *Sport Studies* (USA) und *Sport and Leisure Studies* (GB), die sich in Verbindung mit anderen Wissenschaftsdisziplinen – etwa den *Cultural Studies* oder *Gender Studies* – mit sporthistorischen Fragestellungen auseinandersetzten, so ist ab den 1990er Jahren auch eine intensive Beschäftigung mit Themen der Sportgeschichte durch die Geschichtswissenschaft zu bemerken. Im deutschsprachigen Raum setzte dieser Trend erst mit Verspätung ein. Zuvor oblag es den Sportwissenschaften, die sich im Verlauf der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland akademisch etablierten, Themen und Fragen der Sporthistorie zu behandeln. Von der Aufarbeitung der Geschichte der „Propagandaspiele“ in Berlin 1936 bis hin zu den deutsch-deutschen Sportbeziehungen vor dem Hintergrund der Systemunterschiede zwischen der BRD und DDR ist in den vergangenen zehn Jahren ein deutlicher Anstieg geschichtswissenschaftlicher Publikationen auch im deutschsprachigen Raum zu verzeichnen.<sup>7</sup> Mittlerweile widmet sich der Forschungsbereich der *Cold War Studies* vermehrt der Untersuchung der transnationalen Dimensionen des Sportes während der Zeit des Ost-West-Konflikts.<sup>8</sup>

Die Diskussion um den Olympiaboykott von 1980 in der Bundesrepublik Deutschland wurde von dem Publizisten Willi Ph. Knecht<sup>9</sup> bereits im Olympiajahr thematisiert. Rolf Pfeiffer<sup>10</sup> arbeitete diese einige Jahre später in seiner geschichtswissenschaftlichen Dissertation durch die inhaltliche Bewertung der innenpolitischen Diskussion sowie eine medienanalytische Untersuchung der bundesdeutschen Tagespresse im Detail auf. Auch in anderen

---

<sup>7</sup> Olaf Stieglitz / Jürgen Martschukat, Sportgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 27.2.2012, <http://docupedia.de/zg/Sportgeschichte> (abgerufen am: 20.10.2012)

<sup>8</sup> Bernd Greiner, Kalter Krieg und „Cold War Studies“, in: Docupedia Zeitgeschichte, 11.2.2010, [http://docupedia.de/zg/Cold\\_War\\_Studies](http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies) (abgerufen am: 20.10.2012)

<sup>9</sup> Willi Ph. Knecht, Der Boykott. Moskaus mißbrauchte Olympiade, Köln 1980.

<sup>10</sup> Rolf Pfeiffer, Sport und Politik. Die Boykottdiskussionen um die Olympischen Spiele von Mexico City 1968 bis Los Angeles 1984, (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 324), Frankfurt/Main 1987.

(west)europäischen Ländern, wie beispielsweise Frankreich, wurde die Thematik bereits einer wissenschaftlichen Aufarbeitung unterzogen.

Die Debatte um die Teilnahme einer österreichischen Equipe an den Olympischen Sommerspielen in Moskau 1980 ist Teil der österreichischen sportpolitischen Geschichte.

Hinsichtlich der Darstellung des Verhältnisses von Sport und Politik – im Speziellen mit Fokus auf die Olympischen Spiele – ist bereits eine große Anzahl von Sekundärliteratur vorhanden, auf die in dieser Arbeit zurückgegriffen wird, um den theoretischen Rahmen festzulegen. Hierzu zählen vor allem die Standardwerke des Politikwissenschaftlers Christopher R. Hill<sup>11</sup> und des Historikers Alfred Erich Senn<sup>12</sup>. Historische Analysen zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 bieten u. a. die Autoren Derick L. Hulme Jr.<sup>13</sup> sowie Nicholas Evan Sarantakes<sup>14</sup>, dessen rezentes Werk vor allem die internationale Perspektive des Boykotts beleuchtet und diesen kritisch hinterfragt.

Auch zwei österreichische Autoren setzten sich in den 1990er Jahren mit dem Olympiaboykott von 1980 in wissenschaftlichen Arbeiten auseinander. Der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier beschäftigte sich in seiner Dissertation zum Thema „Politische Aspekte der Olympischen Spiele“<sup>15</sup> aus dem Jahr 1993 mit den Modernen Olympischen Spielen von Athen 1896 bis Atlanta 1996 im Spannungsfeld internationaler Konflikte. In einer Fallstudie untersuchte er die Olympischen Spiele in der Zeit des Ost-West-Konflikts und bezeichnete die Bewerbe als „Sportkampf der Supermächte“<sup>16</sup>. Filzmaier stellte zwar in Bezug auf den US-amerikanischen Olympiaboykottaufbruch nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan die Positionen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und Frankreichs dar, ging jedoch nicht auf die Diskussion in Österreich ein. In seinem Fazit beurteilte Filzmaier den Olympiaboykott von 1980 als eine „Chance zur Profilierung“ für US-Präsident Jimmy Carter, dessen Image zu diesem Zeitpunkt „stark angekratzt“ war.<sup>17</sup>

Die einzige Studie mit direktem Österreichbezug hinsichtlich der Darstellung der Boykottdiskussion stellt die sportwissenschaftliche Diplomarbeit von Renate Kopitschek aus

---

<sup>11</sup> Christopher R. Hill, *Olympic politics*, Manchester – New York 1992.

<sup>12</sup> Alfred Erich Senn, *Power, Politics and the Olympic Games*, Champaign 1999.

<sup>13</sup> Derick L. Hulme Jr., *The political Olympics. Moscow, Afghanistan, and the 1980 U.S. Boycott*, New York – Westport/Connecticut – London 1990.

<sup>14</sup> Nicholas Evan Sarantakes, *Dropping the Torch. Jimmy Carter, the Olympic Boycott, and the Cold War*, New York 2011.

<sup>15</sup> Peter Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele. Analyse des Stellenwertes der Olympischen Spiele als Faktor der nationalen und internationalen Politik unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Konfliktformationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Dissertation, Universität Wien 1993.

<sup>16</sup> Filzmaier, *Aspekte*, 266.

<sup>17</sup> Ebd.

dem Jahr 1996 dar. In ihrer Studie mit dem Titel „Teilnehmen oder nicht teilnehmen?“<sup>18</sup> untersuchte Kopitschek die österreichischen Printmedien – Tageszeitungen und Wochenmagazine sowie offizielle Zeitschriften der Sportdach- und -fachverbände – zu diesem Thema. Ihre Hauptthese, dass der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky „die Fäden in der Olympia-Diskussion“<sup>19</sup> zog, begründete sie einzig auf der Beurteilung der Berichterstattungen in den Printmedien. Eine genauere Betrachtung der sportlichen, politischen und wirtschaftlichen meinungsbildenden Faktoren wurde allerdings von der Autorin nicht vorgenommen, auch das Ergebnis der Boykottdiskussion wurde nur oberflächlich kommentiert.

In der vorliegenden Arbeit werden zahlreiche Primärquellen ausgewertet, um eine möglichst lückenlose und die gesamte politische Perspektive abdeckende Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses zu bieten. Eine qualitative Analyse folgender Quellen wurde daher vorgenommen:

- Dokumente und Korrespondenz zum Forschungsbereich aus der Stiftung Bruno Kreisky Archiv in Wien (StBKA),
- Tagebuch von Josef Staribacher<sup>20</sup> (StBKA),
- Nationalratsprotokolle aus dem Jahr 1980,
- Protokolle des Rates für Auswärtige Angelegenheiten aus dem Jahr 1980 (StBKA),
- Aussendungen der Pressedienste der im Jahr 1980 im Parlament vertretenen Parteien Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), Österreichische Volkspartei (ÖVP) und Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)<sup>21</sup>,
- Interviews mit Bundesminister i. R. Dr. Erwin Lanc (SPÖ), dem ehemaligen Nationalratsabgeordneten und Sportsprecher der ÖVP Ministerialrat Prof. Dr. Josef

---

<sup>18</sup> Renate Kopitschek, *Teilnehmen oder nicht teilnehmen? Die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau im Spiegel der österreichischen Printmedien*, Diplomarbeit, Universität Wien 1996.

<sup>19</sup> Kopitschek, *Teilnehmen*, 2.

<sup>20</sup> Der ehemalige Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Josef Staribacher, machte während seiner über 13 Jahre langen Amtszeit fast täglich Aufzeichnungen über die bedeutendsten Geschehnisse in der österreichischen Politik. Diese diktierte Staribacher auf ein Tonband, seine MitarbeiterInnen transkribierten die Sprachnotizen am Folgetag. Da das Tagebuch nicht redigiert wurde, beinhaltet es Tipp- und Rechtschreibfehler, die in dieser Arbeit in wörtlichen Zitaten übernommen und gekennzeichnet werden. Das Tagebuch von Josef Staribacher umfasst etwa 70 Aktenordner, die bereits digital erschlossen wurden, und ist in den Räumlichkeiten der Stiftung Bruno Kreisky Archiv (StBKA) in Wien zugänglich. Für weitere Informationen zum Tagebuch von Josef Staribacher siehe Kapitel 5.2.

<sup>21</sup> Aus dem Bestand der Sammlung *Austrodok* am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Die Sammlung wird künftig in der Fachbereichsbibliothek Zeitgeschichte der Universität Wien zugänglich gemacht werden.

Höchtl sowie mit Hon.-Prof. Dr. Kurt Heller, Sohn des ehemaligen SPÖ-Stadtrates und ÖOC-Präsidenten Kurt Heller.<sup>22</sup>

## 1.2 Forschungsfragen und Thesen

Ausgehend von dem genannten Quellenmaterial, werden die Motive für die Entscheidung, an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen, herausgearbeitet und analysiert. Die ausgewerteten Dokumente werden nicht isoliert betrachtet, sondern in einem breiten Kontext, der sportliche, politische und wirtschaftliche Interessen berücksichtigt, eingebettet und bewertet.

Für die Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses muss ein besonderes Augenmerk auf die gestaltenden, beeinflussenden oder treibenden Akteure sowie die öffentliche Debatte gelegt werden. In den Fokus geraten somit eine Reihe von Personen und Institutionen – zu ihnen gehören politische Parteien und ihre Repräsentanten, Sportverbände und ihre Funktionäre sowie Diplomaten im In- und Ausland. Gleichfalls zählen hierzu Personen, die großen Einfluss auf die Diskussion auch fernab ihres eigenen Kompetenzbereiches hatten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt somit auch auf der Frage, wie die Position des österreichischen Bundeskanzlers zu bewerten ist – vor allem im Bezug auf die außenpolitische Linie der SPÖ-Alleinregierung, die eine Fortsetzung der Entspannungspolitik sowie die Intensivierung des Handels mit der Sowjetunion forcierte.

Ein weiterer Bereich der Analyse betrifft die Frage, welche Bedeutung die österreichisch-sowjetischen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen für die Entscheidungsfindung hatten.

Zu beleuchten ist des Weiteren die Rolle des Österreichischen Olympischen Comité, das gemäß dem Reglement des *Internationalen Olympischen Komitees (International Olympic Committee / IOC)* eine selbstständige, nichtpolitische Organisation war/ist. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage nach der Autonomie des ÖOC und seiner Funktionäre. In den Medien wurde die Entscheidung für eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau als autonome Handlung des ÖOC und ihrer Mitglieder dargestellt.

---

<sup>22</sup> Die Autorin bedankt sich bei den Interviewpartnern sowie bei Mag. art. Dr. Friederike Heller für die Gespräche. Die Transkripte der Interviews befinden sich im Privatbesitz der Autorin. Für die vollständigen, von Josef Höchtl und Erwin Lanc freigegebenen biographischen Daten siehe Anhang.

Abschließend wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich der österreichische Teilnahmebeschluss an der Entscheidung der anderen neutralen Staaten Europas – Finnland, Schweden und Schweiz – orientierte. Diese wird anhand der Auswertung der Korrespondenz mit den jeweiligen Botschaften beantwortet.

Eine weitere Perspektive auf die innenpolitische Diskussion zur Boykottfrage wird durch Interviews mit zwei ehemaligen Politikern, die auch als Sportfunktionäre aktiv waren, eröffnet. Zu diesem Zweck wurden Gespräche mit dem damaligen Bundesminister für Inneres Erwin Lanc und dem ÖVP-Nationalratsabgeordneten und Sportsprecher Josef Höchtl geführt. Die Auswahl der Interviewpartner fiel insofern leicht, da beide Personen eine ausgewiesene Affinität zu Sport aufweisen – nicht nur aufgrund ihrer Tätigkeiten als Funktionäre in Sportdach- bzw. -fachverbänden, sondern auch aufgrund ihrer Involvierung in die Sportpolitik Österreichs. Zudem wird durch die Wahl der Interviewpartner gewährleistet, dass das Thema aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet bzw. rezipiert wird.

Die forschungsleitenden Thesen lauten:

- Trotz der formalen Unabhängigkeit des Österreichischen Olympischen Comités und der vielfach publizierten Beteuerungen der Sportfunktionäre und Politiker, dass die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau ausschließlich in Hinblick auf Österreichs SportlerInnen und Sportfans getroffen wurde, war sie doch maßgeblich politisch motiviert.
- Bruno Kreisky hat die Entscheidung, österreichische SportlerInnen zu den Spielen nach Moskau zu entsenden, nicht getroffen und kraft seines politischen Gewichts im eigentlichen Entscheidungsgremium durchgesetzt. Dies widerspricht der These der Sportwissenschaftlerin Renate Kopitschek, die Sportfunktionäre, Politiker und Sportler als Kreiskys „Marionetten“ in dieser Frage bezeichnete.<sup>23</sup>

### **1.3 Ziel und Aufbau der Arbeit**

Die vorliegende Studie handelt von Ereignissen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. In der Zeit nach der Détente war neben der atomaren Aufrüstung die Sportpolitik ein Instrument zur Absteckung der Interessensphären und Machtdemonstration. In dieser Arbeit werden Vorgänge rund um die Olympischen Spiele in Moskau 1980 untersucht. Diese fielen in die Zeit der SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky. Ziel der Arbeit ist es,

---

<sup>23</sup> Kopitschek, Teilnehmen, 2.

österreichische Sportgeschichte in der Kalten-Kriegs-Forschung zu verorten und diese mit Informationen zu bereichern.<sup>24</sup>

Der Aufbau der Arbeit orientiert sich grundsätzlich an den zuvor erwähnten Fragestellungen und ist neben Einleitung und Conclusio in vier inhaltliche Abschnitte gegliedert.

Zu Beginn wird das Verhältnis von Sport und Politik (national und international) mit speziellem Fokus auf Olympische Spiele in der Zeit des Kalten Krieges auf Basis der vorliegenden Sekundärliteratur analysiert. Ebenso wird in diesem Abschnitt der Verlauf der internationalen Boykottbewegung skizziert sowie die Struktur des ÖOC näher betrachtet. In einem weiteren Schritt folgt die Darstellung der Akteure und Interessenssphären, die die Diskussion um Österreichs Olympiateilnahme beeinflussten. Eine Auswertung und Analyse der Sitzungsprotokolle des Nationalrates und des Rates für Außenpolitische Angelegenheiten sowie der Nachrichten der Pressedienste der Parlamentsparteien und des Tagebuches von Handelsminister Josef Staribacher gibt Aufschlüsse über den Diskussionsverlauf sowie die Positionen der involvierten und prozessbestimmenden Personen und Institutionen.

Im abschließenden Abschnitt wird die Teilnahmeentscheidung, die durch das ÖOC getroffen wurde, kommentiert und interpretiert.

---

<sup>24</sup> Zur Kalten-Kriegs-Forschung in Österreich siehe ausführlich: Günter Bischof, Eine historiographische Einführung: Die Ära des Kalten Krieges und Österreich, in: Erwin A. Schmidl, Österreich im frühen Kalten Krieg 194–1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien – Köln – Weimar 2000, 19–53.

## 2. Die US-Boykottkampagne

Im Olympiajahr 1980 waren die beiden großen Kontrahenten des Kalten Krieges Gastgeber Olympischer Spiele – die XIII. Winterspiele fanden in Lake Placid/USA statt, die XXII. Sommerspiele wurden in Moskau/UdSSR ausgetragen.

Bereits im Jahr 1969 bewarb sich Moskau beim Internationalen Olympischen Komitee um die Ausrichtung der Sommerspiele 1976. Mitbewerber waren die Städte Montreal und Los Angeles. Vor allem das US-amerikanische Organisationskomitee betrieb einen großen Aufwand, um die Olympischen Sommerspiele, die bereits 1932 in Los Angeles ausgetragen worden waren, erneut nach Kalifornien zu bringen. Der Bewerbungsprozess wurde zum Politikum, als US-Präsident Richard Nixon (1969–1974)<sup>25</sup> in diesen eingriff und durch politisches Lobbying versuchte, die Vergabe zu beeinflussen.<sup>26</sup>

Obwohl Moskau bei der Sitzung des IOC, dem Organisator und Veranstalter Olympischer Spiele, im Jahr 1970 in Amsterdam im ersten Wahlgang mit 28 Stimmen die relative Mehrheit erreichte (Montreal 25, Los Angeles 17), erhielt Montreal in der zweiten und entscheidenden Abstimmung, bei der Los Angeles nicht mehr zur Wahl stand, mit einem Ergebnis von 41 zu 28 (bei einer Stimmenthaltung) den Zuschlag.<sup>27</sup> Die Wahl fand geheim statt. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Anzahl von 28 Stimmen, die die Moskauer Bewerbung jeweils in beiden Wahlgängen erhalten hatte, exakt der Anzahl der IOC-Mitglieder aus kommunistisch/sozialistisch regierten Staaten entsprach. Moskau erhielt also in der Stichwahl keine weitere Unterstützung durch die Mitglieder der Kommission, die zuvor für Los Angeles gestimmt hatten. Die Niederlage überraschte und veranlasste sowjetische Politiker zu lautstarker Kritik an einem politisch grundierten Abstimmungsverhalten der IOC-Mitglieder; sogar ein sowjetischer Boykott der Spiele in Montreal wurde erwogen.<sup>28</sup> Dieser wurde jedoch nicht umgesetzt, und die Sowjetunion stellte bei den Spielen in Montreal 1976 die erfolgreichste Olympiamannschaft aller in Kanada vertretenen Nationen.

Trotz der Niederlage im Bewerbungsprozess um die Sommerspiele 1976 kandidierte Moskau in der folgenden Vergabeperiode erneut als Austragungsort. Am 23. Oktober 1974 gewann die sowjetische Hauptstadt bei der 75. IOC-Session in Wien die Abstimmung gegen

---

<sup>25</sup> In der gesamten Arbeit beziehen sich Jahreszahlen in Klammern auf den Zeitraum, in dem die genannten Personen die angeführten Funktionen ausübten. In wenigen Ausnahmen werden selbsterklärend die Lebensdaten genannt.

<sup>26</sup> Siehe ausführlich: Nicholas Evan Sarantakes, *Moscow versus Los Angeles. The Nixon White House wages Cold War in the Olympic selection process*, in: *Cold War History* 9:1 (2009), 135–157.

<sup>27</sup> Sarantakes, Nixon, 145.

<sup>28</sup> Ebd.

Mitbewerber Los Angeles mit einem Votum von 39 zu 20 Stimmen und wurde zum Gastgeber der XXII. Olympischen Sommerspiele ernannt. Da zuvor die Winterspiele des Jahres 1980 an Lake Placid/USA vergeben worden waren, ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der IOC-Mitglieder aus diesem Grund Moskau als Veranstaltungsort für die im selben Jahr stattfindenden Sommerspiele präferierte.<sup>29</sup>

Nur wenige Tage nach der Entscheidung, die Olympischen Spiele in einem sozialistisch regierten Land auszutragen, entbrannte in den Vereinigten Staaten diesbezüglich eine heftige Diskussion, die durch die Presse entzündet wurde. Vor allem Journalisten der *New York Times* und des konservativen Blattes *National Review* diskutierten den Boykottgedanken öffentlich. Die Kritik bezog sich vorwiegend auf die in der Sowjetunion verübten, international bekannten Menschenrechtsverletzungen und Rassismus. Des Weiteren wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, dass im Vorfeld der Olympischen Spiele der Druck auf Regimekritiker in der Sowjetunion verschärft werden würde.<sup>30</sup>

## **2.1 Das Verhältnis von (olympischem) Sport und Politik**

Besondere Berücksichtigung findet in diesem Unterkapitel die Beziehung zwischen politischen und sportlichen Interessen während des Kalten Krieges, mit besonderem Fokus auf die Auseinandersetzungen der Supermächte UdSSR und USA im Rahmen von Olympischen Spielen. Ein markantes Beispiel hierfür waren die (außen)politisch motivierten Aktivitäten des republikanischen US-Präsidenten Nixon, der die Bewerbung von Los Angeles 1969/70 in den Rang einer Staatsaufgabe erhob. Seine Aktivitäten rund um den Vergabeprozess politisierten die sportlichen Konfrontationen der USA mit der Sowjetunion während des Kalten Krieges.

Der Friedensgedanke sowie die Bemühungen zur internationalen Völkerverständigung sind Eckpfeiler der Olympische Idee, die von Pierre de Coubertin, dem Begründer der modernen Olympischen Spiele, geprägt wurden. Es handelt sich hierbei um Grundphilosophien, die ohne Zweifel eine politische Dimension beanspruchen. Seit dem Jahr 1896 finden im Vierjahresrhythmus Olympische Sommerspiele statt und werden seit 1924 durch Olympische Winterspiele, die im selben Rhythmus abgehalten werden, ergänzt. Seit 1994 alternieren Sommer- und Winterspiele im Zweijahresrhythmus.

---

<sup>29</sup> Sarantakes, Nixon, 151.

<sup>30</sup> Pfeiffer, Sport, 317–318.

Die Olympischen Spiele der Neuzeit sind seit ihrem Beginn von politischen Interventionen und Auseinandersetzungen begleitet. Während in der Frühzeit der Ausschluss von, sowie der Boykott durch gewisse Nationen keine weltumspannenden Reaktionen nach sich zogen, hat die politische Instrumentalisierung der Spiele spätestens seit den Sommerspielen in Berlin 1936 enormes Echo. Die Olympischen Spiele sind seit Jahrzehnten die weltweit größte Sportveranstaltung und damit ein Thema, im Rahmen dessen politische Auseinandersetzungen ausgetragen werden können. Drei Kategorien politisch relevanter Umstände sind dabei zu benennen:

- Ausschluss gewisser Nationen
- Boykott durch gewisse Nationen
- Instrumentalisierung zum Zwecke der Propaganda durch das Gastgeberland

Den am genauesten dokumentierten politischen Missbrauch des Olympischen Gedankens stellen die Sommerspiele von 1936 in Berlin dar, die Adolf Hitler mit Hilfe seines „Propagandaministers“ Joseph Goebbels als Repräsentationsforum für die nationalsozialistische Politik und zur Stärkedemonstration des Landes benutzte. Diese Veranstaltung ging, im Gegensatz zu später folgenden, von politischen Interessenskonflikten überschatteten, Olympischen Spielen als „Propagandaspiele“ in die Geschichte ein.<sup>31</sup>

Die Sommerspiele in Melbourne 1956 gingen als die ersten der Kategorie „Boykottspiele“ in die Geschichte ein. Aus Protest gegen die Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes durch die Sowjetunion und/oder gegen die britisch-französische Militäraktion, die zur Suezkrise führte, entsandte eine Reihe von Nationen keine SportlerInnen nach Melbourne.<sup>32</sup>

Ein weiteres Beispiel dieser Art sind die Spiele von München 1972. Die Veranstaltung erlangte nicht nur aufgrund des politisch motivierten Anschlags palästinensischer Terroristen auf die israelische Mannschaft Bekanntheit fernab sportlicher Erfolgsmeldungen, sondern

---

<sup>31</sup> Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Spanien erwogen als Protest gegen die Verabschiedung der *Nürnberger Gesetze* von 1935 einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Berlin. Das Nationale Olympische Komitee der Vereinigten Staaten entschloss sich nach einer Abstimmung bei der Jahressitzung der *Amateur Athletic Union* (AAU), dem größten staatlich geförderten Sportverband des Landes, mit einer knappen Mehrheit von 58 zu 56 Stimmen zur Teilnahme. In Frankreich wurde ein Komitee zu Verteidigung der Olympischen Idee („Comité international pour le respect de l'esprit olympique“) gegründet, doch die Boykottbewegung konnte sich nicht gegen die nationalsozialistische Propagandamaschinerie durchsetzen. Frankreich entsandte ebenfalls eine Mannschaft nach Berlin. Spanien nahm nicht an den Spielen teil, allerdings nicht aus Protest, sondern aufgrund des in Spanien herrschenden Bürgerkriegs (1936–1939). Vgl. Regine Bleiß, *Olympische Spiele 1936. Proteste und Boykottbestrebungen*, <http://www.dhm.de/~jarmer/olympiaheft/olympia3.htm> (abgerufen am: 20.8.2012) sowie M. Patrick Cottrell / Travis Nelson, *Not just the Games? Power, protest and politics at the Olympics*, in: *European Journal of International Relations* Vol.17/No.4 (2011), 735 und 738.

<sup>32</sup> Hulme, *Olympics*, 2.

auch durch eine Boykottdiskussion im Vorfeld der Spiele, die das Problem der institutionalisierten Rassendiskriminierung in (Süd)Rhodesien (heutiges Simbabwe), das sich im Jahr 1965 unter einer weißen Minderheitsregierung für unabhängig erklärte, in den Mittelpunkt stellte – ein Umstand, der dem in der *Olympischen Charta*<sup>33</sup> verankerten Gleichheitsgebot widersprach.<sup>34</sup>

Im Jahr 1976 boykottierten 16 teilnahmeberechtigte afrikanische Länder aus Protest gegen das Antreten Neuseelands die Olympischen Spiele in Montreal. Der Boykott wurde von den Regierungen der den Spielen ferngebliebenen Nationen mit der Südafrikapolitik der neuseeländischen Regierung begründet, die die Austragung eines Rugbymatches Neuseelands gegen Südafrika gestattet und dadurch den weltweiten Sportbann gegen das Apartheidregime gebrochen hatte.<sup>35</sup>

Als „Ausschluss-Spiele“ können all jene Olympischen Spiele bezeichnet werden, von denen gewisse Nationen durch das IOC ausgeschlossen wurden bzw. vom Organisationskomitee (OK) des Gastgeberlandes keine Einladung zur Teilnahme erhielten. Ausschlussgründe waren vor allem Menschenrechtsverletzungen im Land potentieller Teilnehmernationen. Es wurden jedoch auch nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Nationen aufgrund ihres Kriegsverliererstatus ausgeschlossen. Dies betraf Österreich, Ungarn, Deutschland, Bulgarien und die Türkei bei den Olympischen Sommerspielen 1920 in Antwerpen sowie Deutschland und Japan bei den Olympischen Sommerspielen in London 1948. Mit der Begründung von Menschenrechtsverletzungen durch die Apartheidpolitik erhielt Südafrika zwischen 1964 und 1992 keine Erlaubnis an Olympischen Spielen teilzunehmen.<sup>36</sup>

Einen Sonderfall unter den „Ausschluss-Spielen“ stellt die Periode von 1920–1952 dar. Zu den Olympischen Spielen in diesem Zeitraum erhielt die Sowjetunion keine Einladung, da der Staat über kein (anerkanntes) *Nationales Olympisches Komitee* (NOK) verfügte.<sup>37</sup>

Die Sowjetunion ging auch in der Sportpolitik eigene Wege. Wie der deutsche Historiker Karl-Heinz Ruffmann aus Anlass der bevorstehenden Olympischen Spiele in Moskau 1980 in

---

<sup>33</sup> Die *Olympische Charta* (*Olympic Charter*) ist ein durch das IOC entwickeltes verbindliches Regelwerk, nach dessen Grundsätzen und Richtlinien die Verbreitung der Olympischen Bewegung und die Organisation Olympischer Spiele durchgeführt werden.

<sup>34</sup> Pfeiffer, Sport, 213.

<sup>35</sup> Ebd., 289.

<sup>36</sup> Vgl. Cottrell / Nelson, Games, 736 und 738.

<sup>37</sup> Filzmaier, Aspekte, 220. Das IOC entscheidet über die Aufnahme eines NOKs in die Olympische Bewegung. Diese bedeutet, nach dem Reglement der Olympischen Charta, die gleichzeitige Anerkennung der jeweiligen Regierung. Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Aufnahme des NOK der DDR im Jahr 1968. Vgl. Pfeiffer, Sport, 4 und 57–61.

seiner Studie<sup>38</sup> über die Bedeutung des Sports für die sozioökonomischen, kulturellen, pädagogischen und politischen Bereiche in der Sowjetgesellschaft ausführte, war Sport (vor allem Leistungssport<sup>39</sup>) von Beginn an integraler Bestandteil der sowjetischen politischen Kultur und diente den Machthabern zur Bewahrung und Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse sowie der gesamtpolitischen Einheit. Die rezente wissenschaftliche Forschung bekräftigt diese These. Der sowjetische Hochleistungssport wurde durch die mediale Breitenwirkung seiner international erzielten Erfolge „zum Katalysator der intersystemischen Beeinflussung“.<sup>40</sup>

Nikita Chruschtschow, Parteichef der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU, 1953–1964) und Regierungschef der UdSSR (1958–1964), war durch seine Reformen nach dem Tod Josef Stalins (1879–1953) hauptverantwortlich für den Modernisierungsschub, den der sowjetische Sportbetrieb ab den 1960er Jahren erfuhr. Im Jahr 1956 wurde beispielsweise die Austragung der „Spartakiade“ (Sportwettkampf der Völker der Sowjetunion), die erstmals 1921 in Prag stattfand, als Dauereinrichtung eingeführt. Den Rahmen dieses Massensportereignisses bildeten Vorführungen, Paraden und Kulturprogramme, wodurch die Spartakiade zu einer politischen Demonstration des sowjetkommunistischen Systems avancierte.<sup>41</sup>

In den Vereinigten Staaten kommt dem Sport ein hohes Maß an identitätsstiftender Wirkung zu. Diese Funktion entwickelte sich ab der Industrialisierung und mit der Verstädterung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Besonders nach dem Ersten Weltkrieg wurden sportliche Erfolge als Zeichen für nationale Leistungsfähigkeit gedeutet. Die große Wertschätzung des Sports führte in den USA auch zu seiner soliden Verankerung der athletischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Schulsystem. Das Programm wird von den ersten Schuljahren bis zu den Universitäten durchgezogen. Colleges und Universitäten sind das Reservoir, aus dem der professionelle Sportbetrieb in den USA seinen Nachwuchs schöpft.<sup>42</sup>

---

<sup>38</sup> Karl-Heinz Ruffmann, *Sport und Körperkultur in der Sowjetunion*, München 1980.

<sup>39</sup> Der staatlich geförderte Breitensport war fester Bestandteil des Lebens des sowjetischen Volkes. Er beinhaltete nicht nur einen gesundheitspolitischen Aspekt, sondern diente zur Vorbereitung auf hochproduktive Arbeitsleistung. Der Leistungssport hatte eine innen- und außenpolitische Funktion – sportliche Erfolge sowjetischer AthletInnen steigerten das internationale Prestige und stärkten zugleich den Patriotismus. Die erste von zahlreichen in den 1960er und 1970er Jahren gegründeten Elitesportschulen in der Sowjetunion wurde 1962 in Taschkent mit dem erklärten Ziel eröffnet, zukünftige Olympiasieger auszubilden. Vgl. Ruffmann, *Sport*, 126–132 und Timo Metsä-Tokila, *Combining Competitive Sports and Education: How Top-Level Sport Became Part of the School System in the Soviet Union, Sweden and Finland*, in: *European Physical Education Review* Vol.8 / No.3 (2002), 199.

<sup>40</sup> Vgl. Nikolaus Katzer, *Ideologie und Pragmatismus in der sowjetischen Außenpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (2009), 9.

<sup>41</sup> Ruffmann, *Sport*, 70–75.

<sup>42</sup> Annette R. Hofmann (Hg.), *Sport in den USA*, Münster 2012.

Belege für die enge Verbindung des Sports mit dem nationalen Selbstverständnis sind etwa das Abspielen der Nationalhymne bei einer Vielzahl nationaler Sportveranstaltungen, die Nationalflagge auf den Trikots von AthletInnen der höchsten Ligen bzw. auf Sportgeräten und Sporteinrichtungen. Diese Zusammenführung von Sport und Nationalstolz und damit die Aufladung des Sports mit politischer Brisanz war spätestens in den 1970er Jahren gegeben. Ab diesem Zeitpunkt war es für weite Bevölkerungskreise der USA eine Frage der nationalen Ehre, dass US-AthletInnen bei internationalen Wettkämpfen erfolgreich abschnitten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangte der Sport auch in Österreich eine große Bedeutung für die Stärkung des nationalen Bewusstseins der jungen Republik. Durch internationale Erfolge, besonders in den Sportarten Fußball, Boxen und Radfahren in der Nachkriegszeit, entfaltete der Sport als gesellschaftliches und kulturelles Ereignis seine identitätsstiftende Wirkung. Seit den 1950er Jahren brachte/bringt der Schisport vor allem auch im Zusammenhang mit Olympischen Spielen regelmäßig „Nationalhelden“ und „Nationalheldinnen“ (u. a. Toni Sailer, Karl Schranz, Franz Klammer, Annemarie Moser-Pröll, Hermann Maier) hervor.<sup>43</sup>

Die Olympischen Spiele waren in der Zeit des Kalten Krieges Austragungsfeld des ideologischen Systemwettbewerbs zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten. In der letzten heißen Phase des Ost-West-Konflikts wurden die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles<sup>44</sup> zum medial bestens ausgeleuchteten Schaufenster der politischen Gegensätze. Siege in den sportlichen Auseinandersetzungen wurden mit Regelmäßigkeit als Indizien oder Beweise der Überlegenheit des sozialistischen bzw. kapitalistischen Systems interpretiert. Demnach konnte und sollte die Medaillenbilanz bei Olympischen Spielen als Gradmesser für die Tüchtigkeit des jeweiligen politischen Systems gelesen werden.

Schon bei den Olympischen Winter- und Sommerspielen des Jahres 1956 hatte die UdSSR die USA in der inoffiziellen Nationenwertung überholt. Auch 1960 in Rom schnitten sowjetische SportlerInnen besser ab als AthletInnen der Vereinigten Staaten, was zu großer

---

<sup>43</sup> Vgl. Matthias Marschik, Österreich und Europa – Österreich im Sport. Anmerkungen zum Beitrag des Sports zur nationalen Identität, in: *Medien Impulse*, Nr. 24 (1998), 19–26; <http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/identitaet/24marsch.pdf> (abgerufen am: 12.10.2012); Jürgen Pucher, Der Einfluss früherer „Schihelden“ und der medialen Berichterstattung auf die nationale Identität der österreichischen Schifans, Diplomarbeit, Universität Wien, 2010, 72–73.

<sup>44</sup> Das NOK der Sowjetunion sowie 18 weitere teilnahmeberechtigte Nationen (u. a. Bulgarien, DDR, Polen, Tschechoslowakei oder Ungarn) entsandten keine AthletInnen zu den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles 1984. Die sowjetische Politik begründete den Boykott durch das aus der antisowjetischen Stimmung in den Vereinigten Staaten resultierende Sicherheitsrisiko für die SportlerInnen vor Ort. Vgl. u. a. Sarantakes, Olympic Boycott, 244–260, hier 250–251.

Unzufriedenheit bei – im Nationalstolz gekränkten – US-amerikanischen Politikern führte. Die Erfolge der sowjetischen SportlerInnen wurden in der Propaganda der UdSSR euphorisch verwertet.<sup>45</sup>

Abgesehen von den Gesamtbilanzen wurden auch einzelne Sportereignisse zu Stellvertreterkämpfen für die Systeme hochstilisiert. Beispielsweise wurde das Aufeinandertreffen der Eishockeymannschaften der UdSSR und USA in der Finalrunde des Eishockeyturniers bei den Winterspielen im Februar 1980 in Lake Placid ein Höhepunkt der Konfrontationen. Wenige Wochen nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem Aufruf zur Boykottierung der Spiele im darauffolgenden Sommer in Moskau durch US-Präsident Carter, gewann das Team der USA überraschend gegen die favorisierte sowjetische Mannschaft und errang somit die Goldmedaille. Der Sieg über die Sowjetunion wurde in den Vereinigten Staaten als nationaler Triumph gefeiert und ist bis heute im kollektiven Gedächtnis der sportbegeisterten Nation als „Miracle on Ice“ stark verankert.<sup>46</sup>

Acht Jahre zuvor konnte die Sowjetunion in einer uramerikanischen Sportart reüssieren und dem eigenen Nationalstolz enormen Auftrieb verleihen. Im Rahmen des olympischen Basketballturniers in München setzte sich die Mannschaft der UdSSR in einem dramatischen Match erstmals gegen die bei Olympischen Spielen bisher unbesiegten US-Amerikaner durch. Unregelmäßigkeiten bei der Zeitnehmung in der hektischen Schlussphase des Spieles führten dazu, dass das Team der USA die Niederlage nicht akzeptierte und der Siegerehrung fernblieb, diese also in gewissem Sinne „boykottierte“.<sup>47</sup>

Von Anfang an, ab 1952, war die Beziehung der UdSSR zu Olympischen Spielen stets politisch gefärbt. Das Fernbleiben wie Erscheinen sowjetischer AthletInnen war primär nicht sportlich, sondern aus Staatsräson motiviert<sup>48</sup>, analysiert der Sport- und Kulturwissenschaftler Sven Güldenpfennig.

Im Jahr 1980 formulierte Ruffmann in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft des sowjetischen Sports folgende These:

Der Sport als Handlungsfeld mit weitreichender Ausstrahlungskraft und großer Resonanz erscheint nun als ein vorzüglich geeignetes, weil attraktives und leicht dirigierbares Vehikel, um den durch einen so hohen Stellenwert ausgezeichneten Sowjetpatriotismus ‚verinnerlichen‘ zu helfen, ihm und damit der Ideologie (neue) Dynamik und Emotionalität zu verleihen. Schon seit geraumer Zeit kommt dabei allem, was mit der diesjährigen Olympiade in Moskau zusammenhängt, eine Schlüsselrolle zu.<sup>49</sup>

---

<sup>45</sup> Filzmaier, Aspekte, 228–231.

<sup>46</sup> Ebd., 238; Hulme, Olympics, 10; Senn, Power, 180.

<sup>47</sup> Filzmaier, Aspekte, 238.

<sup>48</sup> Sven Güldenpfennig, Olympische Spiele und Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29–30 (2008), 7.

<sup>49</sup> Ruffmann, Sport, 106–107.

Die Verwobenheit von Sport und Politik ist jedoch nicht nur in den Großmächten zu verorten, sondern ist ein weitreichendes Phänomen. Als Repräsentanten nichtstaatlicher Institutionen, die als Veranstalter von Sportereignissen fungieren und nach ihren Statuten politisch unabhängig sind – für die Olympischen Spiele sind das IOC sowie die Nationalen Olympischen Komitees relevant – fungieren hohe und höchste PolitikerInnen.<sup>50</sup> In Österreich ist der jeweilige Bundespräsident Schirmherr des Österreichischen Olympischen Comité – im Olympiajahr 1980 hatte Rudolf Kirchschläger diese Repräsentationsposition inne. Nicht nur in den großen Organisationen waren/sind SportfunktionärInnen tätig, die gleichzeitig politische Ämter bekleiden, sondern auch in Sportverbänden und -vereinen, wie im Folgenden verdeutlicht wird. Der Wille zur politischen Einflussnahme wird auch davon genährt, dass die NOKs – und somit die Olympia- bzw. Nationalmannschaften – im Normalfall aus nationalen Budgets finanziert oder teilfinanziert werden.<sup>51</sup>

Sven Güldenpfennig ortet deshalb eine „selbstverschuldete Glaubwürdigkeitslücke“ in Bezug auf den Anspruch der Olympischen Bewegung, Beiträge zur globalen Friedensförderung zu leisten, die durch „politische Instrumentalisierungs- und Übermächtigungsversuche von außerolympischen Mächten bei gleichzeitiger politischer Selbstüberhebung der olympischen Institutionen durch diese selbst“ entstanden ist.<sup>52</sup>

Kurz zusammengefasst kann nach Richard Epsy gesagt werden, dass die Olympischen Spiele das politische Weltsystem reflektieren: „Since politics is a facet of nation-states, politics becomes a part of international sport.“<sup>53</sup> Der Nationalstaat (das Teilnehmerland) ist der Hauptakteur der Olympischen Spiele – der Athlet wird zu seinem Repräsentanten. Die Nationalen Olympischen Komitees bewegen sich ebenfalls in nationalstaatlichen Grenzen und vertreten das Teilnehmerland im IOC. Die Olympischen Spiele bieten die Bühne für das politische Kräftenessen und werden dadurch zu einem Akteur der internationalen Weltpolitik.<sup>54</sup>

Der ehemalige, aus Irland stammende IOC-Präsident Lord Killanin<sup>55</sup> (1972–1980), dessen Rolle in der internationalen Boykottdebatte im Folgenden näher beleuchtet wird, merkte zu

---

<sup>50</sup> Pfeiffer, Sport, 1.

<sup>51</sup> Senn, Power, xiii.

<sup>52</sup> Güldenpfennig, Olympische Spiele, 10.

<sup>53</sup> Richard Epsy, *The Politics of the Olympic Games*, Berkeley – Los Angeles – London 1979, 164.

<sup>54</sup> Ebd., 9 und 18.

<sup>55</sup> Michael Morris, 3. Baron Killanin (1914–1999) wurde nach den Olympischen Spielen in München 1972 zum sechsten Präsidenten des IOC gewählt.

diesem Thema in seiner Biographie an: „Ninety-five percent of my problems as president of the IOC involved national and international politics.“<sup>56</sup>

## 2.2 Der Boykottaufruf und die (internationalen) Reaktionen

Wie bereits erwähnt, kam es im Vorfeld der Olympischen Spiele in Moskau zu heftigen internationalen Diskussionen über die Wahl des Austragungsortes. Bei den im Jahr 1973 – während der Zeit der Détente im Ost-West-Konflikt – in Moskau stattfindenden *World University Games* wurden erste Proteststimmen gegen die neuerliche Olympiabewerbung der sowjetischen Hauptstadt laut<sup>57</sup>, die nach der offiziellen Bekanntgabe des Gastgeberlandes der Olympischen Sommerspiele 1980 noch lauter wurden. Hierfür waren die international bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen und der gelebte Rassismus in der UdSSR auslösender Faktor.

Einer der Krisenherde war zu dieser Zeit Afghanistan<sup>58</sup>. Das Land stand vor einem Bürgerkrieg – der islamische Widerstand gegen die geplante gesellschaftliche Umgestaltung sowie die Rivalitäten innerhalb der afghanischen Regierung eskalierten zunehmend. Die Sowjetunion hatte gr stes Interesse, die politische Situation zu stabilisieren. Als die sowjetische Regierung am 25. Dezember 1979 Truppen in das benachbarte Afghanistan entsandte, um das noch junge kommunistische Regime in Kabul vor dem Sturz durch antikommunistische Kräfte zu bewahren, geriet die UdSSR in ein Sperrfeuer aus internationaler Kritik. Das labile Gleichgewicht zwischen den Supermächten während der Zeit der Détente war nun ernsthaft bedroht.<sup>59</sup> Als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan rief US-Präsident Jimmy Carter zu Wirtschaftssanktionen und einem Boykott der bevorstehenden Olympischen Sommerspiele in Moskau auf.

Bereits am 2. Jänner 1980, nur sechs Tage nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, machte Jimmy Carter folgende Eintragung in sein Tagebuch: „We had a long discussion about the 1980 Olympics. We will make a statement saying that this issue is in doubt, but not to make a decision yet about whether to participate. This one would cause me

---

<sup>56</sup> Baron Michael Morris Killanin, *My Olympic Years*, Morrow 1983, 10; Senn, Power, x.

<sup>57</sup> Senn, Power, 174.

<sup>58</sup> Im Jahr 1978 wurde die *Demokratische Republik Afghanistan* ausgerufen. Afghanistan war formal unabhängig und gehörte seit 1955 der *Bewegung der Blockfreien Staaten* an, befand sich jedoch aufgrund der geographischen Nähe politisch und wirtschaftlich im kommunistischen Einflussbereich der Sowjetunion. Am 5. Dezember 1978 schlossen die afghanische und die sowjetische Regierung einen Vertrag über „Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“.

<sup>59</sup> Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, 414.

the most trouble, and also would be the most severe blow to the Soviet Union.’<sup>60</sup> Diese Notiz veranschaulicht, wie bedeutend die Frage der Olympiateilnahme für die Vereinigten Staaten war. Carters Boykottkampagne – unter dem Deckmantel einer Menschenrechts- und Friedenskampagne geführt – nahm seinen Beginn.

Der rasche Einsatz massiver Druckmittel durch die USA hatte eine Vorgeschichte. In der Tat war es schon seit 1977 zu einer deutlichen Abkühlung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses gekommen. Nachdem die ersten Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen positiv verlaufen waren und die sogenannten SALT I-Verträge<sup>61</sup> im Jahr 1974 von beiden Supermächten unterzeichnet worden waren, begann jedoch die Sowjetunion 1977 das nationale Rüstungsprogramm zu forcieren und ohne Vorwarnung eine neue Mittelstreckenrakete (*SS-20* bzw. *Saber*) in Europa zu installieren. Die folgenden SALT-Gespräche zwischen US-Präsident Jimmy Carter und Staats- und Regierungschef Leonid Breschnew (1964–1982) gestalteten sich aufgrund der neuen politisch-militärischen Ausgangslage schwieriger.<sup>62</sup>

Präsident Carter kündigte am 4. Jänner 1980 in einer Fernsehrede zur Lage der Nation unter anderem die Beschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die Sowjetunion, ein Exportverbot für hochwertige Technologie sowie eine eventuelle Nicht-Teilnahme amerikanischer SportlerInnen und ZuschauerInnen bei den Olympischen Spielen in Moskau an. Weiters veranlasste er die Zurückziehung der noch nicht ratifizierten SALT II-Verträge aus dem US-Kongress und beantragte eine Erhöhung des Verteidigungsetats.<sup>63</sup>

Am 20. Jänner 1980 schrieb Jimmy Carter einen Brief an den Präsidenten des Nationalen Olympische Komitee der USA (*United States Olympic Committee / USOC*), dem er selbst als Ehrenpräsident angehörte, in dem er, für den Fall, dass die sowjetischen Truppen nicht binnen einer Monatsfrist Afghanistan verlassen würden, empfehlen würde, nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen. Er begründete dies damit, dass die sowjetische Invasion in Afghanistan nicht nur eine Gefahr für den Weltfrieden, sondern gleichzeitig eine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle. Weiters kritisierte er – was in diesem

---

<sup>60</sup> Jimmy Carter, *Keeping Faith. Memoires of a President*, New York 1982, 474.

<sup>61</sup> Die SALT (*Strategic Arms Limitation Talks*)-Verträge wurden in den Jahren von 1969–1979 zwischen den USA und UdSSR zur zahlenmäßigen Begrenzung ihrer nuklear-strategischen Waffensysteme ausgehandelt.

<sup>62</sup> Stöver, *Krieg*, 408. Zu den SALT II-Verhandlungen sowie dem *NATO-Doppelbeschluss* vom 12. Dezember 1979 siehe ausführlich: Leopoldo Nuti, *The origins of the 1979 dual track decision – a survey*, in: Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, New York 2009, 57–71.

<sup>63</sup> Pfeiffer, *Sport*, 324; Stöver, *Krieg*, 410.

Zusammenhang sehr paradox erscheint – dass für die sowjetische Regierung internationale Sportveranstaltungen einen politischen Aspekt beinhalten würden.<sup>64</sup>

In weiterer Folge zwang Carter das USOC förmlich, seinem Boykottaufruf Folge zu leisten und nicht gegen die nationalen Interessen zu handeln. In einem weiteren Brief an Robert Kane, den Präsidenten des USOC, schrieb er im April 1980:

If we clearly and resoluteley show the way, other nations will follow. The American people will applaud a USOC decision not to send a team to Moscow. So will the Congress which voted overwhelmingly to oppose U.S. participation at Moscow.<sup>65</sup>

Bei einer Verweigerung der Kooperation drohte er, finanzielle Unterstützungen im Sportbereich zu streichen. Schlussendlich entschied das USOC mehrheitlich, – wohl auch aufgrund des Respekts vor der Außenpolitik des Präsidenten – kein US-Team nach Moskau zu entsenden.<sup>66</sup> Präsident Carter spielte im Boykott der Olympischen Spiele in Moskau die „höchste nichtmilitärische Trumpfkarte gegen die UdSSR“<sup>67</sup> aus. Die Embargodrohungen und der Aufruf zur Boykottierung der Olympischen Spiele in Moskau dienten als Stärkedemonstration gegenüber der Sowjetunion. Bereits bei den Winterspielen in Lake Placid im Februar 1980 wurde von den Offiziellen der US-Delegation unter den Teilnehmernationen der „westlichen Welt“ für den Boykott der Spiele in Moskau „geworben“.<sup>68</sup>

Die sowjetische Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 stieß nicht nur in den USA auf heftige Kritik, sondern wurde auch von zahlreichen anderen Staaten verurteilt. Bundeskanzler Bruno Kreisky drückte mehrfach in Reden und Interviews<sup>69</sup> seine Ablehnung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan aus. Über diese Aussagen wurden kontroverse Debatten geführt. Die ÖVP, allen voran Bundesparteiobmann Alois Mock<sup>70</sup> (1979–1989), kritisierte die zu Jahresbeginn 1980 verhaltenen Stellungnahmen Kreiskys zur Afghanistan-Invasion, was auch immer wieder in Zusammenhang mit der Diskussion um die österreichische Olympiateilnahme gesetzt wurde. Mock kritisierte Kreisky in zwei Punkten: dass er keine eindeutige Stellungnahme zur Militäraktion der UdSSR in Afghanistan

---

<sup>64</sup> Jimmy Carter, Letter to the President of the U.S. Olympic Committee, January 20, 1980.

<sup>65</sup> Jimmy Carter, Mailgram to the President of the United States Olympic Committee on U.S. Participation in the Games, April 5, 1980,

<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=33238&st=olympics&st1=#axzz1ecMO2xV0> (abgerufen am: 16.6.2012)

<sup>66</sup> Hill, Olympic politics, 120; Senn, Power, 180–181.

<sup>67</sup> Knecht, Boykott, 9.

<sup>68</sup> Filzmaier, Aspekte, 237.

<sup>69</sup> Vgl. u. a. Vortrag von Bruno Kreisky „Zur wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage“ (Düsseldorf, 7.5.1980), in: Kreisky Reden, Band II, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Hg.), Wien 1981, 869–876, hier 875.

<sup>70</sup> Vgl. Alois Mock, <http://www.alois-mock.at/politik/artikel.asp?where=11709> (abgerufen am: 5.5.2012)

abgegeben hatte, und vor allem, dass er Afghanistan als einen in der Einflusszone der UdSSR liegenden Staat bezeichnet hatte.<sup>71</sup>

Nach dem Olympiaboykott des Jahres 1976 (Anlassfall Neuseeland) wurde das IOC erneut in einen Konflikt hineingezogen, dem national-politische Interessen zugrunde lagen. Die Reaktionen des Internationalen Olympischen Komitees auf Carters Boykottaufruf, insbesondere durch Präsident Lord Killanin, blieben anfangs sehr verhalten.<sup>72</sup> In einem ersten offiziellen Statement Lord Killanins machte dieser deutlich, dass er gegen einen Boykott der Spiele sei und die Teilnahme- bzw. Boykottentscheidung ausschließlich bei den jeweiligen NOKs läge. Ein kleiner Seitenhieb auf Carters Intervention im USOC blieb nicht aus: „The United States Olympic Committee has strongly criticised President Carter’s introduction of the use of the Olympic Games for political purposes.“<sup>73</sup>

Großbritanniens konservative Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) unterstützte die Boykottidee Carters vom ersten Moment an und versuchte sogar Druck auf britische AthletInnen auszuüben. Doch das britische NOK beschloss autonom die Teilnahme an den Spielen in Moskau.<sup>74</sup> Auch in anderen westeuropäischen Ländern, wie beispielsweise Belgien, Italien oder Spanien, hatten die jeweiligen NOKs freien Handlungs- und Entscheidungsspielraum.<sup>75</sup> In der Bundesrepublik Deutschland kam es zu einer breiten öffentlichen und politischen Debatte zum Olympiaboykott. Letztendlich stand die Regierung der BRD in der Boykottfrage hinter ihrem Bündnispartner USA und gab eine Boykottempfehlung an das bundesdeutsche NOK ab.<sup>76</sup>

In der Sowjetunion beurteilte man die Boykottdrohung Jimmy Carters nicht als Reaktion auf die Invasion in Afghanistan, sondern vielmehr als eine Möglichkeit für die US-Administration, vor den bevorstehenden Wahlen die Popularität des amtierenden Präsidenten

---

<sup>71</sup> Vgl. u. a. Gerald Stifter, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983*, Innsbruck – Wien – Bozen 2006, sowie zur Haltung der Opposition Kapitel 3.2.

<sup>72</sup> Günter R. Müller / Dieter Kühnle, *Moskauer Spiele. Olympia im Zwielficht – Bericht, Kritik, Kommentar*, München 1980, 146.

<sup>73</sup> Lord Killanin in: *Olympic Review*, No. 147, January-February 1980, <http://www.la84foundation.org/OlympicInformationCenter/OlympicReview/1980/ore147/ORE147u.pdf> (abgerufen am: 21.2.2012). *Olympic Review* ist die offizielle Publikation des IOC.

<sup>74</sup> Gloede, *Sport*, 409; Penelope Kissoudi, *Sport, Politics and International Relations in the Twentieth Century*, in: *The International Journal of the History of Sport* 25:13 (2008), 1692.

<sup>75</sup> Hulme, *Olympics*, 59-62.

<sup>76</sup> Pfeiffer, *Sport*, 377; Michael Franck, *Der olympische Boykott 1980. Eine Untersuchung über die Beziehung von Sport und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Bundesrepublik Deutschland. Eine medienanalytische Arbeit*, Dissertation, Universität zu Bonn 1983, 218–219. Vgl. auch Kapitel 4.

zu erhöhen.<sup>77</sup> Die US-amerikanische Innen- sowie Außenpolitik litt seit der sieglosen Beendigung des Vietnamkrieges (1965–1973) und der *Watergate-Affäre* (1972–1974) während der Präsidentschaft Richard Nixons an einem Vertrauensschwund in der Bevölkerung. Die innenpolitische Krise wurde durch die gescheiterten Verhandlungen Jimmy Carters im Zusammenhang mit der Geiselnahme in der US-amerikanischen Botschaft in Teheran<sup>78</sup> – zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes – verstärkt.

Die sowjetischen Medien, die stark unter dem Einfluss kommunistischer Propaganda standen, versuchten, die Olympischen Spiele in der Öffentlichkeit als „Friedensspiele“ darzustellen, die von den Vereinigten Staaten durch antiolympische Kampagnen zerstört werden sollten. Die Invasion in Afghanistan und die Boykottdebatten in den westlichen Ländern wurden in der Berichterstattung nicht in Zusammenhang gebracht. Ziel war es, den Boykott in der sowjetischen öffentlichen Meinung zu diskreditieren, um dadurch gleichzeitig die sozialistische Überlegenheit zu inszenieren. Dazu nutzte die sowjetische Presse ausgewählte Stellungnahmen von SportlerInnen – wie auch Statements von westlichen, darunter auch österreichischen AthletInnen –, die sich gegen einen Boykott aussprachen.<sup>79</sup>

Die Politikwissenschaftler Donald Macintosh und Michael Hawes bezeichnen retrospektiv den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau treffend als Reflektion des Kalten Krieges:

In the first instance, the United States used the 1980 Olympics in Moscow as part of protest against the Soviet invasion in Afghanistan in December 1979, which the USA saw as a threat to its sphere of influence in the Persian Gulf. The United States, as the leader of the ‚free‘ world, put pressure on its NATO allies and other non-aligned countries to boycott these Games.<sup>80</sup>

### **2.3 Die US-Boykottkampagne erreicht Österreich**

Bestätigt durch die Ergebnisse einer nationalen Meinungsumfrage<sup>81</sup> – 75% der Befragten unterstützten die Boykottidee – sowie einer Sondersitzung der UNO-Vollversammlung am 15. Jänner 1980, die den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan forderte, hoffte

---

<sup>77</sup> Hill, *Olympic politics*, 134; Senn, *Power*, 176.

<sup>78</sup> Im November 1979 wurden im Zuge der Islamischen Revolution 52 US-DiplomatInnen in der amerikanischen Botschaft in Teheran durch iranische StudentInnen als Geiseln genommen. Nach dem Sturz des iranischen Schah durch Ayatollah Khomeini, der den US-Imperialismus zum Feindbild erklärte, verschärften sich die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran. Die Geiselnahme führte zum „Iran-Boykott“ der Vereinigten Staaten und wurde erst am 21. Jänner 1981, einen Tag nach dem offiziellen Regierungsantritt von Präsident Ronald Reagan (1981–1989) beendet. Vgl. Stöver, *Krieg*, 411.

<sup>79</sup> Vgl. Evelyn Mertins, *Der Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau in der sowjetischen Presse*, in: *Stadion* (Internationale Zeitschrift für Geschichte des Sports) 29 (2003), 251–261.

<sup>80</sup> Donald Macintosh / Michael Hawes, *The IOC and the World of Interdependence*, in: *Olympika: The International Journal of Olympic Studies*, Vol. 1 (1992), 29–45, [http://www.la84foundation.org/SportsLibrary/Olympika/Olympika\\_1992/olympika0101c.pdf](http://www.la84foundation.org/SportsLibrary/Olympika/Olympika_1992/olympika0101c.pdf) (abgerufen am: 21.2.2012)

<sup>81</sup> Die Meinungsumfrage wurde vom *San Francisco Chronicle* initiiert. Vgl. Hill, *Olympic politics*, 129.

Carter, die Boykottbewegung auch in (West)Europa durch die Kontaktaufnahme mit den Regierungschefs ins Rollen bringen zu können.<sup>82</sup>

Am 20. Jänner 1980 erhielt das österreichische Bundeskanzleramt via US-amerikanischer Botschaft in Wien einen Brief aus Washington – Absender war Präsident Jimmy Carter, Empfänger Bundeskanzler Bruno Kreisky. Das insgesamt vierseitige Schreiben enthielt als Beilage den bereits zitierten Brief Carters an das Nationale Olympische Komitee der USA, den dieses am selben Tag erhielt. Jimmy Carter machte in diesem Schreiben seine Position zum Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan deutlich und stellte fest, dass er aus diesem Grund die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Olympischen Sommerspielen in Moskau nicht unterstützen könne. Er forderte das USOC auf, gemeinsam mit anderen NOKs eine Lösung zu finden, um den Austragungsort der Olympischen Sommerspiele zu verlegen bzw. die Bewerbe abzusagen, sollte die Sowjetunion ihre Truppen nicht innerhalb des nächsten Monats aus Afghanistan abziehen. Sollte dies nicht der Fall sein, würde das Team der USA nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilnehmen. Gleichzeitig forderte Jimmy Carter Bruno Kreisky auf, ähnliche Maßnahmen zu treffen:

I hope that you will urge your own Olympic Committee to take similar action. I believe that such action is necessary to support the position of the United Nation General Assembly, to convince the Soviet Government and people of the world's outrage at Soviet aggression in Afghanistan and to deter future aggression.<sup>83</sup>

Insgesamt kontaktierte Jimmy Carter über 100 Regierungschefs weltweit und schickte an 150 Regierungen eine Kopie seines Briefes an das USOC.<sup>84</sup> Dieses Schreiben sollte der Anstoß zu einer nationalen Debatte um die Teilnahme einer österreichischen Mannschaft an den Olympischen Sommerspielen in Moskau werden.

Wenige Tage bevor Kreisky den Brief empfing, nahm der Bundeskanzler zur international geführten Olympiadiskussion am Rande der Regierungsklausur von 17. bis 18. Jänner 1980 in Mallnitz gegenüber dem *Österreichischen Rundfunk* (ORF) wie folgt Stellung:

Dass die Olympischen Sommerspiele darauf verzichten werden müssen, mehr zu sein als ein sportliches Ereignis, scheint mir klar. [...] Ich glaube nur vor einem warnen zu müssen – etwas laut zu verkünden, das dann nicht gehalten wird und das dann unter Umständen zu einer Weltblamage wird. [...] Sicher wird unter dem Eindruck der Ereignisse das kein glanzvolles Ereignis werden.<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> Die US-Regierung versuchte auch in den afrikanischen Ländern „Werbung“ für den Olympiaboykott zu machen – Boxweltmeister Muhammed Ali wurde als „Sonderbotschafter“ zu den afrikanischen NOKs entsandt, um die nationalen Entscheidungsträger von der Protestaktion zu überzeugen. Vgl. Franck, Boykott, 79–81; Hulme, Olympics, 46.

<sup>83</sup> Stiftung Bruno Kreisky Archiv (Kurzzitat: StBKA), X.3 Prominentenkorrespondenz, Box 13, Jimmy Carter.

<sup>84</sup> Hulme, Olympics, 44.

<sup>85</sup> Austrodok, DVD 244, Min. 37.

Bruno Kreisky stellte im März 1980 eine Anfrage an den Verfassungsdienst der Republik, ob eine Einflussnahme seitens des Bundes auf die österreichische Olympiateilnahme rechtlich möglich sei. Auf die Anfrage bzw. die Antwort wird in Kapitel 4.1 eingegangen.

## 2.4 Das Österreichische Olympische Comité

Das ÖOC, das nach dem Zweiten Weltkrieg am 11. Dezember 1946 wiederbegründet wurde, ist der nationale Träger der Olympischen Bewegung in Österreich. Die Hauptaufgabe der laut Statuten selbstständigen und unabhängigen Vereinigung ist die Vorbereitung und Organisation der Teilnahme österreichischer AthletInnen an den Olympischen Spielen.<sup>86</sup>

Dieses Unterkapitel beschäftigt sich mit der Reaktion der verantwortlichen Personen im ÖOC auf den US-Boykottaufruf. Gleichzeitig soll anhand einer Untersuchung der Mitglieder- und Organstruktur des Vereins festgestellt werden, ob die Autonomie in der Entscheidungsfindung grundsätzlich gegeben war. Die Rolle des ÖOC für die Meinungsbildung in der Diskussion um die Teilnahme an den Spielen in Moskau wird später ausführlich dargestellt. Bruno Kreisky betonte schon bald nach Carters TV-Ansprache zur Lage der Nation am 4. Jänner 1980, dass es keinen von der österreichischen Regierung vorgeschriebenen Olympiaboykott geben werde. Die Entscheidung müsse von den Sportorganisationen, respektive vom ÖOC, getroffen werden.<sup>87</sup>

Im Olympiajahr 1980 setzte sich das ÖOC aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- 27 Olympische Sportfachverbände,
- drei Dachsportverbände: *Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich* (ASKÖ), *Allgemeiner Sportverband Österreichs* (ASVÖ) und *Österreichische Turn- und Sport-Union* (UNION),
- der Österreichischen *Bundes-Sportorganisation* (BSO),
- 13 „Virilisten“ (persönliche Mitglieder),
- elf Ehrenmitglieder.<sup>88</sup>

Das Komitee war mit Politikern durchsetzt. Zu den Mitgliedern zählten beispielsweise Fred Sinowatz (Bundesminister für Unterricht und Kunst von 1971–1983), der auch für die Sportagenden der Republik zuständig war, und Bundeswirtschaftskammerpräsident Rudolf

---

<sup>86</sup> Vgl. Mission des Österreichisches Olympisches Comité, <http://www.oec.at/> (abgerufen am: 16.6.2012)

<sup>87</sup> Vgl. Ergebnisse der Medienanalyse von Kopitschek, Teilnehmen.

<sup>88</sup> Vgl. *Olympische Blätter*, 8. Jg./Nr. 4 (1980), Wien 1980. Auf die Rolle der Sportdach- und -fachverbände als Akteure in der Boykottdiskussion wird in Kapitel 3.1 näher eingegangen.

Sallinger<sup>89</sup> (1964–1990) von der ÖVP. Der *Österreichische Rodelverband* wurde von ÖVP-Sportsprecher Josef Höchtl und der *Österreichische Handball- und Faustballverband* von Bundesminister für Inneres Erwin Lanc in ihren Funktionen als Verbandspräsidenten im ÖOC vertreten.<sup>90</sup>

Im Jahr 1980 war SPÖ-Bundesrat Kurt Heller<sup>91</sup> Präsident des ÖOC, der dadurch natürlich – so wie die zuvor genannten Politiker – zu einer zentralen Figur in der österreichischen Boykottdebatte wurde. Insgesamt stand er 17 Jahre (1973–1990) an der Spitze des ÖOC. Die Person Kurt Heller verdeutlicht sehr anschaulich die Verbindung von Sport und Politik auch in höchsten Positionen nichtstaatlicher Organisationen. Kurt Heller war zeitgleich Mitglied des Bundesrates (1979–1987), Präsident der ASKÖ sowie Vorsitzender der Dachverbände in der BSO.

Hier wird deutlich, dass zahlreiche politische Funktionäre in den nationalen Sportverbänden und -organisationen engagiert waren, die im ÖOC als Mitglieder vertreten waren. Viele äußerten sich zum Boykottaufruf der Vereinigten Staaten, wobei die politischen Interessen oft nicht von den sportlichen getrennt betrachtet werden können.

Präsident Heller kommunizierte seine Haltung zur internationalen Boykottdebatte vorwiegend über die Medien, wie Renate Kopitschek feststellt – eine offizielle Stellungnahme des ÖOC wurde nicht veröffentlicht. Persönlich war Heller davon überzeugt, dass diese Auseinandersetzung nicht auf dem Rücken der Sportler ausgetragen werden dürfe und trat für die Teilnahme an den Olympischen Spielen ein, wie sein namensgleicher Sohn in einem Gespräch mit der Autorin erzählte.<sup>92</sup>

Josef Höchtl mahnte in einer ersten Reaktion am 26. Jänner 1980 dazu, keine voreilige Entscheidung über den Olympiaboykott zu treffen und appellierte an alle politischen Parteien, eine gemeinsame Haltung zu dieser Frage zu entwickeln, wenngleich die Frage eines Boykotts „von den freien Sportorganisationen und dem Österreichischen Olympischen Komitee entschieden werden [sollte]“.<sup>93</sup> Abweichend davon bemühte sich Bundeskanzler Kreisky nicht um eine solche parteienübergreifende Haltung. Die Ansichten zur

---

<sup>89</sup> Vgl. [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01572/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01572/index.shtml) (abgerufen am: 22.2.2012)

<sup>90</sup> Josef Höchtl und Erwin Lanc standen im Rahmen dieser Diplomarbeit für Interviews zur Verfügung.

<sup>91</sup> Vgl. Kurt Heller, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00568/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00568/) (abgerufen am: 20.4.2012) Heller blieb bis 1989 Präsident der ASKÖ. Von 1987–1989 war er, zeitgleich zu seiner Funktion im ÖOC, Präsident der *Association of the European National Olympic Committees* (ANOCE).

<sup>92</sup> Vgl. Interview mit Kurt Heller. Transkript und Kopien persönlicher Unterlagen des im Jahr 1990 verstorbenen ÖOC-Präsidenten Kurt Heller sind im Privatbesitz der Autorin.

<sup>93</sup> ÖVP-Pressedienst, 26.1.1980.

Boykottthematik wurden mit Fortdauer der Diskussion zwischen Regierungspartei und Opposition immer gegensätzlicher, wie die Analyse der Presseaussendungen der Parteien verdeutlicht.<sup>94</sup>

Bei Betrachtung der personellen Zusammensetzung von ÖOC und ÖOC-Vorstand wird unweigerlich die Frage aufgeworfen, ob dieses Gremium in der Lage war, die Diskussion um die österreichische Olympiateilnahme ausschließlich mit sportlichen Argumenten zu führen. Am 19. Mai 1980 traten die stimmberechtigten Mitglieder des ÖOC zu einer Vollversammlung, dem höchsten Entscheidungsgremium des ÖOC, zusammen, um offiziell über eine Olympiateilnahme einer österreichischen Mannschaft zu entscheiden. In einer geheimen Abstimmung, die übrigens von Josef Höchtl gefordert wurde<sup>95</sup>, fiel der Beschluss, AthletInnen nach Moskau zu entsenden.<sup>96</sup> Das offizielle Sitzungsprotokoll konnte der Autorin trotz mehrfacher Anfrage beim ÖOC nicht zugänglich gemacht werden, weshalb diesbezüglich Rückgriffe auf bereits vorhandenes Sekundärmaterial erfolgen müssen.

In der Literatur divergieren die Aussagen über das Abstimmungsergebnis. Renate Kopitschek zitiert in ihrer Diplomarbeit einen Artikel aus der ASKÖ-Zeitung, wonach 46 ÖOC-Mitglieder anwesend waren und sich mit einem Ergebnis von 37 zu 9 für eine Teilnahme an den Spielen aussprachen. Dem gegenüber ist in der offiziellen Zeitschrift der Österreichischen Bundes-Sportorganisation (*BSO-Mitteilungen*) ein Votum von 39 zu 9 veröffentlicht, wobei es sich hier um einen zusammenfassenden Bericht über die Sitzung handelt und nicht um den Abdruck des Protokolls der Generalversammlung, wie Kopitschek in ihrer Diplomarbeit schreibt.<sup>97</sup> In einem Bericht des Ö1-Abendjournals, der am Tag der ÖOC-Abstimmung gesendet wurde, wird wiederum das von Kopitschek zitierte Votumsergebnis bestätigt. Hiernach waren 46 von 58 Stimmberechtigten bei der ÖOC-Vollversammlung anwesend, die sich mit 37 zu 9 Stimmen für die österreichische Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau aussprachen.<sup>98</sup>

---

<sup>94</sup> Siehe Kapitel 4.4.

<sup>95</sup> Kopitschek, *Teilnehmen*, 60.

<sup>96</sup> Ebd., 35 sowie *BSO-Mitteilungen*, Folge 5/6 (1980), Wien 1980, 1.

<sup>97</sup> Vgl. Kopitschek, *Teilnehmen*, 35–36.

<sup>98</sup> Ö1-Abendjournal, 19.5.1980, Österreichisches olympisches Komitee entscheidet sich für Teilnahme an Olympiade in Moskau,

[http://www.mediathek.at/oe1\\_journale/popup/popup\\_media\\_manager.php?fileId=1092477&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1\\_journale%2Fpopup%2Fpopup\\_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager\\_SearchAPI\\_URL%3D%26ajax%3D1](http://www.mediathek.at/oe1_journale/popup/popup_media_manager.php?fileId=1092477&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1_journale%2Fpopup%2Fpopup_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager_SearchAPI_URL%3D%26ajax%3D1) (abgerufen am: 20.7.2012)

In den BSO-Mitteilungen von Mai/Juni 1980 sind in einem Bericht über die ÖOC-Vollversammlung für Moskau die offiziellen Entscheidungsgründe für die Teilnahme einer österreichischen Mannschaft an den Olympischen Sommerspielen in Moskau nachzulesen, die auch zum Teil in den Medien veröffentlicht wurden.<sup>99</sup> Wichtig im Bezug auf die politische Auseinandersetzung zu diesem Thema sind hier vor allem zwei Aussagen: Das ÖOC stellt fest, dass durch die Teilnahme keine „Anerkennung und Einstellung zu Aktionen irgendeines politischen Systems abgeleitet werden kann“<sup>100</sup> und erklärt in dem Bericht über die Vollversammlung weiter, dass auch die Meinung der österreichischen Bundesregierung eingeholt wurde, diese es jedoch für unstatthaft hält, „sich in die Belange des unabhängigen österreichischen Sports einzuschalten“<sup>101</sup>.

Eine autonome Entscheidung im Rahmen der Vollversammlung, die lediglich die sportlichen Interessen Österreichs und die der AthletInnen berücksichtigte und von politischen Einflüssen unberührt blieb, scheint allerdings kaum vorstellbar. Aus diesem Grund werden im folgenden Kapitel die möglichen politischen und wirtschaftlichen Interessen an einer österreichischen Teilnahme in Moskau untersucht.

---

<sup>99</sup> *BSO-Mitteilungen*, Folge 5/6 (1980), Wien 1980, 1.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Ebd.

### 3. Die Entscheidungsfindung in Österreich: Akteure und Interessen

In diesem Kapitel werden die österreichische Debatte und der Entscheidungsfindungsprozess im Zusammenhang mit der Frage einer Boykottierung der Olympischen Sommerspiele in Moskau unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte rekonstruiert. Die Herausarbeitung politischer und wirtschaftlicher Interessen, die den Entschluss zur Entsendung einer österreichischen Sportdelegation beeinflussten, und im Speziellen Personen und/oder Institutionen, die meinungsbildenden Einfluss hatten, steht im Vordergrund. Hierfür wird am Beginn der einzelnen Unterkapitel eine kurze Einführung in die österreichische Außen- bzw. Wirtschaftspolitik sowie in die diplomatischen Beziehungen zu den „Protagonisten“ des Olympiaboykotts – Sowjetunion und USA – während der späten 1970er Jahre bis zum Jahr 1980 geboten. In weiterer Folge werden die Ergebnisse der Primärquellenrecherche im jeweiligen Kontext analysiert.

Wichtige Aufschlüsse zur Beantwortung der Fragen, vor allem in Bezug auf den wirtschaftlichen Aspekt, sollen die Tagebucheintragungen von Josef Staribacher geben, der während der gesamten Regierungszeit von Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970–1983) das Amt des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie bekleidete. Wie in der Einleitung erwähnt, machte der Handelsminister fast täglich Notizen über aktuelle politische Themen und Debatten – diese umfassen nicht nur seinen eigenen Kompetenzbereich, sondern beinhalten auch kritische Beurteilungen von Beratungs- und Sitzungsergebnissen sowie Überlegungen zur Weltpolitik. Das Tagebuch stellt eine ergiebige Informationsquelle über die gesamtpolitischen Vorgänge in der Ära Kreisky dar. Augenscheinlich interessierte Staribacher auch das Thema des Olympiaboykotts. Während des Jahres 1980 sind zahlreiche Eintragungen zu finden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Diskussion um die Olympiateilnahme österreichischer AthletInnen stehen.<sup>102</sup>

Die innen- sowie außenpolitischen Rahmenbedingungen im Jahr 1980 in Österreich sahen wie folgt aus: Bei der Nationalratswahl am 6. Mai 1979 erreichte die SPÖ abermals nach 1971 und 1975 mit 51% der Stimmen die absolute Mehrheit – der Weg zur dritten SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky war geebnet.<sup>103</sup> Innenpolitisch wurden vor allem während der ersten Legislaturperiode von 1970/71–1975 Reformen in den

---

<sup>102</sup> Tagebuch von Josef Staribacher (Kurzzitat: TbSt), fünf Ordner für das Jahr 1980.

<sup>103</sup> Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983, Wien – Köln – Weimar, 2004, 50.

Bereichen Bildung, Justiz und Kultur durchgesetzt, die aufgrund des soziokulturellen Wandels der 1960er und frühen 1970er Jahre notwendig wurden.<sup>104</sup> Was die Außenpolitik betraf, gelang es Bruno Kreisky – wie der Politologe Helmut Kramer in einem Referat im Jahr 1985 feststellte – „die Entwicklungstendenzen in der internationalen Politik und Wirtschaft in den siebziger Jahren im wesentlichen richtig zu deuten und diese Sicht in eine für Österreich erfolgreiche außenpolitische Strategie umzusetzen.“<sup>105</sup>

### **3.1 Sportpolitik „auf Österreichisch“**

Wie bereits in Kapitel 2.1 erläutert wurde, ist eine wechselseitige Beziehung bzw. Abhängigkeit von Sport und Politik evident. Im Folgenden werden daher österreichische Politiker und Sportorganisationen erwähnt, die aufgrund ihrer Funktionen besonderen Einfluss auf nationale sportpolitische Entscheidungen hatten und somit zu präsenten Akteuren in der Boykottdiskussion wurden.

Die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports wurde von allen österreichischen Parteien schon früh erkannt, jedoch machte sich diese Erkenntnis institutionell (vorerst) nicht bemerkbar – das Sportressort fand durch den oftmaligen Ministerienwechsel sowie dessen Umstrukturierungen und Umbenennungen in der Zweiten Republik keine „Heimat“. Nachdem die „Abteilung Sport“ während der Großen Koalitionen der Nachkriegszeit (1945–1966) und der Alleinregierung der ÖVP (1966–1970) im Bundesministerium für Unterricht untergebracht war, so war ab 1970, mit dem Beginn der „Ära Kreisky“, das Bundesministerium für Unterricht und Kunst für die Sportagenden zuständig.<sup>106</sup> Wolfgang Witzelsperger, der im Rahmen seiner Dissertation die Interdependenz zwischen Sport und Politik in Österreich in der Zweiten Republik untersuchte, führt den

---

<sup>104</sup> Kriechbaumer, Kreisky, 13–14.

<sup>105</sup> Helmut Kramer, Aspekte der österreichischen Aussenpolitik (1970–1985), in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 189.

<sup>106</sup> Wolfgang Witzelsperger, Die Interdependenz von Sport und Politik in Österreich am Beispiel der Zweiten Republik, Dissertation, Universität Wien 1999, 79 und 82. Eine ressortmäßige Aufwertung erfuhr die Sportabteilung erst ab 1986 unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986–1997) von der SPÖ, der selbst ein begeisterter und vor allem in seiner Jugend durchaus erfolgreicher Basketballspieler war, als das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport geschaffen wurde. Ab 1991 verlagerten sich die Angelegenheiten des außerschulischen Sports in das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, bevor es nach der Nationalratswahl 1994 zur Installierung eines eigenen Staatssekretariats für Sport im Bundeskanzleramt kam – somit war Bundeskanzler Franz Vranitzky gleichzeitig Sportminister, 1997 folgte ihm Viktor Klima (SPÖ). Vgl. ebd., 84–86. Während der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Koalitionen zwischen 2000–2007 unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) existierte in der ersten Legislaturperiode zwischen 2000–2003 das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport, von 2003–2007 lag die Kompetenz für Sport beim Bundesministerium für Landesverteidigung, ebenso während der Bundeskanzlerschaft von Alfred Gusenbauer (SPÖ) von 2007–2008. Seit der Angelobung der Großen Koalition unter Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 2. Dezember 2008 ist das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport mit den nationalen Sportagenden betraut.

oftmaligen Wechsel des Sportressorts darauf zurück, dass der Sport aufgrund seiner „thematischen Vielfältigkeit“ kaum einzuordnen sei.<sup>107</sup>

Über die gesamte Dauer der SPÖ-Alleinregierung von 1971–1983 war Fred Sinowatz, Bundesminister für Unterricht und Kunst, für die Sportagenden zuständig, da das Sportressort in das von ihm verwaltete Ministerium eingegliedert war. Für seine Reformen und Modernisierungsbestrebungen im Bildungs- und Kulturbereich ist Fred Sinowatz in die politische Geschichte der Zweiten Republik eingegangen. Obwohl die Sportagenden in einem Unterrichts- und Kunstministerium als Fremdkörper gesehen werden können, war Sinowatz auch diesbezüglich ambitioniert und erfolgreich. In verschiedenster Weise bemühte er sich um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Breiten- und Spitzensport. 1971 gründete er gemeinsam mit Bundeswirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger den gemeinnützigen Verein *Österreichische Sporthilfe*, der bis heute das Ziel verfolgt, österreichische SportlerInnen aus vorwiegend olympischen Disziplinen finanziell und mit Infrastruktur zu unterstützen. Der erste Vereinsvorsitzende war Fred Sinowatz.<sup>108</sup>

Schon zwei Jahre zuvor, 1969, wurde auf der Grundlage des Bundessportförderungsgesetzes, das vom damaligen Unterrichtsminister Alois Mock entworfen worden war und die Förderung des Sports aus Bundesmitteln regeln sollte, die Österreichische Bundes-Sportorganisation (BSO) zur Koordination der österreichischen Sportaktivitäten gegründet.<sup>109</sup> Die BSO hat seit ihrer Gründung die Aufgabe, jährlich einen Vorschlag für das Sportförderungsbudget des Bundes auszuarbeiten sowie die widmungsgemäße Verwendung dieser Mittel zu überprüfen.<sup>110</sup> Vor der Vereinsgründung agierte die BSO als Interessensgemeinschaft unter dem Namen „Bundes-Sportausschuß“ – Präsident in den späten 1960er Jahren war im Übrigen der Wiener Stadtrat und spätere ÖOC-Präsident Kurt Heller.<sup>111</sup>

Ende 1979 verkündete das BSO in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und der Unterstützung der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* die Organisation eines Jugendlagers anlässlich der Olympischen Spiele in Moskau. Neben der Teilnahme an Sportveranstaltungen sollten die Jugendlichen die Möglichkeit haben, Moskau

---

<sup>107</sup> Witzelsperger, Interdependenz, 206.

<sup>108</sup> Norbert Adam, Bundes-Sportorganisation. Sechs erfolgreiche Jahrzehnte für Österreichs Sport, hg. von der Österreichischen Bundes-Sportorganisation, Wien 2011, 81; Österreichischen Sporthilfe, <http://www.sporthilfe.at/index,2841,40%20Jahre%20f%C3%BCr%20mehr%20Erfolg%20in%20%20%C3%96sterreichs%20Sport.html> (abgerufen am: 22.2.2012)

<sup>109</sup> Adam, Bundes-Sportorganisation, 28; Witzelsperger, Interdependenz, 68.

<sup>110</sup> Witzelsperger, Interdependenz, 73; Österreichische Bundes-Sportorganisation, <http://www.bso.or.at/de/bso/ueber-uns/aufgaben-und-ziele/> (abgerufen am: 10.3.2012)

<sup>111</sup> Adam, Bundes-Sportorganisation, 20.

zu besichtigen, Olympiasieger der UdSSR kennen zu lernen und das Sportabzeichen der russischen Föderation zu erwerben.<sup>112</sup> Die Vorbereitungen für die Teilnahme an diesem Jugendlager wurden schon am Beginn des Jahres gestoppt. In den BSO-Mitteilungen werden „organisatorische Gründe“ ohne weitere Ausführungen genannt.<sup>113</sup> Tatsächlich waren die Diskussionen um Boykott oder Teilnahme offenbar soweit fortgeschritten, dass eine Entsendung österreichischer SportlerInnen zum Jugendcamp in Moskau ein zu frühes Indiz für die österreichische Position pro Olympiateilnahme gewesen wäre.

Neben den bereits erwähnten Institutionen und Organisationen war es auch den Sportdachverbände ASKÖ, ASVÖ und UNION möglich, auf den Diskussionsverlauf Einfluss zu nehmen. Die Dachverbände pflegten/pflegen von jeher ein Naheverhältnis zu den politischen Parteien.<sup>114</sup> Alle drei Dachverbände sowie die BSO waren/sind Mitglieder des Österreichischen Olympischen Comités und bei Vollversammlungen stimmberechtigt. So auch in jener im Mai 1980, in der die Entscheidung zur Entsendung einer österreichischen Delegation zu den Olympischen Sommerspielen in Moskau 1980 fiel.

Linda Martina Zeiler, die in ihrer publizierten geschichtswissenschaftlichen Diplomarbeit das politische Wirken und Vermächtnis von Fred Sinowatz untersuchte, stellte fest, dass er weniger als Unterrichtsminister, sondern „durch sein authentisches Auftreten als Sportminister bei der österreichischen Bevölkerung wichtige Sympathiepunkte sammeln [konnte]“. <sup>115</sup> Doch auch in dieser Analyse – sowie im Gros der Rezeption von Fred Sinowatz’ politischer Karriere – werden seine Tätigkeiten für den Schul-, Nachwuchs-, Breiten- und Leistungssport zumeist ausgeklammert.

Im Übrigen findet in einer rezenten Chronik über die „Erfolgsgeschichte“ des österreichischen Sports, die vom Bundeskanzleramt herausgegeben wurde, die internationale und nationale Boykottdiskussion keine Erwähnung. In einem Satz wird der Boykott der „westlichen Staaten“ erwähnt, im selben der Olympiasieger Sissy Theurers.<sup>116</sup>

---

<sup>112</sup> *BSO-Mitteilungen*, Folge 5/6 (1979), Wien 1979, 1.

<sup>113</sup> *BSO-Mitteilungen*, Folge 1/2 (1980), Wien 1980, 1.

<sup>114</sup> Vgl. Witzelsperger, *Interdependenz*, 53–65. Demnach knüpft der ASKÖ an die sozialdemokratische Tradition der ehemaligen „Arbeiterturnerschaft Österreichs“ vor dem Jahr 1934 an (54), die 1945 wiederbegründete UNION ist laut Statuten ein „überparteilicher Verein“, der sich jedoch traditionell ideell der ÖVP verbunden fühlt (63), dem im Jahr 1949 gegründeten ASVÖ kann keine deutliche politische Nähe konstatiert werden (61). Witzelsperger bezieht sich auf die Ausführungen des Historikers Reinhard Krammer, *Sportverbände und Parteipolitik. Die Geschichte eines Nahverhältnisses*, in: *Zeitschrift für Erwachsenenbildung* 1 (1986).

<sup>115</sup> Linda Martina Zeiler, *Was bleibt? Das politische Wirken und Vermächtnis von Dr. Fred Sinowatz* (= Beiträge zur Neueren Geschichte Österreichs, Band 27), Frankfurt/Main 2011, 28-29.

<sup>116</sup> Norbert Adam, *1945–2005. 60 Jahre Sport in Österreich. Eine Erfolgsgeschichte*, hg. vom Bundeskanzleramt, Wien 2005, 34.

Bundesminister Fred Sinowatz, der schon im Jahr 1980 Ehrenmitglied des ÖOC war, hielt sich mit Äußerungen zum Boykottaufruf der Vereinigten Staaten zurück. Es ist davon auszugehen, dass seine Haltung mit jener des Bundeskanzlers abgestimmt war. ÖOC-Präsident Kurt Heller drückte gegenüber Fred Sinowatz frühzeitig aus, dass das ÖOC die Meinung der Regierung in der Boykottfrage berücksichtigen werde, wie Josef Staribacher am 21. Jänner 1980 in seinem Tagebuch vermerkte.<sup>117</sup> Weiters sind einige Einträge zu finden, die darauf hindeuten, dass er selbst in dieser Angelegenheit das Gespräch mit Fred Sinowatz suchte – ein Indiz dafür, dass in der Boykottdebatte auch Wirtschaftsinteressen eine Rolle spielten, wie in Kapitel 3.3.2 ausführlich analysiert wird.

### **3.2 Die Außenpolitik Österreichs**

Bis tief in die 1970er Jahre war Außenpolitik „ein abgehobenes Thema, eine Angelegenheit von Eliten, welche die breite Masse der Bewohner des Landes so gut wie nicht oder kaum tangierte.“<sup>118</sup> Ende der 1970er Jahre erlebte die Welt jedoch die letzte heiße Phase des Kalten Krieges. Die militärische Aufrüstung der Sowjetunion und die Nicht-Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch den US-amerikanischen Kongress, der Nahostkonflikt oder internationaler Terrorismus waren nur einige von zahlreichen Themen, die auch in Österreich heftig diskutiert wurden. Damit rückte die Außenpolitik in den Fokus des öffentlichen Interesses.

Im Wesentlichen war die Außenpolitik der „Ära Kreisky“ von zwei Faktoren beeinflusst – der geographischen Lage des Landes an der Grenze zwischen zwei verfeindeten Blöcken einerseits und dem Status Österreichs als neutrales Land andererseits. Die Profilierung der immerwährenden Neutralität Österreichs war für Kreisky die Voraussetzung für Sicherheit und politische Unabhängigkeit im globalen Kontext. Bedeutend in diesem Zusammenhang war die „aktive Neutralitätspolitik“ Österreichs, die Bruno Kreisky als Sicherheitspolitik verstand und praktizierte.<sup>119</sup> Die Zeithistorikerin Elisabeth Röhrlich konstatiert, dass Kreisky seine Ambitionen in der internationalen Politik stets damit rechtfertigte, dass sie Österreichs Position als neutraler Staat festigten.<sup>120</sup>

---

<sup>117</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 21.1.1980.

<sup>118</sup> Zur Außenpolitik Österreichs zwischen 1970–1983 siehe ausführlich: Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, Innsbruck – Wien – Bozen 2005, 447–498, hier 381. Sowie Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (= Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 2), Göttingen 2009, 270–342.

<sup>119</sup> Gehler, Außenpolitik, Bd. 1, 367.

<sup>120</sup> Röhrlich, Außenpolitik, 275.

Die Hauptthemen der „Kreiskyschen Außenpolitik“ in der ersten Phase der 13-jährigen sozialistischen Alleinregierung waren Nachbarschafts- und Europapolitik sowie Entspannungspolitik. Die Schwerpunkte verschoben sich ab Mitte der 1970er Jahre in Richtung einer global ausgerichteten Außenpolitik – Nahostpolitik, Nord-Süd-Dialog bzw. Entwicklungshilfepolitik standen im Vordergrund.<sup>121</sup>

Im außenpolitischen Teil der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 wurde als oberstes Ziel der Außenpolitik die Gewährleistung der Unabhängigkeit Österreichs angegeben. Dies solle durch Pflege der Beziehungen zu allen Staaten, durch Forcierung der Entspannungspolitik und Europäischen Integration sowie durch wirkungsvolle Außenwirtschafts- und Außenkulturpolitik erreicht werden. Weitere wichtige Vorhaben, die zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und Festigung des Friedens führen sollten, würden die Beteiligung bei der Lösung internationale Probleme sowie die Entwicklungshilfepolitik darstellen.<sup>122</sup>

### **Der Außenminister**

Seit dem 1. Oktober 1976 bekleidete der parteifreie Jurist Willibald Pahr das Amt des Außenministers der Republik Österreich. Er wurde auf Vorschlag von Bundeskanzler Kreisky von Bundespräsident Rudolf Kirchschräger<sup>123</sup> (1974–1986) in die Regierung berufen. Kreisky und Pahr pflegten schon in den Jahren zuvor intensive Kontakte. Pahr, der im Verfassungsdienst tätig war, erarbeitete die rechtlichen Grundlagen für die Neugründung des Außenamtes im Jahr 1959. Dennoch kam seine Nominierung für ihn selbst wie auch für viele Mitglieder der Sozialistischen Partei überraschend.<sup>124</sup>

Kreiskys starke außenpolitische Präsenz hatte zu Folge, dass Willibald Pahr bald als „Schatten-Minister“ wahrgenommen wurde.<sup>125</sup> Nach der Einschätzung des bei Drucklegung dieser Arbeit amtierenden Bundespräsidenten Heinz Fischer, wollte Bundeskanzler Kreisky „bei seinen internationalen Verpflichtungen und Initiativen als Regierungschef vom

---

<sup>121</sup> Helmut Kramer, Aspekte der österreichischen Aussenpolitik (1970–1985), in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 187; Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay, Wien – München 2000, 114.

<sup>122</sup> *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik*, 19. Jg. (1979), hg. v. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Wien 1979, 132–134.

<sup>123</sup> Rudolf Kirchschräger war zuvor von 1970–1974 parteiloser Außenminister im Kabinett Kreisky. Ihm folgte der ebenfalls parteilose ehemalige Diplomat Erich Bielka (1974–1976). Vgl. Röhrlich, Außenpolitik, 273.

<sup>124</sup> Gehler, Außenpolitik, Bd. 1, 378–379.

<sup>125</sup> Ebd., 385.

Außenminister nicht konterkariert werden“.<sup>126</sup> Allerdings bemerkte er auch, dass Kreisky den jeweiligen Außenministern einen gewissen Handlungsspielraum einräumte.<sup>127</sup>

Diesen fand Außenminister Pahr vor allem in der Kooperation mit den neutralen und blockfreien Staaten (N+N-Staaten – „neutrals and non-aligned countries“) zur Fortsetzung des Abbaus der Ost-West-Konfrontationen in Folge der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE), die zwischen 1973 und 1975 tagte und mit der *Schlussakte von Helsinki* als internationale Organisation gegründet wurde.<sup>128</sup>

Der Außenminister äußerte sich öffentlich nur selten zum Boykottthema. Im April 1980 bezog er in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Presse* Stellung. Im Gegensatz zum Iran-Boykott<sup>129</sup>, erachte Pahr die Diskussion über eine Olympiateilnahme als keine politische, sondern eine nach sportlichen Gesichtspunkten zu entscheidende Frage<sup>130</sup> – damit befand sich Willibald Pahr ganz auf der Argumentationslinie von Bundeskanzler Kreisky.

### **Die Haltung der Opposition**

Grundsätzlich herrschte zwischen der Regierungspartei SPÖ und den Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ Konsens bei den außenpolitischen Themen Neutralität, Entspannung und dem Ausbau Österreichs als Standort internationaler Organisationen und Begegnungen<sup>131</sup>, dennoch kam Kritik von Seiten der Opposition, die österreichische Außenpolitik würde die Nachbarschaftspolitik vernachlässigen und sich zu sehr mit weltpolitischen Ereignissen beschäftigen.<sup>132</sup> Im Unterschied zur global ausgerichteten Außenpolitik der SPÖ, stand für die ÖVP der europäische Raum im Mittelpunkt des Interesses.<sup>133</sup> Vor allem die Nahostpolitik Kreiskys löste immer wieder innenpolitische Diskussionen aus. Beispielsweise sorgte der Besuch des PLO-Chefs Jassir Arafats im Juli 1979 in Wien für harte Konfrontationen zwischen den politischen Lagern.<sup>134</sup> Die unterschiedlichen Auffassungen über die Entsendung österreichischer AthletInnen zu den Olympischen Sommerspielen in Moskau wurden mit keiner geringeren Vehemenz an die Öffentlichkeit getragen.<sup>135</sup> Die ÖVP konstatierte im pro-

---

<sup>126</sup> Heinz Fischer, *Die Kreisky-Jahre 1967–1983*, Wien 1993, 238.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Gehler, *Außenpolitik*, Bd. 1, 452–453.

<sup>129</sup> Der „Iran-Boykott“ der USA war eine Reaktion auf die Geiselnahme von 52 US-Diplomaten in der amerikanischen Botschaft in Teheran, die eine Einstellung der Handelsbeziehungen mit dem Iran zur Folge hatte.

<sup>130</sup> Vgl. *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik*, 20. Jg. (1980), 128.

<sup>131</sup> Gehler, *Außenpolitik*, Bd. 1, 492.

<sup>132</sup> Ebd., 385.

<sup>133</sup> Ebd., Bd. 1, 491.

<sup>134</sup> Stifter, *ÖVP*, 260.

<sup>135</sup> Siehe ausführlich dazu Kapitel 4.

Olympia der Kreisky-Regierung eine anti-amerikanischen Haltung der Sozialisten, was zu Zeiten der Lagerpolitik keine leichtgewichtige Keule war.

Zum Zwecke der Transparenz wurde 1976 der *Rat für Auswärtige Angelegenheiten*<sup>136</sup> geschaffen und dem Nationalrat alljährlich ein von Willibald Pahr initiiertes *Außenpolitischer Bericht* vorgelegt. Der aus allen Parlamentsparteien zusammengesetzte Rat war beratendes Organ, das aber de facto nur wenig Einfluss hatte.<sup>137</sup>

Im Februar 1979 brachte die ÖVP einen Entschließungsantrag über „Grundlagen und Ziele der österreichischen Außenpolitik“ im Nationalrat ein, doch fand aufgrund der vorverlegten Nationalratswahlen keine Diskussion zu diesem Thema statt. Eine gemeinsame außenpolitische Doktrin – wie von der ÖVP gefordert – wurde von der SPÖ abgelehnt. Bruno Kreisky hatte den Begriff „Doktrin“ „furchtbar unger“, wie Gerald Stifter aus einem Bericht der *Presse* vom 21. Juli 1979 zitiert.<sup>138</sup>

Die Oppositionsparteien verlangten unmittelbar nach dem internationalen Aufruf durch US-Präsident Carter, aus politischen Gründen den Sommerspiele in Moskau fernzubleiben, eine Behandlung dieser Angelegenheit im Rahmen des Außenpolitischen Rates.

Norbert Steger<sup>139</sup>, designierter Bundesparteiobmann der FPÖ, forderte am 1. Februar 1980 in einer Pressemitteilung via Freiheitlichem Pressedienst Bundeskanzler Kreisky auf, den Rat einzuberufen, um vor einer Entscheidung über die Teilnahme Österreichs an den Olympischen Spielen die Boykottthematik auch auf politischer Ebene zu diskutieren.<sup>140</sup>

ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock kritisierte nach der Sitzung des Außenpolitischen Rates am 28. März 1980 in einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes die außenpolitische Entscheidung der Bundesregierung zur Anerkennung der PLO sowie das Diskussionsverhalten der SPÖ in der Frage des Olympiaboykotts. Er verlangte, wie auch Norbert Steger zuvor im Februar, dass sich der Außenpolitische Rat zu dieser Thematik äußern solle.<sup>141</sup>

---

<sup>136</sup> Vgl. Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, Erlassung der Geschäftsordnung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Oktober 1976, [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976\\_575\\_0/1976\\_575\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_575_0/1976_575_0.pdf) (abgerufen am: 10.8.2012)

<sup>137</sup> Vgl. Außenpolitischer Teil der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979, in: *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik*, 19. Jg. (1979), 132; Gehler, Außenpolitik, Bd. 1, 384 und 492.

<sup>138</sup> Stifter, ÖVP, 259.

<sup>139</sup> Vgl. Norbert Steger, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01832/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01832/index.shtml) (abgerufen am: 21.4.2012)

<sup>140</sup> Freiheitlicher Pressedienst, 1.2.1980.

<sup>141</sup> ÖVP-Pressedienst, 28.3.1980.

Der ehemalige Innenminister Erwin Lanc resümierte im Interview mit der Autorin, dass das Thema Olympiaboykott von der ÖVP strapaziert wurde, um das außenpolitische Konzept der SPÖ zu kritisieren. Er meinte dazu: „Die ÖVP hat ja damals versucht, [...] das schon auch zu einer Frage zu machen, ob die Außenpolitik dieser Republik unter den Sozialdemokraten richtig oder falsch ist. Das ist instrumentalisiert worden, das ist keine Frage.“<sup>142</sup>

### 3.2.1 Die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion und den USA

Die sich abzeichnende Neutralitätspolitik Österreichs nach Abschluss des *Österreichischen Staatsvertrages* am 15. Mai 1955 war, wie Erwin Lanc, der Willibald Pahr als Außenminister nachfolgte (1983–1984), formulierte, anfangs „sowohl in Washington als auch in Moskau mit zunehmender Verschärfung des Konfliktes zwischen diesen beiden Polen unpopulär.“<sup>143</sup>

Doch schon in seiner Zeit als Außenminister (1959–1966) stand Bruno Kreisky bei sowjetischen Diplomaten in hohem Ansehen. Vor allem sein Engagement für die Deeskalation des Ost-West-Konflikts wurde respektiert.<sup>144</sup> Bei einem Besuch Bruno Kreiskys im Jahr 1978 in Moskau betonte Staats- und Regierungschef Leonid Breschnew (1964–1982), die Bedeutung des Österreichischen Staatsvertrages als Beitrag zur europäischen Entspannung.<sup>145</sup>

Für die Vereinigten Staaten lag die Bedeutung der österreichischen Neutralität vor allem in der Abschirmung Österreichs vor direktem kommunistischen Einfluss.<sup>146</sup> Alexander Schröck definiert die Wahrnehmung der österreichischen Außenpolitik durch die USA wie folgt: „Die USA [anerkannten] generell die österreichische autonome Entscheidung über die Gestaltung der aktiven Neutralität [...], solange [...] eine vorhersehbare, unmissverständliche und stabilisierende Außenpolitik Österreichs erkennbar war.“<sup>147</sup>

---

<sup>142</sup> Vgl. Interview mit Erwin Lanc.

<sup>143</sup> Erwin Lanc, Die Außenpolitik der „Ära Kreisky“, in: Werner Gatty / Gerhard Schmid / Maria Steiner / Doris Wiesinger (Hg.), *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970–1983*, Innsbruck – Wien 1997, 81.

<sup>144</sup> Wolfgang Mueller, *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria and Neutrality 1955–1991* (= Zentraleuropa-Studien, Bd. 15), Wien 2011, 207.

<sup>145</sup> Ebd., 213.

<sup>146</sup> Carmen Gebhard, *Neutralität und Europäische Integration. Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich* (= Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 9/2005), Wien 2005, 40. Sowie ausführlich: Oliver Rathkolb, *Bruno Kreisky: Perspectives of Top-Level U.S. Foreign Policy Decision Makers, 1959–1983*, in: Günter Bischof / Anton Pelinka / Oliver Rathkolb (Hg.), *The Kreisky Era in Austria* (= *Contemporary Austrian Studies*, Vol. II), New Jersey 1994, 165–186.

<sup>147</sup> Alexander Schröck, *Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post-Détente-Ära*, in: Oliver Rathkolb / Otto M. Maschke / Stefan August Lütgenau (Hg.), *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990* (= *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945*, Bd. 2), Wien – Köln – Weimar 2002, 41.

Bruno Kreisky tat sich während seiner Zeit als Bundeskanzler besonders als Kommunikator im Entspannungsprozess zwischen den USA und der Sowjetunion hervor. Österreich bot sich immer wieder – nicht nur in diesem Kontext – als Tagungsort für internationale Konferenzen und Begegnungen an. So fand im Mai 1974 das Außenministertreffen zwischen Henry Kissinger (1973–1977) und Andrej Gromyko (1957–1985) in Wien statt. Am 18. Juni 1979 wurde das SALT II-Abkommen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung von US-Präsident Jimmy Carter und dem sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew in Wien unterzeichnet.<sup>148</sup>

Insgesamt gesehen können die außenpolitischen und diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion in den 1970er Jahren als „freundschaftlich“ bezeichnet werden. Leonid Breschnew und Alexei Kossygin (Ministerpräsident der UdSSR von 1964–1980) bezeichneten sich selbst – wie Wolfgang Mueller aus sowjetischer Literatur zitiert – als „gute Freunde Österreichs“.<sup>149</sup>

Während seiner Kanzlerschaft wurden Kreiskys Ansichten in den USA aufmerksam und mit Respekt registriert, auch wenn sie sich nicht immer mit jenen der jeweiligen US-Administration deckten, wie Ingo Mussi (Botschafter in Tel Aviv von 1976–1981) feststellte.<sup>150</sup> Obwohl Kreisky der Administration Jimmy Carters anfangs große Sympathien entgegenbrachte, war die Haltung Österreichs in bedeutenden Fragen durchaus unterschiedlich zur Position der USA. Beispiele hierfür sind die Nahostpolitik, die Frage des Wirtschaftsboykotts gegen den Iran und letztlich der Aufruf zum Olympiaboykott. So wurde die von den USA initiierte Boykottierung des Iran mit dem Hinweis auf Österreichs immerwährende Neutralität abgelehnt, die es verbiete, sich in Konflikte zwischen Drittstaaten einzumischen.<sup>151</sup> Die Olympia-Absagedrohung der Vereinigten Staaten bezeichnete Kreisky im Februar 1980 als „übereilt und nicht durchdacht“.<sup>152</sup>

Andreas Unterberger – außenpolitischer Redakteur der *Presse* während der „Ära Kreisky“ – vermutete, dass Kreiskys ständige Kritik an der amerikanischen Reaktion auf den Afghanistan-Einmarsch den Tiefpunkt der Beziehungen zu den USA markierten, da man „am

---

<sup>148</sup> Stöver, *Krieg*, 410.

<sup>149</sup> Mueller, *A Good Example*, 215.

<sup>150</sup> Ingo Mussi, Bruno Kreisky und der schöpferische Dialog mit den Vereinigten Staaten, in: Erich Bielka / Peter Jankowitsch / Hans Thalberg (Hg.), *Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*, Wien 1983, 126.

<sup>151</sup> Stifter, *ÖVP*, 264.

<sup>152</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 18.2.1980.

Ballhausplatz ihnen [den USA, Anmerkung der Autorin] gegenüber viel konfliktfreudiger als gegenüber den Sowjets [war]“.<sup>153</sup>

Österreichs Ausscheren aus dem „westlichen Lager“ forderte nicht nur die Außenpolitik und in personam Kreisky, sondern generierte auch ein Drohszenario für die Wirtschaft.

Im Mai erhielt der österreichische Botschafter in Washington, Karl Herbert Schober (1977–1981), ein ungewöhnliches Schreiben. Richard A. Viguerie<sup>154</sup>, ein US-Marketingexperte, drückte in seinem Brief die Enttäuschung der „Amerikaner“ über die österreichische Entscheidung aus, an den Spielen in Moskau teilzunehmen und äußerte gleichzeitig einige Drohungen:

Americans are upset that Austria won't stand with us by boycotting the Moscow Games. They're upset to the point that many Americans have signed a petition pledging to boycott the products of your country until Austria announces that it won't attend the Moscow Olympics. [...] I recommend you take Americans seriously, Mr. Ambassador, on this matter. We are taking a close look at Austria and other countries who refuse to boycott the Moscow Olympics.<sup>155</sup>

Einem zweiten Schreiben, datiert mit 4. Juni 1980, legte Richard A. Viguerie eine Petition bei, die von über 6.000 AmerikanerInnen unterzeichnet wurde, die im Falle eines Antretens österreichischer AthletInnen bei den Spielen in Moskau, in Österreich hergestellte Produkte boykottieren und einen Besuch des Landes ausschließen würden. Weiters gab Viguerie bekannt, er habe zahlreiche weitere Personen und Medien (u. a. Tages- und Wochenzeitungen, Minister und Priester) durch „direct mailing“ aufgefordert, den „economic boycott“ zu unterstützen.<sup>156</sup>

Auch die Behandlung dieses Themas wurde zur Aufgabe von Bruno Kreisky und nicht, wie es logischer gewesen wäre, von Außenminister Pahr oder Handelsminister Staribacher.

Botschafter Schober leitete die Briefe an Bundeskanzler Kreisky weiter, der auf den Papieren vermerken ließ, in dieser Sache mit dem US-amerikanischen Botschafter in Wien sprechen zu wollen. Ob dies geschah und welches Ergebnis dieses Gespräch brachte, ist nicht zu eruieren. Die Drohungen Vigueries dürften allerdings keinen Einfluss auf die österreichisch-

---

<sup>153</sup> Andreas Unterberger, Die drei großen Mythen. Österreichische Außenpolitik 1970 bis 1980, in: Alois Mock (Hg.), Durchbruch in die Moderne. Von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft, Graz – Wien – Köln 1981, 162–163.

<sup>154</sup> Richard A. Viguerie machte sich in den 1960er und 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten einen Namen als Marketingspezialist, der mittels „direct mail advertising“ politische Themen verbreitete. Vgl. [http://www.politico.com/arena/bio/richard\\_a\\_viguerie.html](http://www.politico.com/arena/bio/richard_a_viguerie.html) (abgerufen am: 6.6.2012). Auf seiner *Facebook*-Seite wird er als Marketinglegende und „Funding Father“ der modernen konservativen Bewegung in den USA bezeichnet.

<sup>155</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, Brief von Richard A. Viguerie an Botschafter Carl Herbert Schober, 16.5.1980.

<sup>156</sup> Ebd.

amerikanischen diplomatischen Beziehungen bzw. auf die Boykottdiskussion in Österreich gehabt haben.

### **Die österreichische Botschaft in Moskau**

Zum Zeitpunkt der Diskussion um die Olympiateilnahme Österreichs war Gerald Hinteregger österreichischer Botschafter in Moskau (1978–1981). Auch er spielte eine Rolle im Meinungsbildungsprozess, wie seiner Korrespondenz mit dem Bundeskanzleramt zu entnehmen ist. Einerseits informierte er das Außenministerium über die Vorgänge in Moskau im Vorfeld der Spiele, andererseits bat er um Weisung aus Wien, wie sich die Botschaft verhalten solle. Konkret ging es dabei um die Teilnahme an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele und offiziellen gesellschaftlichen Terminen, zu denen die Sowjetunion einlud. Weiters gab Hinteregger zu den vom ÖOC diskutierten Protestmaßnahmen, die im Rahmen der Eröffnungszeremonie die Missbilligung der Afghanistan-Invasion ausdrücken sollten, eine Empfehlung ab, wonach eine solche Aktion mit „gleichgesinnten Ländern“ abzusprechen und „glaubhaft und konsequent“ durchzusetzen sei, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.<sup>157</sup>

In seinen im Jahr 2008 veröffentlichten Erinnerungen<sup>158</sup> vermerkte Gerald Hinteregger, dass die Notwendigkeit zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen von Österreich mit der Sowjetunion dringend geboten war. Bei seinem Amtsantritt Ende der 1970er Jahre klassifizierte er diese als „wenig erfreulich“<sup>159</sup>. Der Warenaustausch beschränkte sich auf Produkte aus dem Bereich der traditionellen Güter, die „wirklich interessanten großen Aufträge“ fehlten.<sup>160</sup> Er stellte auch fest, dass der Frage zu den Menschenrechten von der obersten sowjetischen Führung eher wenig Bedeutung beigemessen wurde, was sich auch in der Verbannung von Dissidenten – u. a. Andrej Sacharow<sup>161</sup> –, die im Vorfeld der Olympischen Spiele aus Moskau „entfernt“ wurden, bemerkbar machte.<sup>162</sup>

---

<sup>157</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, Brief von Austroamb Moskau an Aussenamt Wien, 30.5.1980. Das ÖOC diskutierte im Vorfeld der Entsendung der Delegation, ob das österreichische Team mit der National- oder der Olympischen Flagge bei der Eröffnungsfeier in das Stadion einziehen bzw. ob bei Siegerehrungen die Nationalhymne gespielt werden sollte. Dieser Diskussionspunkt wurde auch von der ÖVP aufgegriffen und via Pressedienst kritisiert. Vgl. Kapitel 5.1.

<sup>158</sup> Gerald Hinteregger, Im Auftrag Österreichs. Gelebte Außenpolitik von Kreisky bis Mock, Wien 2008.

<sup>159</sup> Ebd., 233.

<sup>160</sup> Ebd., 234.

<sup>161</sup> Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921–1981) war ein russischer Kernphysiker, der die sowjetische Wasserstoffbombe erfand. Er erkannte sehr früh die Gefahr, die durch diese Waffe ausging und appellierte an die russische Regierung, die Atomtests einzustellen und setzte sich für die atomare Abrüstung ein. Mit seinem Eintritt in die Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren war er wachsenden Repressalien ausgesetzt. 1975 erhielt er für seinen politischen Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte den Friedensnobelpreis. Am

Andrej Sacharow äußerte sich wenige Tage vor seiner Festnahme und Verbannung nach Gorkij/Sibirien in einem Interview mit einem US-amerikanischen Journalisten zu den bevorstehenden Spielen in der Sowjetunion sowie zum Olympiaboykottaufbruch Jimmy Carters. Er vertrat die Ansicht, solange die Sowjetunion in Afghanistan kriegerisch vorgehe, würde die Durchführung der Olympischen Spiele der Olympischen Charta widersprechen. Weiters machte Sacharow deutlich, dass er die zeitweiligen Einschränkungen der Handelskontakte und wissenschaftlich-technischen Beziehungen seitens der westlichen Länder zu der UdSSR sowie die Absage der Olympischen Spiele in diesem Zusammenhang für berechtigt hielt.<sup>163</sup>

Einen Tag nach der Festnahme des Regimekritikers Sacharow nahm Bundeskanzler Kreisky in einem ORF-Interview zu diesem Thema Stellung. Er bezeichnete die Verbannung Sacharows als „großen Fehler“ und „unbegreiflich“. Trotz der „weiteren Klimaverschlechterung“ die Kreisky befürchtete, sei die Beschickung der Olympischen Spiele „primär Sache der Sportvereine und der Sportorganisationen.“<sup>164</sup>

### **3.3 Die österreichische Wirtschaftspolitik in den 1970er Jahren und die Außenhandelsbeziehungen zu der Sowjetunion und den USA**

Die Wirtschaftspolitik Österreichs und ihre Auswirkungen während der Kanzlerschaft von Bruno Kreisky zwischen 1970–1983 können laut Wirtschaftsprofessor Ewald Nowotny in drei Phasen unterteilt werden. Der ersten Phase der „Hochkonjunktur von 1970–1974“ folgte die zweite Phase der „Eigenständigkeit von 1975–1980“. Die dritte Phase der sogenannten „differenzierten Anpassung von 1981–1985“ ist vor dem Hintergrund des zweiten Ölpreisschocks von 1979 und der damit einhergehenden internationalen Rezession der Wirtschaft sowie durch nationale ökonomische Schwierigkeiten, wie etwa im Bereich der Verstaatlichten Industrie, als Krisenzeit der österreichischen Wirtschaft unter Bundeskanzler Kreisky zu sehen.<sup>165</sup>

---

22. Jänner 1980 wurde er nach öffentlichen Protesten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan festgenommen und nach Gorkij/Sibirien deportiert, wo er sieben Jahre unter Aufsicht des KGB leben musste.

<sup>162</sup> Hinteregger, Auftrag, 232 und 246.

<sup>163</sup> Vgl. Interview von Charles Birnbauer (*ABC-News*) mit Andrej Sacharow in: *Kontinent – Forum für Ost-West-Fragen* 14, Jg. 6 (1980), 3-6.

<sup>164</sup> Austrodok, DVD 244, Min. 44.

<sup>165</sup> Ewald Nowotny, Die Wirtschaftspolitik in Österreich seit 1970, in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), *Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben*, Wien 1986, 38–41; Kriechbaumer, Ära Kreisky, 225.

### 3.3.1 Die wirtschaftliche Situation in Österreich und die ökonomischen Interessen im Ausland

An dieser Stelle wird vor allem der Zeitraum von 1970–1980 untersucht, um – in Hinblick auf die Frage, ob und in welcher Hinsicht die Entscheidung zur Olympiateilnahme durch wirtschaftliche Interessen motiviert war – die Rahmenbedingungen der österreichischen Wirtschaftspolitik<sup>166</sup> abzustecken.

Die ersten Jahre der sozialistischen Alleinregierung waren geprägt von hohem Wirtschaftswachstum. Wichtig in diesem Zusammenhang war der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) 1972 zur Zollsenkung für österreichische Exportwaren.<sup>167</sup> Weitere strukturpolitische Maßnahmen – wie etwa die Stahlfusion 1973 – sollten folgen.

Die Rezession der Weltwirtschaft infolge des ersten Ölpreisschocks von 1973/74 beendete das „goldene Zeitalter des Wachstumsbooms in Europa und in den USA“<sup>168</sup> – die Wirtschaftswachstumsraten in Österreich sanken von 5% in den 1960er Jahren auf etwa 2,6% pro Jahr ab 1973.<sup>169</sup> Dennoch konnte in Österreich eine Wirtschaftskrise (vorerst) abgewendet werden.

Die SPÖ-Regierung reagierte mit einer expansiven Budgetpolitik nach keynesianischer Theorie, um mittels Investitionsförderung – vor allem durch staatlich vergebene Aufträge sowie Förderung der Verstaatlichten Industrie – die Nachfrage zu steigern und dadurch die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten. Weiters wurde ab 1973 auf Hartwährungspolitik gesetzt – der Schilling wurde an die Deutsche Mark gebunden, was vor allem auf die Eindämmung der Inflation ausgerichtet war.<sup>170</sup> Diese von Kreisky entwickelte, auf „deficit spending“ (Defizitfinanzierung) beruhende Wirtschaftsstrategie ging unter dem Begriff „Austro-Keynesianismus“ in die Wirtschaftsgeschichte Österreichs ein.<sup>171</sup>

Der Konjunkturunbruch trat in Österreich erst 1975 ein (später als in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften), als die Auswirkungen des ersten Ölpreisschocks schlagend wurden. Folglich setzte Österreich – wie Theodor Venus analysiert – in der

---

<sup>166</sup> Zur österreichischen Wirtschaftspolitik – mit Einschätzungen und Analysen basierend auf der Auswertung von Akten aus dem Bruno Kreisky Archiv sowie des Tagebuches von Handelsminister Josef Staribacher – siehe ausführlich: Maria Mesner / Theodor Venus / Remigio Gazzari, *Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000*, Projektendbericht, [http://www.kreisky.org/endbericht\\_wirtschaftspolitik.pdf](http://www.kreisky.org/endbericht_wirtschaftspolitik.pdf), (abgerufen am: 23.3.2012)

<sup>167</sup> Kriechbaumer, *Ära Kreisky*, 227; Nowotny, *Wirtschaftspolitik*, 38.

<sup>168</sup> Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, 136.

<sup>169</sup> Ebd., 136.

<sup>170</sup> Mesner / Venus / Gazzari, *Wirtschaftspolitik*, 39–41.

<sup>171</sup> Vgl. Kriechbaumer, *Ära*, 231; Rathkolb, *Republik*, 136–137.

Exportförderung „aufgrund der Wirtschaftskrise, in der sich die meisten westeuropäischen Staaten befanden, sowie aufgrund struktureller Probleme des heimischen Warenangebots in der 2. Hälfte der siebziger Jahre stark auf die Erhaltung und den Ausbau seiner traditionell starken Position im Handel mit den RGW<sup>172</sup>-Staaten.“<sup>173</sup>

### 3.3.2 Außenhandel mit der Sowjetunion

Dieses Unterkapitel beschäftigt sich mit der SchlussThese von Renate Kopitschek, laut der die österreichischen Wirtschaftsbeziehungen zu der Sowjetunion durch die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau nicht profitierten.<sup>174</sup>

Für Österreich wurde der „Osthandel“<sup>175</sup> – der Handel mit jenen sozialistischen bzw. planwirtschaftlich geführten Staaten, die sich im RGW zusammengeschlossen hatten – nach Abschluss des Staatsvertrages 1955 sehr bedeutend. Insbesondere die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion waren für Österreich in Hinblick auf die Energie- und Rohstoffversorgung des Landes von zentraler Bedeutung. Österreich lieferte im Gegenzug Maschinen und Verkehrsmittel (v. a. Passagierschiffe) sowie Halb- und Fertigwaren (v. a. Stahlbleche) an die Sowjetunion. Im Jahr 1970 betrug der Gesamtwert der österreichischen Ausfuhren in die Sowjetunion 2.134 Millionen Schilling, importiert wurden Energie und Rohstoffe im Gesamtwert von 2.068 Millionen Schilling.<sup>176</sup> Die Intensivierung der Handelskontakte mit den Ostblockstaaten basierte auf einer Ausweitung der Unternehmenskooperationen ab Beginn der 1970er Jahre. Bedeutend für den Energiesektor waren die zwischen der Sowjetunion und der *Österreichischen Mineralölverwaltung* (ÖMV) abgeschlossenen langfristigen Verträge für Erdöl- und Gaslieferungen (*Erdgas-Röhren-Abkommen*), die Österreich zu einem Knotenpunkt für die Versorgung Zentraleuropas mit

---

<sup>172</sup> Der RGW (*Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*; engl. COMECON – *Council for Mutual Economic Assistance*) bezeichnet den Zusammenschluss der sozialistischen Staaten zur wirtschaftlichen Koordinierung (in Hinblick auf die Fünfjahrespläne) und Kooperation unter der Führung der Sowjetunion. Der RGW bestand von 1949 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991.

<sup>173</sup> Mesner / Venus / Gazzari, *Wirtschaftspolitik*, 51.

<sup>174</sup> Kopitschek, *Teilnehmen*, 100.

<sup>175</sup> Zur Geschichte des österreichischen Osthandels siehe ausführlich: Getrude Enderle-Burcel / Dieter Stiefel / Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9), Wien 2006 sowie Getrude Enderle-Burcel / Piotr Franaszek / Dieter Stiefel / Alice Teichova (Hg.), *Gaps in the Iron Curtain. Economic relations between neutral and socialist countries in Cold War Europe*, Krakau 2009.

<sup>176</sup> Andreas Resch, Die Aussenhandelsbeziehungen zwischen dem RGW-Raum und Österreich in der Nachkriegszeit – dargestellt im Spiegel der österreichischen Aussenhandelsstatistik, in: Enderle-Burcel / Stiefel / Teichova (Hg.), „Zarte Bande“, 52.

sowjetischem Gas und Öl machten.<sup>177</sup> Unternehmen der *Verstaatlichten Industrie*<sup>178</sup>, wie beispielsweise die *Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke* (VÖEST) oder *Chemie Linz*, konnten ihre Handelsbeziehungen vor allem in den Bereichen Anlagen- und Know-How-Export ausweiten. Im Jahr 1975 war – begünstigt durch die *Détente* im Kalten Krieg – mit 17% ein Rekordwert in der österreichischen Osthandelsquote zu verzeichnen.<sup>179</sup>

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es allerdings aufgrund mehrerer Faktoren zu einem Rückgang der österreichisch-sowjetischen Außenhandelsbeziehungen. Einerseits führte die Übernahme der GATT<sup>180</sup>-Bestimmungen im Ost-Westhandel der Sowjetunion neue Handelspartner aus dem Westen zu. Andererseits war die Sowjetunion bestrebt, einer weiteren Auslandsverschuldung entgegenzuwirken, was zu einem Rückgang der Exportquote österreichischer Waren und Technologie führte. Der zweite Ölpreisschock von 1979/80, der durch die Islamische Revolution im Iran 1979 ausgelöst worden war und zu einem Anstieg der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Österreich führte, wirkte sich ebenfalls negativ auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion aus. 1979/1980 verzeichnete Österreich erstmals ein Außenhandelsdefizit mit der Sowjetunion.<sup>181</sup>

Josef Staribacher thematisiert in seinem Tagebuch im Zusammenhang mit der Diskussion um den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau oftmals die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion. In seiner Amtszeit als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie zwischen 1970 und 1983 besuchte er die Sowjetunion nicht weniger als 17 Mal, unternahm jedoch keine einzige dienstliche Reise in die Vereinigten Staaten.<sup>182</sup> So vermerkte Josef Staribacher in Bezug auf die von Bundeskanzler Kreisky kommunizierte Regierungslinie zur Boykottfrage, die eine Teilnahme präferierte, in seinem Tagebuch: „Dass ich aus aussenhandelspolitischen Gründen und meiner guten Kontakte wegen zu den Oststaaten für diese Politik war, bruchte [sic!] ich gar nicht erst besonders zu

---

<sup>177</sup> Andrea Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“, in: Burcel / Stiefel / Teichova (Hg.), „Zarte Bande“, 87–88.

<sup>178</sup> Mit Bruno Kreiskys Amtsantritt als Bundeskanzler im Jahr 1970 übernahm die politische Zuständigkeit der Verstaatlichten Industrie (VI) das Bundeskanzleramt. Die VI war wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Instrument zugleich. Unter der SPÖ-Alleinregierung kam es durch Fusionierungen zu großen Veränderungen in der Konzernstruktur zahlreicher verstaatlichter Betriebe.

<sup>179</sup> Komlosy, Brückenfunktion, 91 und 96 sowie Andreas Resch, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke, in: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien 2010, 554–555.

<sup>180</sup> *General Agreement on Tariffs and Trade* (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen): Österreich trat dem handelspolitischen Abkommen zur Liberalisierung des Welthandels 1951 bei.

<sup>181</sup> Komlosy, Brückenfunktion, 92.

<sup>182</sup> Mueller, A Good Example, 211.

unterstreichen.“<sup>183</sup> Bei der Lektüre des Tagebuches wird unzweifelhaft klar, dass der Handelsminister eine Entscheidung pro Boykott als Gefährdung der sowjetisch-österreichischen Beziehungen einschätzte.

Schon im November 1979 machte Botschafter Hinteregger in einer Nachricht an das Bundeskanzleramt darauf aufmerksam, dass das Jahr 1980 für die österreichisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen für die folgenden fünf Jahre von „ausschlaggebender Bedeutung“ sein werde, da in jenem Jahr die Erstellung des kommenden Fünfjahresplanes (1981–1985) erfolgen würde.<sup>184</sup>

Im März 1980 fanden in Moskau Expertengespräche zum Thema „Stromaustausch zwischen Österreich und der UdSSR“ statt, über die Walter Fremuth, Generaldirektor der Verbundgesellschaft<sup>185</sup>, dem Bundeskanzler berichtete. Hauptthema war ein Kooperationsprojekt, das neue Aufträge für die österreichischen Industriekonzerne zur Folge haben sollte.<sup>186</sup>

Zeitgleich waren Verhandlungen über ein Kreditabkommen mit der Sowjetunion im Gange. Botschafter Hinteregger informierte Bundeskanzler Kreisky über die Bereitschaft der Sowjetunion, Österreich „bei der Vergabe von Großaufträgen auf dem Gebiet der Industrieanlagen bevorzugt zu berücksichtigen, vorausgesetzt, daß das Kreditabkommen zustande kommt.“<sup>187</sup> Hintergrund der Gespräche war unter anderem, dass Kanada und Großbritannien als Reaktion auf die Afghanistan-Invasion ausgelaufene Kreditabkommen mit der Sowjetunion nicht mehr erneuern wollten.<sup>188</sup>

Auch Staatssekretär Adolf Nußbaumer (1977–1982) besuchte Moskau im Vorfeld der Olympischen Spiele, um Wirtschaftsgespräche zu führen. Er bezeichnete diese in einem Informationsschreiben an Bundeskanzler Kreisky als aussichtsreich, „wobei der VÖEST bei den meisten Projekten eine Schlüsselrolle zukommen wird.“<sup>189</sup> Nußbaumer beschließt das Schreiben mit einer interessanten Notiz: „Politische Themen wurden in den Gesprächen nicht

---

<sup>183</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 18.2.1980.

<sup>184</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Außenhandel, Informationsschreiben der österreichischen Botschaft in Moskau an das österreichische Bundeskanzleramt über Vorschläge zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, 23.11.1979.

<sup>185</sup> Elektrizitätskonzern in Bundesbesitz.

<sup>186</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Außenhandel, Brief von Walter Fremuth an Bruno Kreisky, 31.3.1980.

<sup>187</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Außenhandel, Brief von Gerald Hinteregger an Bruno Kreisky, 3.3.1980.

<sup>188</sup> Ebd.

<sup>189</sup> StBKA, VI.1. Wirtschaft, Finanzen, Betriebe, Bauten, Verkehr, Landwirtschaft, Box 48, Korrespondenz: Sts Nußbaumer 1979–82, Information für den Herrn Bundeskanzler, 30.4.1980.

berührt, aber alle sowjetischen Partner haben sich sehr abfällig und sarkastisch über die Politik der USA, insbesondere auch auf dem Gebiet der Handelspolitik, geäußert.“<sup>190</sup>

Eine zentrale Bedeutung für die Handelsbeziehungen mit der UdSSR hatte die *Gemischte sowjetisch-österreichische Kommission*<sup>191</sup>, die zweimal jährlich tagte. Im Jahr 1980 fanden die von Handelsminister Josef Staribacher vorbereiteten Verhandlungen am 20. Mai (einen Tag nach der ÖOC-Vollversammlung) in Moskau statt. Ziel der Gespräche aus österreichischer Sicht sollte die Erstellung eines neuen langfristigen Programms zur Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der UdSSR bis zum Jahr 1990 sein.<sup>192</sup> Die ersten Anzeichen der Krise der Verstaatlichten Industrie<sup>193</sup> erkennend, sollte auch die österreichische Beteiligung an sowjetischen Großprojekten im Bereich der Automobilindustrie und des Anlagenbaus diskutiert werden.<sup>194</sup>

Die hier zitierten Aussagen zu den Handelsgesprächen, die knapp vor den Olympischen Spielen geführt wurden, streichen die große Bedeutung heraus, die diese für die österreichische Wirtschaft, vor allem im Bereich der Verstaatlichten Industrie, hatten. Die Befürchtungen, die Handelsminister Staribacher (und später auch Bundeswirtschaftskammerpräsident Sallinger) in Hinblick auf die bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion im Falle einer österreichischen Entscheidung pro Boykott äußerte, lassen vermuten, dass in den Wirtschaftskreisen die Hoffnung bestand, die Sowjetunion würde eine Teilnahme wohlwollend zur Kenntnis nehmen und fortan gemeinsamen Projekten positiver entgegen. Ein Indiz für diese Wechselwirkung ist ein Brief des sowjetische Außenministers Andrej Gromyko an Bundeskanzler Kreisky, in dem dieser die österreichische Entscheidung zur Teilnahmen an den Spielen in Moskau lobte.<sup>195</sup>

---

<sup>190</sup> StBKA, VI.1. Wirtschaft, Finanzen, Betriebe, Bauten, Verkehr, Landwirtschaft, Box 48, Korrespondenz: Sts Nußbaumer 1979–82, Information für den Herrn Bundeskanzler, 30.4.1980.

<sup>191</sup> Die *Gemischten Kommissionen* dienten/dienen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Außenhandelsbeziehungen und arbeiten eng mit der Bundeswirtschaftskammer und den diplomatischen Vertretungen zusammen.

<sup>192</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Außenhandel, Brief von Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie an Kabinett des Bundeskanzlers, 20.3.1980.

<sup>193</sup> Die Folgen des ersten Ölpreisschocks offenbarten gravierende Strukturprobleme in den Unternehmen der VI, diese wurden allerdings mit Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen keinen Umstrukturierungsmaßnahmen unterzogen. Ab dem Jahr 1980 schlug die „hausgemachte“ Krise der VI voll ein. Vgl. Hannes Androsch / Anton Pelinka / Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006, 245–249.

<sup>194</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Außenhandel, Brief von Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie an Kabinett des Bundeskanzlers, 20.3.1980.

<sup>195</sup> Vgl. Mueller, A Good Example, 250.

Damit war die Wirtschaftspolitik das Band, das die österreichische Innen- und Außenpolitik zusammenhielt. Der innenpolitische Aspekt lag in der Sicherstellung der Energieversorgung des Landes. Diesbezüglich bestand eine Abhängigkeit von der Sowjetunion, was eine besonders sorgfältige Führung außenpolitischer Aktivitäten erforderlich machte und auf die diplomatischen Beziehungen mit anderen Handelspartnern ausstrahlte.

Wenn auch, laut Kopitschek, die sowjetisch-österreichischen Beziehungen keine Stärkung erfuhren, so kann den Dokumenten doch entnommen werden, dass im Falle eines Olympiaboykotts eine Beschädigung der Wirtschaftsbeziehungen wahrscheinlich gewesen wäre.

### **3.4 Die Haltung Bruno Kreiskys zum Olympiaboykott**

„Wenn ich jetzt einen Boykott beschließe, wird mir zweimal auf die Schulter geklopft. Aber dann habe ich fünf Jahre Scherereien und muß das bei Reisen in Moskau erklären.“<sup>196</sup>

Diese Aussage Bruno Kreiskys verdeutlicht die außenpolitische Dimension, die die Debatte um die Teilnahme einer österreichischen Equipe bei den Olympischen Sommerspielen in Moskau hatte. Natürlich gehörte Bundeskanzler Kreisky zu den Meinungsmachern in dieser Diskussion und beeinflusste durch seine Aussagen in den Medien die öffentliche Debatte. Er ist als Sprachrohr diverser Interessensvertreter zu sehen – nach außen vertrat er die Meinung, es handle sich um eine sportliche Entscheidung, die vom ÖOC zu treffen sei. Wie im folgenden Kapitel dargestellt wird, vertrat er intern allerdings eine andere Position – nämlich die, dass ein österreichischer Boykott ungünstig wäre. Kreisky befand sich damit in Übereinstimmung mit sämtlichen Regierungsmitgliedern und auch dem SPÖ-Bundesrat sowie ÖOC-Präsident Kurt Heller.<sup>197</sup>

Bruno Kreisky vertrat die „österreichische“ Meinung zum Olympiaboykott auch auf internationaler politischer Ebene. Bei einem Treffen mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt (1974–1982), am 6. Mai 1980 in Bonn waren die bevorstehenden Olympischen Spiele in Moskau ebenfalls Gesprächsthema. Zu diesem Zeitpunkt hatte Bundeskanzler Schmidt bereits im Namen der Bundesregierung dem NOK der BRD auf Grundlage einer Parlamentsabstimmung empfohlen, keine Mannschaft nach Moskau

---

<sup>196</sup> Vgl. *Kleine Zeitung*, 9.5.1980. Zit. nach: Unterberger, Mythen, 160.

<sup>197</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 18.2.1980. Zu Kreiskys Äußerungen in den österreichischen Medien vgl. Kopitschek, Teilnehmen.

zu entsenden.<sup>198</sup> Die Entscheidung des ÖOC stand noch bevor. Bruno Kreisky sprach sich gegen einen Olympiaboykott aus und bezeichnete diesen als „echte Kränkung der Sowjetunion, die Österreich nicht wolle“.<sup>199</sup> Er berichtete weiter, dass auch im Fall des Iran-Boykotts die USA Österreich trotz seines Neutralitätsstatus zur Beteiligung an Sanktionen aufgefordert hatten.<sup>200</sup>

Josef Staribacher erkannte die Einflusskraft der Haltung Kreiskys zur Diskussion um die Olympiateilnahme Österreichs: „Auf der einen Seite gibt es natürlich viele Wirtschaftsinteressen an der Teilnahme der Olympiade, auf der anderen Seite möchte diese Entscheidung niemand als erster getroffen haben. Hier wartet man wirklich typisch ab, wie Kreisky sich letzten Endes verhalten wird.“<sup>201</sup>

---

<sup>198</sup> Vgl. Boykottempfehlung des Bundestages an das NOK der Bundesrepublik Deutschland am 23. April 1980, Kapitel 4.

<sup>199</sup> Vgl. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Bruno Kreisky, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, hg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Horst Möller / Klaus Hildebrand / Gregor Schöllgen), München 2011, 706–771, hier 710.

<sup>200</sup> Ebd.

<sup>201</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 1.2.1980.

## 4. Die Boykottdiskussion auf politischer Ebene

In diesem Kapitel werden die parteiinternen Diskussionen den Olympiaboykott betreffend dargelegt. Weiters wird gezeigt, wie die Parteien (FPÖ, ÖVP und SPÖ) zu ihren nach außen kommunizierten Positionen fanden und die Auseinandersetzungen auf parlamentarischer Ebene verliefen. Zuletzt wird Österreichs Position mit dem Verhalten der großen neutralen Staaten Europas – Finnland, Schweden und Schweiz – verglichen.

Unverzüglich nachdem Jimmy Carter das Boykottthema ins Spiel gebracht hatte, sorgte es für Diskussionen westlich des Eisernen Vorhangs. Bei einer Sondersitzung des NATO-Rats am 1. Jänner 1980 in London wurde die Bedeutung der Afghanistan-Invasion für die Ost-West-Beziehungen sowie den weiteren Verlauf des Entspannungsprozesses eingehend erörtert. Die Delegierten befassten sich dabei auch mit den Olympischen Spielen in Moskau. Ein Boykott als mögliche Protestaktion gegen das Eingreifen sowjetischer Truppen in Afghanistan wurde erwogen.<sup>202</sup>

Das Europäische Parlament, dem Österreich nicht angehörte, verabschiedete am 16. Jänner 1980 eine „EntschlieÙung zur sowjetischen Intervention in Afghanistan“, laut der in Punkt 9 festgehalten wurde:

Das Europäische Parlament fordert das Internationale Olympische Komitee, die Nationalen Olympischen Komitees der Mitgliedstaaten und die Führungsgremien der an den Olympischen Spielen teilnehmenden nationalen Sportverbände mit den Vertretern der aktiven Sportler auf, zu überprüfen, ob die Olympischen Sommerspiele in Moskau stattfinden sollen, wenn die Besetzung Afghanistans nicht beendet wird.<sup>203</sup>

Somit wurde bereits wenige Tage nach der sowjetischen Militärintervention in internationalen und supranationalen Organisationen über individuelle und kollektive Sanktionsmaßnahmen beraten.

Im Februar 1980 wurde ein weiterer durch die Europäische Volkspartei, die Europäischen Demokraten und der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament eingebrachter EntschlieÙungsantrag behandelt, wonach die nationalen Regierungen der EG-Staaten die NOKs zur Boykottierung der Spiele als Ausdruck der Ablehnung der sowjetischen Aggression aufrufen sollten. Dem Antrag wurde jedoch nicht statt gegeben, nachdem große

---

<sup>202</sup> Vgl. Bericht des Botschafters Rolf Friedemann Pauls an das Auswärtige Amt, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, 4-15; Pfeiffer, Sport, 323.

<sup>203</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 34 (11. Februar 1980), Protokoll der Sitzung vom 16. Januar 1980, 29, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:1980:034:0018:0030:DE:PDF> (abgerufen am: 30.8.2012)

Teile der sozialistischen und kommunistischen Fraktionen die Zustimmung verweigert hatten.<sup>204</sup>

In einer außerordentlichen Konferenz im Rahmen der *Europäischen Politischen Zusammenarbeit*<sup>205</sup> (EPZ) am 5. Februar 1980 in Brüssel war die Diskussion um die Entsendung von SportlerInnen der EG-Mitgliedsstaaten zu den Olympischen Spielen in Moskau ein Tagesordnungspunkt. Die Außenminister der neun EG-Staaten versuchten, eine gemeinsame Haltung zu formulieren, die jedoch wegen der Position Frankreichs, keinen politischen Einfluss auf die Entscheidung des französischen NOKs nehmen zu wollen, nicht zustande kam.<sup>206</sup>

Am 20. März 1980 berieten die für die Sportfragen zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten des Europarates, dem Österreich seit 1956 angehört, in Straßburg über die Möglichkeit, seitens der Regierungen eine Boykottempfehlung an die NOKs auszusprechen. Doch auch in diesem Gremium konnte kein gemeinsamer Standpunkt erarbeitet werden – die Minister, unter ihnen Fred Sinowatz<sup>207</sup>, sprachen sich mit 18 zu 3 Stimmen dagegen aus, zu diesem Zeitpunkt einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau zu empfehlen.<sup>208</sup> Nur die Vertreter Großbritanniens, der Niederlande und Portugals unterstützten die Idee der politischen Boykottempfehlung.<sup>209</sup>

Aus all dem wird klar, dass die Boykottierung der Olympischen Spiele in Moskau als taugliches Mittel für den Protest gegen die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan angesehen wurde.

In der Bundesrepublik Deutschland spielte die Boykottthematik aufgrund der „Westbindung“ eine zentrale Rolle für die außenpolitischen und diplomatischen Handlungen. So wurde auf Initiative der BRD die Interessenslage beim „Sportministertreffen“ am 20. März 1980 in Straßburg erörtert.<sup>210</sup>

---

<sup>204</sup> Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, 329; Pfeiffer, Sport, 327.

<sup>205</sup> Die EPZ bezeichnet ein selbstständiges Beratungsgremium der EG-Mitgliedsstaaten für den Bereich der Außenpolitik, das von 1970–1992 mindestens viermal jährlich tagte. Im *Vertrag von Maastricht*, dem Gründungsvertrag der Europäischen Union, der am 1. November 1993 in Kraft trat, wurde die EPZ durch die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) ersetzt, die eine der drei Säulen der Europäischen Union darstellt.

<sup>206</sup> Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, 237 und 329.

<sup>207</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 29.1.1980.

<sup>208</sup> Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, 195, Franck, Boykott, 84.

<sup>209</sup> Franck, Boykott, 84. Franck zitiert Sven Guldenpfennig, *Internationale Sportbeziehungen zwischen Entspannung und Konfrontation: Der Testfall 1980*, Köln 1981.

<sup>210</sup> Vgl. Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, 195.

Die von allen BRD-Parlamentsparteien (CDU/CSU, FDP und SPD) geführte innenpolitische Diskussion war von einiger Brisanz. Die CDU sprach sich von Beginn an für die Unterstützung der US-amerikanischen Initiative aus, während die SPD vorerst eine eher ablehnende Haltung einnahm.<sup>211</sup> Es kam zwar nicht zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag, jedoch zu einer Abstimmung unter den Parlamentsabgeordneten, die mit großer Mehrheit (446 zu 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen) eine Boykottempfehlung des Bundestages an das bundesdeutsche NOK unterstützte.<sup>212</sup> Bundeskanzler Helmut Schmidt verlautbarte am 23. April 1980 die Empfehlung und strich als Hauptgrund die von der Sowjetunion durch die Intervention in Afghanistan verursachte Völkerrechtsverletzung hervor, die den völkerverbindenden und friedensfördernden Grundsätzen der Olympischen Charta widerspräche.<sup>213</sup>

Am 15. Mai 1980 beschlossen die Mitglieder des bundesdeutschen NOK mittels einer Abstimmung mit einem Ergebnis von 59 zu 40 Stimmen, keine Mannschaft nach Moskau zu entsenden. Der Abstimmung war eine lange Diskussion vorangegangen, die vom Fernsehen übertragen wurde.<sup>214</sup>

Im Vergleich zu der genau dokumentierten innenpolitischen Debatte zum Olympiaboykott in der BRD, ist dieser Prozess in Österreich schwieriger zu rekonstruieren. Hinzu kommt, dass Österreich aufgrund der Neutralitätspolitik kein Mitglied der NATO und EG war und somit in die internationale Boykottdebatte nur am Rande involviert war.

Im vorhergehenden Kapitel wurden zahlreiche Personen und Institutionen genannt, die dem sport-, außen- oder wirtschaftspolitischen Bereich angehörten und durch die Vertretung ihrer Interessen und Meinungen im Rahmen der Diskussion um Österreichs Teilnahme an den Spielen in Moskau hervortraten. Im Folgenden wird dargestellt, ob und in welchem Rahmen Diskussionen über einen Boykott auf politischer Ebene in Österreich geführt wurden.

#### **4.1 Parteiinterne Diskussionen**

Im März 1980 wandte sich Bundeskanzler Kreisky mit einer „Anfrage zur Prüfung der Möglichkeiten einer rechtlichen Einflussnahme seitens des Bundes auf die österreichische Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau“ an den Verfassungsdienst der Republik

---

<sup>211</sup> Pfeiffer, Sport, 344–345.

<sup>212</sup> Franck, Boykott, 221; Pfeiffer, Sport, 377.

<sup>213</sup> Franck, Boykott, 219; Pfeiffer, Sport, 377.

<sup>214</sup> Pfeiffer, Sport, 381 und 387.

Österreich. Am 26. März langte im Kabinett des Bundeskanzlers ein dreiseitiges Informationsschreiben ein, in dem der Verfassungsdienst – unterzeichnet von Friedrich Lachmayer – zu der Anfrage Stellung nahm.<sup>215</sup> Dieser unterstrich in seinen Ausführungen, dass das ÖOC aufgrund seines Vereinsstatus’ eine verfassungsgesetzlich gewährleistete Vereinsfreiheit genieße. Den Vereinsbehörden sei es also nicht möglich, den Inhalt der Vereinsbeschlüsse zu beeinflussen. Außerdem sei der Bund durch das Bundes-Sportförderungsgesetz gesetzlich zur Förderung Olympischer Spiele verpflichtet. Weiters wäre die Verhängung eines Ausreiseverbots österreichischer Staatsbürger rechtlich völlig ausgeschlossen.<sup>216</sup> Die rechtlichen Grenzen markierten das Fundament der „offiziellen“ Haltung Bruno Kreiskys. In der Folge wurde er nicht müde zu betonen, dass die Regierung aus rechtlichen Gründen keinen Einfluss auf die Entscheidung pro oder kontra der Entsendung einer österreichischen Equipe zu den Olympischen Spielen nach Moskau habe.

Innerhalb der SPÖ wurde über einen Boykott jedoch eifrig diskutiert, und zwar meist im Rahmen interner Beratungen bzw. in den Vorbereitungen zu den Ministerratssitzungen, wie Josef Staribacher in seinem Tagebuch festhielt und wie es auch der Erinnerung von Erwin Lanc entspricht.<sup>217</sup> Am 28. Februar 1980 fand eine Sitzung des SPÖ-Bundespartei Vorstandes in Wien statt, bei der die Frage der Teilnahme österreichischer AthletInnen als zentrales außenpolitisches Thema behandelt wurde. Der Parteivorstand – nachzulesen in einer Pressemitteilung der Sozialistischen Korrespondenz vom 29. Februar – „billigte den Standpunkt der Regierung, darüber keinen Beschluss zu fassen“<sup>218</sup>. In einem Pressegespräch nach der Sitzung unterstrichen die Zentralsekretäre der SPÖ, Fritz Marsch<sup>219</sup> (1970–1987) und Karl Blecha<sup>220</sup> (1976–1981), die neutrale Haltung der österreichischen Bundesregierung in dieser Frage. Blecha sprach sich via Aussendung für die Teilnahme aus, da das ÖOC sowie das IOC im Jahr 1974 für Moskau als Austragungsort gestimmt hatten. Weiters wurde angekündigt, „die Bundesregierung werde die Vertreter der Sportorganisationen und des

---

<sup>215</sup> Ludwig Adamovich löste 1976 Willibald Pahr als Leiter des Verfassungsdienstes ab, nachdem dieser das Amt des Außenministers übernahm. 1977 wurde Adamovich zum Sektionschef ernannt und leitete den Verfassungsdienst bis 1984 bevor er Präsident der Verfassungsgerichtshofes wurde.

<sup>216</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, Information für den Herrn Bundeskanzler, 26.3.1980. Anmerkung zur finanziellen Förderung seitens des Bundes: Für das Jahr 1980 war seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst eine finanzielle Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Schilling für Zwecke der Olympischen Spiele vorgesehen. Vgl. ebd.

<sup>217</sup> Vgl. Interview mit Erwin Lanc.

<sup>218</sup> Sozialistische Korrespondenz, 29.2.1980.

<sup>219</sup> Vgl. Fritz Marsch, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01084/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01084/index.shtml) (abgerufen am: 9.9.2012)

<sup>220</sup> Vgl. Karl Blecha, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00127/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00127/index.shtml) (abgerufen am: 9.9.2012)

Österreichischen Olympischen Komitees zu einem Informationsgespräch einladen.“<sup>221</sup> Im Rahmen dieser Arbeit war es nicht verifizierbar, ob dieses Treffen tatsächlich stattfand.

Eindeutiger suchte die ÖVP das Gespräch mit den SportlerInnen und Sportfunktionären. ÖVP-Bundesparteiohmann Alois Mock lud für den 18. April 1980 zu einem Hearing ein, zu dem auch Vertreter von Sportverbänden und SportlerInnen gebeten waren. Ziel der Sitzung war die Erarbeitung eines gemeinsamen ÖVP-Standpunktes, der alle Aspekte und möglichen Konsequenzen berücksichtigen und vor der Entscheidung des ÖOC veröffentlicht werden sollte.<sup>222</sup>

Wie Renate Kopitschek in ihrer medienanalytischen Arbeit darstellt, zeigt die Berichterstattung in den österreichischen Medien keinen einheitlichen ÖVP-Standpunkt.<sup>223</sup> Im Unterschied zur veröffentlichten Meinung lagen die allermeisten ÖVP-Bundespolitiker doch auf einer Linie. An der Spitze formulierten Bundesparteiohmann Alois Mock sowie Sportsprecher Josef Höchtel gravierende Bedenken die österreichische Teilnahme an den Spielen in Moskau betreffend. Auch Andreas Khol<sup>224</sup>, Direktor der *Politischen Akademie der ÖVP* und Exekutivdirektor der *Europäischen Demokratischen Union* (EDU), plädierte für einen Boykott. Er ging sogar einen Schritt weiter als seine Parteikollegen, indem er den SportlerInnen empfahl, aufgrund der politischen Situation auf eine Teilnahme zu verzichten – und zwar mit einer weit drastischeren Begründung: „Olympische Spiele in der Sowjetunion heisst, zu den dort herrschenden Zuständen, zur Intervention in Afghanistan sowie zu den fortwährenden Menschenrechtsverletzungen zu schweigen.“<sup>225</sup>

Als einziger im ÖVP-Lager bezog Bundeswirtschaftskammerpräsident und Nationalratsabgeordneter Rudolf Sallinger eine Pro-Olympia-Position. Wie Josef Staribacher an einigen Stellen in seinem Tagebuch festhielt, stand Sallinger wegen der nicht abschätzbaren Konsequenzen für die österreichisch-sowjetischen Handelsbeziehungen einer österreichischen Protestaktion kritisch gegenüber. Öffentlich kommunizierte der Bundeswirtschaftskammerpräsident diese Meinung jedoch nicht.<sup>226</sup>

---

<sup>221</sup> Sozialistische Korrespondenz, 29.2.1980.

<sup>222</sup> ÖVP-Pressedienst, 18.4.1980.

<sup>223</sup> Vgl. u. a. *Kurier*, 19.4.1980. Zit. nach: Kopitschek, *Teilnehmen*, 60.

<sup>224</sup> Vgl. Andreas Khol, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00799/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00799/) (abgerufen am: 15.5.2012)

<sup>225</sup> ÖVP-Pressedienst, 18.4.1980.

<sup>226</sup> Vgl. u. a. TbSt, Ordner: 17.3.1980–31.5.1980, 20.5.–26.5.1980.

## 4.2 Die Diskussion im Nationalrat

Den Stenographischen Protokollen des Nationalrates aus dem Jahr 1980 ist zu entnehmen, dass der US-Boykottaufruf im Plenum nur zwei Mal zum Thema wurde – in der Sitzung vom 6. März 1980 (mehr als zwei Monate vor der Entscheidung des ÖOC) und am 1. Juli 1980 (einige Wochen vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Moskau).

Die erste Wortmeldung in einer Sitzung des Nationalrates zum Thema Olympia erfolgte von der SPÖ-Nationalratsabgeordneten Jolanda Offenbeck<sup>227</sup> (1973–1990). Sie vertrat die offizielle SPÖ-Haltung, wonach die Regierung nicht die Kompetenz hätte, Sportlern vorzuschreiben, an den Olympischen Spielen teilzunehmen oder nicht. Diese Aussage provozierte heftige Zwischenrufe von Oppositionspolitikern – wie etwa dem des FPÖ-Abgeordneten Gerulf Stix<sup>228</sup> (1971–1990) –, der richtungweisende Äußerungen der Regierung einforderte. Offenbeck entgegnete: „Das ist kein Abschieben der Verantwortung, das ist eine Frage der Freiheit des einzelnen, und es wäre ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Sportorganisationen, wenn die Regierung hier eingreifen wollte.“<sup>229</sup>

Erst in der Nationalratssitzung vom 1. Juli 1980, als die Teilnahmeentscheidung bereits getroffen und die Reisevorbereitungen der AthletInnen und Sportfunktionäre voll im Gange waren, sprach FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Steger das Boykottthema erstmals an. Er kritisierte, dass die SPÖ keine offizielle Meinung zur Boykottfrage geäußert hatte, da dieses Thema auch einen außenpolitischen Aspekt beinhalte:

Ich bekenne mich dazu, daß die vorsichtige österreichische Haltung im Zusammenhang mit der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau richtig war. [...] Es muß aber genauso festgehalten werden, daß ich es noch immer als kritisch erachte, daß die Bundesregierung sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß eine Entscheidung zur Teilnahme an den Olympischen Spielen lediglich vom Olympischen Komitee zu treffen ist, weil dies keine außenpolitische Dimension hat und es keine außenpolitische Aufgabe ist, hier eine Entscheidung zu treffen.<sup>230</sup>

Im Folgenden wandte er sich an seinen Nachredner Außenminister Willibald Pahr mit den Worten: „Sie [werden] mir Recht geben, Herr Bundesminister, daß gerade diese Systeme

---

<sup>227</sup> Vgl. Jolanda Offenbeck, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01100/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01100/index.shtml) (abgerufen am: 21.4.2012)

<sup>228</sup> Vgl. Gerulf Stix, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01861/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01861/index.shtml) (abgerufen am: 15.5.2012)

<sup>229</sup> Stenographisches Protokoll, 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 6. März 1980, 2641, vgl. [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ\\_00027/imfname\\_146783.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ_00027/imfname_146783.pdf) (abgerufen am: 14.4.2012)

<sup>230</sup> Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 1. Juli 1980, 3959 und 3960, vgl. [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ\\_00041/imfname\\_109903.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ_00041/imfname_109903.pdf) (abgerufen am: 14.4.2012) sowie *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik*, 20. Jg. (1980), 223.

Sport und Politik noch nie getrennt, sondern noch immer ihre Erfolge im Sport auch als Zeichen der Überlegenheit ihres Gesellschaftssystems als ganzes gewertet haben.“<sup>231</sup>

Doch der Außenminister sah keine Notwendigkeit, auf die Kritik einzugehen – wohl auch, da die Teilnahmeentscheidung bereits im Mai durch das ÖOC gefällt worden war. Stattdessen zitierte er aus einem Brief des US-amerikanischen Außenministers Edmund Muskie<sup>232</sup> (1980–1981), der die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich betonte. In seiner Rede wies er immer wieder auf die Wichtigkeit der Entspannungspolitik Österreichs hin, die der Sicherheit des Landes diene.<sup>233</sup>

In den Sitzungen des Nationalrates entwickelte sich – wie den Protokollen zu entnehmen ist – keine Diskussion zur Frage des Olympiaboykotts, da die Thematik von den Nachrednern nie aufgegriffen wurde.

#### **4.3 Die Diskussion im Rat für Auswärtige Angelegenheiten**

Der aus allen Parlamentsparteien zusammengesetzte Rat für Auswärtige Angelegenheiten, der 1976 zum Zwecke der Transparenz der österreichischen Außenpolitik geschaffen wurde, sollte die Funktion eines beratenden Organs erfüllen. Der Rat wurde vom Bundeskanzler einberufen, der gleichzeitig den Vorsitz inne hatte, und beschäftigte sich mit aktuellen Fragen der österreichischen Außenpolitik. Für die Opposition bot das Gremium den optimalen Rahmen für eine parteiübergreifende Beratung zur Frage des Olympiaboykotts, die auch nachdrücklich von Vertretern der ÖVP und FPÖ gefordert wurde.<sup>234</sup> ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock forderte Kreisky in einem Schreiben vom 11. Februar 1980 auf, für die kommende Sitzung einen Tagesordnungspunkt zur Beratung der Teilnahme Österreichs an den Olympischen Spielen aufzunehmen, mit der Begründung, dass es im allgemeinen Interesse läge, diesbezüglich eine gemeinsame Haltung der drei im Parlament vertretenen Parteien zu erarbeiten.<sup>235</sup>

Am 28. März 1980 trat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt zur 14. Sitzung zusammen, in der als Tagesordnungspunkt 3 die Haltung zu einer österreichischen

---

<sup>231</sup> Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 1. Juli 1980, 3960.

<sup>232</sup> Edmund Muskie trat die Nachfolge von Cyrus Vance als Außenminister der Vereinigten Staaten an. Vance trat nach der gescheiterten Militäraktion (*Operation Eagle Claw*) zur Befreiung der Geiseln von Teheran im April 1980 zurück.

<sup>233</sup> Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 1. Juli 1980, 3970-3973.

<sup>234</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

<sup>235</sup> StBKA, VII.10. Rat für auswärtige Angelegenheiten, Box 2, 14. Sitzung 1980 – 19. Sitzung 1981.

Teilnahme in Moskau diskutiert wurde. Wie dem Kurzprotokoll zu entnehmen ist, entwickelte sich ein kontroverses Gespräch, bei dem sich Mitglieder aller Parteien zu Wort meldeten.

Kreisky schickte voraus, dass Österreich es sich „nicht leisten [könne] an derartigen Solidaritätsaktionen teilzunehmen [...] Schließlich sei darauf zu verweisen, daß die Kompetenz hinsichtlich dieser Entscheidung dem nationalen olympischen Komitee obliege und nicht der Bundesregierung.“<sup>236</sup>

Mock hingegen forderte eine gemeinsame Stellungnahme der drei Parteien, die vor der Entscheidung des ÖOC erfolgen sollte, „um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß man es sich zu leicht gemacht habe.“<sup>237</sup> Kreisky sprach sich gegen eine solche Stellungnahme aus, denn: „Es müsse immer bedacht werden, daß man internationale Beziehungen nicht teilweise erhalten und beispielsweise eben nur den Sportbereich treffen könne.“<sup>238</sup>

FPÖ-Abgeordneter Norbert Steger plädierte dafür, dass alles getan werden müsse, um den Spannungsabbau zu fördern. Er meinte weiters, es sei „nicht einzusehen, warum nicht gesagt werden sollte, daß Österreich teilnehmen wird.“<sup>239</sup> Kreisky konterte auch hier. Er war der Ansicht, dass eine offizielle Teilnahmezusage zu diesem Zeitpunkt ein „Affront“ gegenüber den Vereinigten Staaten wäre.<sup>240</sup>

In der 15. Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 24. April 1980 waren die beiden von den USA initiierten Protestaktionen mit weltpolitischer Bedeutung – Olympiaboykott und Wirtschaftssanktionen gegen den Iran – zentrale Themen. Außenminister Pahr erinnerte, dass in der Frage der Iran-Sanktionen die Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates am 21. April 1980 eine „mit den außenpolitischen Vertretern der Parteien abgestimmte Stellungnahme zu diesem Aide-Memoire<sup>241</sup> beschlossen [hatte]. Darin sei unter Berufung auf die immerwährende Neutralität festgehalten worden, daß sich Österreich nicht in der Lage sehe, dem Ersuchen der USA zu entsprechen.“<sup>242</sup> Er berichtete weiter, dass zuvor die US-amerikanische Aufforderung zur Unterstützung der Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran mit der Schweiz und Schweden besprochen wurde und

---

<sup>236</sup> Vgl. Kurzprotokoll der 14. Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 28. März 1980, in: StBKA, Depositum: Alois Reitbauer.

<sup>237</sup> Vgl. Kurzprotokoll der 14. Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 28. März 1980, in: StBKA, Depositum: Alois Reitbauer.

<sup>238</sup> Ebd.

<sup>239</sup> Ebd.

<sup>240</sup> Ebd.

<sup>241</sup> Als *Aide-Memoire* wird in diesem Fall die offizielle, schriftliche Aufforderung der Vereinigten Staaten Amerikas zur Unterstützung der Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran bezeichnet, die am 8. April 1980 an die Österreichische Regierung gerichtet wurde.

<sup>242</sup> Vgl. Kurzprotokoll der 15. Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 24. April 1980, in: StBKA, VII.10. Rat für Auswärtige Angelegenheiten, Box 2, 14. Sitzung 1980 – 19. Sitzung 1981.

beide Staaten die Beteiligung an Boykottmaßnahmen zurückgewiesen hatten.<sup>243</sup>

Zur Frage des Olympiaboykotts berichtete Kreisky über die westdeutsche Boykottentscheidung, die, seiner Meinung nach, zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit der DDR und der UdSSR führen könne.<sup>244</sup>

Trotz der Beratungen im Rahmen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten konnte im Fall der Diskussion um die österreichische Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau keine gemeinsame Haltung formuliert werden – so wie es während der Zeit der SPÖ-Alleinregierung keine gemeinsam gestaltete Außenpolitik bzw. direkte Teilhabe der Oppositionsparteien an der Außenpolitik gab.

Am 1. Juli kritisierte Norbert Steger in Bezug auf die Debatte um die Olympiateilnahme Österreichs in seiner Rede vor dem Nationalrat die Sinnhaftigkeit der Sitzungen des Rates:

Ich halte es daher bei dem Bekenntnis zur vorsichtigen Vorgangsweise der Republik Österreich und zur Entscheidung des Olympischen Komitees für falsch, daß die Bundesregierung nicht versucht hat, im Schoße der Regierung oder im Schoße des Außenpolitischen Rates in dieser Abfolge auch zu einer Entscheidung beziehungsweise zu einer Willensbildung zu gelangen. Ich halte dies für einen dieser schrittweisen Versuche, das Instrument des Außenpolitischen Rates abzuwerten, nicht ganz ernst zu nehmen, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß es oft die Tendenz einer Regierung ist, eine Institution in Zeiten, in denen sich krisenhafte Entwicklungen im eigenen Land noch nicht zeigen, abzuwerten und nicht ernst zu nehmen.<sup>245</sup>

#### 4.4 Pressedienste der Parteien

Eine weitere informative Quelle zur Rekonstruktion der politischen Meinungsbildung in der Frage der österreichischen Olympiateilnahme stellen die Aussendungen der Parteipressedienste aus dem Bestand der Sammlung *Austrodok* dar.<sup>246</sup> Für dieses Kapitel wurden die Nachrichten der *Sozialistischen Korrespondenz*, des *ÖVP-Pressedienstes* und des *Freiheitlichen Pressedienstes* gezielt auf das Thema Olympiaboykott gelesen.<sup>247</sup> Da die von den Pressediensten ausgesandten Texte nicht immer detailliert in den österreichischen Medien dargelegt oder häufig mit polemischen Kommentaren der Journalisten angereichert wurden<sup>248</sup>,

---

<sup>243</sup> Ebd.

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 1. Juli 1980, 3960.

<sup>246</sup> Vgl. Anm. 21.

<sup>247</sup> Die *Sozialistische Korrespondenz* (seit 1946), der *ÖVP-Pressedienst* (seit 1945) und der *Freiheitliche Pressedienst* (seit 1956) erstellen täglich Mitteilungsblätter für die Presse. Diese enthalten Informationen über Parteibeschlüsse, Sitzungen, Veranstaltungen und Stellungnahmen von PolitikerInnen zu aktuellen Themen. Die Aussendungen des ÖVP-Pressedienstes sind in gebundener Form im Karl von Vogelsang-Institut/Wien verfügbar.

<sup>248</sup> Vgl. beispielsweise die Kritik an „Fremdkörper“ Josef Höchtl in der *Volksstimme* vom 24.6.1980 oder über den „originellen Diskussionsbeitrag“ von Norbert Steger im *Kurier* vom 18.5.1980. Zit. nach: Kopitschek, *Teilnehmen*, 60 bzw. 61.

soll hier ausschließlich auf die Originaltexte eingegangen werden. Die Pressedienste dienten in diesem Fall den Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ als Sprachrohr und Mittel, um die Diskussion in Schwung zu halten. Bundesparteiobmann Alois Mock sowie Sportsprecher Josef Höchtl von der Volkspartei nutzten dieses Medium besonders häufig, um die eigene Pro-Boykott-Haltung zu kommunizieren und die Zurückhaltung der SPÖ in dieser Frage zu kritisieren.

Von Josef Höchtl kam die erste Stellungnahme via Pressedienst zur Boykottthematik. Der Sportsprecher äußerte sich am 26. Jänner 1980 kritisch über die Durchführung der Olympischen Spiele in einem „nichtdemokratischen Land“<sup>249</sup>. Mit diesem Argument war Höchtl nicht gerade tagesaktuell, hatte die Wahl von Moskau zum Olympiaschauplatz doch bereits 1974 stattgefunden. Ferner verurteilte er den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan sowie die Verbannung Andrej Sacharows. Er ortete in den Aktionen Menschenrechtsverletzungen, die zu verurteilen seien.<sup>250</sup> Mit seiner Aussage zu Sacharows Verbannung befand sich Höchtl auf einer Linie mit Bundeskanzler Kreisky.

Am 5. Februar 1980 berichtete der Pressedienst der ÖVP von einem Treffen zwischen Alois Mock und der Britischen Premierministerin Margaret Thatcher in London. Mock gab in einer Stellungnahme bekannt, dass er von der festen Position der Premierministerin Margaret Thatcher in der Frage der internationalen Entwicklung nach der Besetzung Afghanistans beeindruckt sei. So rechnete er auch mit Konsequenzen in der Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau.<sup>251</sup> Die Premierministerin des Vereinigten Königreiches und Führerin der *Conservative Party* (Tories) unterstütze ganz offen die Boykottintentionen der Vereinigten Staaten.

Bruno Kreisky war sich der innenpolitischen Meinungsvielfalt zur Boykottthematik bewusst, wie Josef Staribacher in seinem Tagebuch festhielt. Kreisky äußerte sich diesbezüglich in einer Ministerratsvorbesprechung wie folgt: „Wenn die Opposition – Mock – jetzt eine Demonstration setzen will, weil alle konservativen Regierungen dies tun, Österreich wird hier nicht mitspielen.“<sup>252</sup>

---

<sup>249</sup> ÖVP-Pressedienst, 26.1.1980.

<sup>250</sup> Ebd.

<sup>251</sup> ÖVP-Pressedienst, 5.2.1980.

<sup>252</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980–14.3.1980, 18.2.1980.

In einer Presseaussendung durch die Sozialistische Korrespondenz vom 13. Februar 1980 erklärte Bundeskanzler Kreisky erstmals, dass ein Olympiaboykott Folgen haben könnte. Er warnte davor, dass man in Zukunft vor jeder sportlichen Großveranstaltung vor der Frage einer Meinungsäußerung stehen würde und „man Menschenrechtsverletzungen je nach Sympathie für das entsprechende Land beurteilen würde. [...] Würden etwa die Fussballweltmeisterschaften noch vor der Tür stehen, müsste man dann ebenso fragen, ob man in ein Land fahren könne, in dem gefoltet wird.“<sup>253</sup> Einen Tag später betonte er im selben Zusammenhang, dass „jede Regierung [...] eine Politik den Gegebenheiten ihres Landes entsprechend [mache], schließlich gebe es ja auch in anderen Fragen Meinungsunterschiede und einen anderen politischen Stil“<sup>254</sup>.

Immer wieder wurde von der SPÖ betont, dass von politischer Seite keine Empfehlung für oder gegen eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau abgegeben werden würde. In einer Aussendung der Sozialistischen Korrespondenz vom 29. Februar 1980 zeigte sich Kreisky wissend, dass man ihn nicht nur wegen seiner außenpolitischen Bemühungen um gute Kontakte zu den Ostblockstaaten und den arabischen Ländern kritisiere, sondern auch dafür, dass er gegen einen verordneten Olympiaboykott sei. Österreich werde auch in dieser Frage, so Kreisky weiter, die Politik im Interesse der Entspannung und Zusammenarbeit fortsetzen.<sup>255</sup>

Auch die FPÖ, in personam Wilfried A. K. Gredler<sup>256</sup>, meldete sich via Pressedienst zu Wort. Gredler vertrat die Ansicht, dass in der Frage einer allfälligen Boykottierung das ÖOC entscheiden müsse.<sup>257</sup> Sein Parteikollege Norbert Steger hingegen drückte in seinen Stellungnahmen immer wieder die Notwendigkeit aus, das Thema im Rahmen des Rates für auswärtige Angelegenheiten zu behandeln, wie in Kapitel 3.2 bereits ausgeführt wurde.

---

<sup>253</sup> Sozialistische Korrespondenz, 13.2.1980. Hier zog Kreisky einen Vergleich zu der Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien. Aufgrund der vorherrschenden politischen Situation in Argentinien – 1976 hatte sich die Militärjunta blutig an die Macht geputscht – wurde die Veranstaltung kontrovers diskutiert und einige Nationen drohten mit einem Boykott. Letztendlich nahmen alle qualifizierten Nationen teil, Österreichs Mannschaft ebenfalls, die mit einem 3:2-Sieg gegen Deutschland in der Vorrunde in *Córdoba* österreichische Sportgeschichte schrieb.

<sup>254</sup> Sozialistische Korrespondenz, 14.2.1980.

<sup>255</sup> Sozialistische Korrespondenz, 29.2.1980.

<sup>256</sup> Wilfried A. K. Gredler war zum Zeitpunkt der Olympiaboykottdiskussion Leiter der Österreichischen Botschaft in Peking (1977–1980) und bei der Bundespräsidentenwahl im Mai 1980 FPÖ-Gegenkandidat des regierenden (und 1980 wiedergewählten) Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger. Vgl. <http://www.munzinger.de/search/portrait/Wilfried+Gredler/0/12946.html> (abgerufen am: 9.9.2012)

<sup>257</sup> Freiheitlicher Pressedienst, 19.3.1980.

Am 26. April 1980 warnte Andreas Khol in einer Presseaussendung der ÖVP, dass die Teilnahme an den Olympischen Spielen „schon lange nicht mehr eine Entscheidung auf einen amerikanischen Vorschlag hin, also eine proamerikanischen Entscheidung, sondern schon lange eine prosovjetsche“<sup>258</sup> sei. Er kritisierte weiter, dass sich die österreichische Regierung nicht in aller Deutlichkeit zu ideologischen Präferenzen bekenne und Zeichen setze, vor allem „in jenem Jahr, wo sich der Abschluß des Staatsvertrages zum 25sten Male jährt, wo die Weltsituation wieder turbulent geworden ist“.<sup>259</sup>

Gerald Stifter analysiert hingegen in seiner Studie über die ÖVP in der „Ära Kreisky“, dass ideologische Fragen in den Beziehungen zwischen den Regierungen der USA und Österreichs, trotz der, ab dem Ende der 1970er Jahre auftretenden Differenzen – etwa aufgrund der Anerkennung der PLO durch Österreich, oder Österreichs Ablehnung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran – keine Rolle spielten.<sup>260</sup>

Einen Tage später berichtete Josef Höchtel von der 2. *Europäischen Sportkonferenz der christlich-demokratischen Parteien* in Mailand, bei der die Forderung nach fixen Austragungsorten für Olympische Spiele laut wurde. Die Spiele sollten nur an Staaten vergeben werden, „die weder an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt sind, noch sich Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen.“<sup>261</sup> Unter anderem wurde ein Vorschlag unterbreitet, der in Anbetracht der heutigen und auch damaligen finanziellen Dimensionen von Olympia (Kosten Peking 2008: ca. EUR 26,6 Mrd., Kosten London 2012: ca. EUR 24,8 Mrd., geschätzte Kosten Sotschi 2014: EUR 1,75 Mrd.) durchaus amüsant scheint: Die Sommerspiele sollten stets in Griechenland ausgetragen werden, die Winterspiele stets in Österreich (Innsbruck). Höchtel meinte dazu, dass dies ein „ernstzunehmender Ausweg aus einer schwierigen Lage“ sein könnte.<sup>262</sup>

In den Tagen vor der Eröffnung der Spiele kam es fast täglich zu Presseaussendungen von Josef Höchtel. Am 22. Juni 1980 zitierte der ÖVP-Pressedienst aus einer Rede Josef Höchtels bei einer Konferenz der *Europäischen Union Junger Christdemokraten* (EUJCD) in Amsterdam, in der er forderte, eine Kampagne während der Olympischen Spiele in Moskau

---

<sup>258</sup> ÖVP-Pressedienst, 26.4.1980.

<sup>259</sup> Ebd.

<sup>260</sup> Stifter, ÖVP, 264.

<sup>261</sup> ÖVP-Pressedienst, 27.4.1980.

<sup>262</sup> Ebd.

zur Bewusstseinsbildung der Menschenrechtsproblematik in der UdSSR zu führen, an der auch Sportler und Funktionäre mitwirken sollten.<sup>263</sup>

Am 30. Juni 1980 gab der Pressedienst bekannt, dass Josef Höchtel, in seiner Funktion als Vorsitzender der *Menschenrechtsgruppe der VP-Parlamentsfraktion*<sup>264</sup>, Wladimir Borrisow (Vladimir Borisov), einen von der Sowjetunion vor den Spielen ausgebürgerten Dissidenten, zu einem Gespräch empfing.

Borrisow appellierte an Abg. Höchtel, möglichst häufig schriftliche Proteste gegen die Verletzungen von Menschenrechten an möglichst viele russische Stellen zu schicken. Ausserdem sollten in sämtlichen westlichen Ländern während der Olympischen Spiele Menschenrechtskampagnen abgehalten werden, um gegen Menschenrechtsverletzungen und den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan zu protestieren<sup>265</sup>.

Die Debatte um die Teilnahme österreichischer AthletInnen in Moskau war jedoch nach der – durch die Vollversammlung des ÖOC im Mai getroffenen – Entscheidung pro Moskau noch nicht zu Ende und fand in der Diskussion um geeignete Protestmaßnahmen vor Ort eine Fortsetzung.<sup>266</sup>

#### **4.5 Orientierung Österreichs an den Neutralen**

Im Folgenden soll die Haltung der neutralen Staaten Finnland, Schweden und Schweiz zur Frage des Olympiaboykotts beschrieben werden. Anhand der Botschaftskorrespondenz werden der Informationsaustausch und -gehalt zwischen Österreich und den genannten Staaten nachvollzogen.

Nach dem Konzept von Bruno Kreisky sollte Österreich mit den Mitteln einer „aktiven Neutralitätspolitik“ in Kooperation mit den neutralen und blockfreien<sup>267</sup> Staaten einen Beitrag zur Verringerung der Ost-West-Spannungen leisten. Die Abstimmung mit anderen neutralen Staaten in Europa musste Kreisky bei seiner Außenpolitik also ein besonderes Anliegen sein. Außenminister Willibald Pahr betonte immer wieder die Bedeutung der KSZE und ihres Nachfolgeprozesses. Vehementer als zuvor tat er das in Hinblick auf das Wiederaufkeimen des Konflikts zwischen den Supermächten 1979/80 infolge der Afghanistan-Intervention der UdSSR.<sup>268</sup> In einer Rede im Rahmen des „Auslandsösterreichersymposiums“ in Wien am 12.

---

<sup>263</sup> ÖVP-Pressedienst, 22.6.1980.

<sup>264</sup> Josef Höchtel war von 1979–1993 Sprecher der ÖVP für Sportpolitik sowie von 1979–1989 Sprecher des Parlamentsklubs der ÖVP für Menschenrechtsfragen.

<sup>265</sup> ÖVP-Pressedienst, 30.6.1980.

<sup>266</sup> Siehe Kapitel 5.1.

<sup>267</sup> Auf die Entscheidungen der Staaten der *Blockfreien Bewegung* über die Olympiateilnahme wird hier nicht eingegangen, da diese Ausführungen den Rahmen einer Diplomarbeit sprengen würden.

<sup>268</sup> Gehler, Außenpolitik, Bd. 1, 453.

Mai 1980 – also nur eine Woche vor der entscheidenden ÖOC-Sitzung pro oder kontra Olympiateilnahme – verwies Pahr auf die exponierte Position neutraler Staaten: „Die Stellung eines kleinen neutralen Staates in einer von Unruhe, Mißtrauen und Unsicherheit gekennzeichneten Welt ist keinesfalls einfach, kann er sich doch in seinen Entscheidungen auf keine Großmacht und kein Paktsystem stützen, sondern ist völlig auf sich selbst angewiesen.“<sup>269</sup>

Zum Thema Olympiaboykott waren für Österreich daher die Meinungen und Tendenzen in Finnland, Schweden und der Schweiz besonders interessant. Wobei diese Staaten unterschiedlich lange Erfahrung und Freiheit in der Ausübung ihrer Neutralität hatten (haben). Schweden und die Schweiz blicken auf eine lange Entwicklung ihrer Neutralität zurück – die Schweiz ist anerkannt neutral seit dem Wiener Kongress 1814/15, Schweden verhält sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Kriegsfällen neutral, wenn auch die Neutralität nicht in der schwedischen Verfassung verankert ist. Finnland und Österreich erlangten den Status neutraler Staaten erst in der ersten Phase des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg – Österreich durch die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages 1955, Finnland durch einen am 6. April 1948 mit der Sowjetunion abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“.<sup>270</sup>

Durch diesen Vertrag hatte die finnische Neutralität den Makel, dass das Land gegenüber der UdSSR weniger neutral war – Stichwort Beistand – als zu anderen Staaten. Dieser außenpolitische Status war bis in die 1990er Jahre festgeschrieben. Dem Nachbarland der UdSSR brachte aber auch diese Form der Neutralität Distanz zur kommunistischen Großmacht und diente als identitätsstiftender Faktor.<sup>271</sup> Möglicherweise brachte das Naheverhältnis Finnlands zur Sowjetunion im Vorfeld von Olympia 1980 auch handfeste wirtschaftliche Vorteile. Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete im Februar 1980 über langfristige Handelsverträge, die vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zwischen der Sowjetunion und Finnland geschlossen worden waren und spekulierte, ob der Kreml bereits ahnte, dass eine militärische Intervention in Afghanistan einen US-

---

<sup>269</sup> Vortrag von Dr. Willibald Pahr im Rahmen des Auslandsösterreichersymposiums zum Thema „Österreichs Außenpolitik seit dem Staatsvertrag“ in Wien am 12. Mai 1980, in: 25 Jahre Staatsvertrag. Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland, hg. von der österreichischen Bundesregierung und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geschichte der Universität Wien, Wien 1981 sowie *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik*, 20. Jg. (1980), 162.

<sup>270</sup> Michael Gehler, Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich, <http://homepage.univie.ac.at/silvia.michal-misak/gehler.pdf> (abgerufen am: 4.1.2012), 19.

<sup>271</sup> Ebd., 21–22.

Handelsboykott zur Folge haben würde und die Verträge mit Finnland darauf hin abgeschlossen worden wären.<sup>272</sup> Bei dieser nicht nur geographischen Nähe von Finnland zur Sowjetunion war es wenig verwunderlich, dass sich das finnische NOK im Mai 1980 mit einer klaren Mehrheit für die Teilnahme an den Spielen aussprach.<sup>273</sup>

Wie für Österreich war auch für Schweden die Distanzierung von beiden Blöcken und die damit angestrebte politische Unabhängigkeit eine Leitlinie im außenpolitischen Handeln. Olof Palme, schwedischer Ministerpräsident 1969–1976 und 1982–1986, prägt – ähnlich wie in Österreich Bruno Kreisky – die Außenpolitik Schwedens der 1970er und 1980er Jahre. Die beiden Regierungschefs verband eine enge Freundschaft, die aus der Zusammenarbeit in der *Sozialistischen Internationale* (SI) hervor gegangen war.<sup>274</sup> Im Zusammenhang mit dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau formulierte die SI keine gemeinsame Haltung der Mitgliedsstaaten. Laut einer Aussendung der Sozialistischen Korrespondenz vom 6. Februar 1980, die sich auf eine Stellungnahme von Bundeskanzler Kreisky bei einer internationalen Pressekonferenz bezog, war sich die SI einig in der Ablehnung der Invasion in Afghanistan, jedoch uneinig in der Frage des Olympiaboykotts.<sup>275</sup>

Eine interessante Aussage tätigte Simon Wiesenthal im Vorfeld der Olympischen Spiele in Moskau in seiner Funktion als Leiter des *Jüdischen Dokumentationszentrums* in Wien. Er rief Schweden zum Boykott der Spiele auf und zwar „als Waffe zur Aufklärung des Schicksals des 1945 in der Sowjetunion verschwundenen Diplomaten [Raoul] Wallenberg“.<sup>276</sup>

Am 17. April 1980 empfing das Kabinett des Bundeskanzlers ein Schreiben der österreichischen Botschaft in Stockholm mit der Nachricht, dass das schwedische NOK eine Teilnahme an den Spielen befürworte und die Regierung nicht beabsichtige, sich in diese Frage einzumischen. Weiters soll unbestätigten Quellen zufolge der schwedische

---

<sup>272</sup> Vgl. *Der Spiegel*, Kaltes Geschäft, 11.2.1980, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14324799.html> (abgerufen am: 9.9.2012)

<sup>273</sup> Pfeiffer, Sport, 393–394.

<sup>274</sup> Bruno Kreisky war von 1976–1989 Vizepräsident der SI.

<sup>275</sup> Sozialistische Korrespondenz, 6.2.1980.

<sup>276</sup> Vgl. Pfeiffer, Sport, 319. Raoul Wallenberg war schwedischer Diplomat und Zentralfigur einer Rettungsaktion vieler Tausend ungarischer Jüdinnen und Juden in Budapest im Jahr 1944. Durch die Verteilung von sog. schwedischen „Schutzpässen“ sowie weitere humanitäre Hilfsleistungen, konnten zahlreiche Leben gerettet werden. Nach der Eroberung Budapests durch die Rote Armee im Jänner 1945 wurde Wallenberg vom russischen Geheimdienst verhaftet und nach Moskau verschleppt. Mit diesem Zeitpunkt verliert sich die Spur, da weder Wallenbergs Tod noch seine Freilassung dokumentiert sind. Zu Raoul Wallenberg siehe ausführlich: Paul Levine, Raoul Wallenberg in Budapest. Myth, History and Holocaust, Portland 2009.

Außenminister Ola Ullsten (1979–1982) deutlich gemacht haben, dass die Teilnahme ein außenpolitisches Problem werden könne, wenn sich die neutralen Länder Schweiz und Österreich dem US-Boykott anschließen würden. Schweden würde dadurch in eine vom Neutralitätsgeschichtspunkt unangenehme Lage geraten.<sup>277</sup>

Das schwedische NOK beschloss mit großer Mehrheit im Mai 1980 die Entsendung einer Sportdelegation nach Moskau.<sup>278</sup> Österreichs Botschafter in Moskau, Gerald Hinteregger, bestätigte wenige Tage danach, dass der schwedische Botschafter einen Antrag auf Akkreditierung als Ehrengast bei den Olympischen Spielen gestellt hatte und erbat im gleichen Brief um eine Weisung aus Wien, wie sich das diplomatische Corps verhalten solle.<sup>279</sup>

Nicht nur für Österreich und Finnland war die Sowjetunion ein bedeutender Handelspartner, sondern auch für die Schweiz, die sich auf politisch-ideologischer Ebene der westlichen Allianz zugehörig fühlte. Zwischen 1974–1978 stammten mehr als 50% der Importe von Erdölprodukten in der Schweiz aus der Sowjetunion. Seit 1978 bestand ein Regierungsabkommen zwischen den beiden Staaten zur Forcierung der Handelsbeziehungen, die in weiterer Folge ab 1979 in *Gemischten Kommissionen* verhandelt wurden.<sup>280</sup>

Am 10. Mai 1980 votierte das Schweizer NOK mit einer knappen Mehrheit von 24 zu 22 Stimmen bei zwei Enthaltungen für die Teilnahme einer Schweizer Equipe an den Spielen in Moskau.<sup>281</sup> Die österreichische Botschaft in Moskau verlautete, dass der Botschafter aus der Schweiz keine Schritte zur Akkreditierung seiner Person unternommen hatte, da die Schweizer Mannschaft weder an der Eröffnungs- noch an der Schlusszeremonie teilnehmen werde.<sup>282</sup> Am 27. Juni 1980 berichtete dieselbe Quelle, dass der schweizerische Botschafter nun doch aufgrund außenpolitischer und wirtschaftlicher Überlegungen an offiziellen gesellschaftlichen Veranstaltungen von sowjetischer Seite teilnehmen werde.<sup>283</sup>

Zusammenfassend ergibt sich das Bild, dass sich die neutralen Staaten in ihrer Haltung zu Olympia in Moskau zwar nicht eng abstimmen wollten, der Fall jedoch ziemlich einhellig aus der pragmatischen Perspektive betrachtet wurde. Dies stützt eine These des Historikers

---

<sup>277</sup> StBKA, VII.1. Länderboxen UdSSR, Box 5 (1979–1981), 1980, Mappe „UdSSR“, Konvolut: Sommerolympiade 1980 in Moskau, austroamb stockholm an aussenamt wien, 17.4.1980.

<sup>278</sup> Pfeiffer, Sport, 393-394.

<sup>279</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, austroamb moskau an aussenamt wien, 6.6.1980.

<sup>280</sup> Christina Lohm / Bruno Fritzsche, Swiss economic relations with the Soviet Union during the Cold War, in: Enderle-Burcel / Franzaszek / Stiefel / Teichova (Hg.), Gaps, 38-39.

<sup>281</sup> Pfeiffer, Sport, 380.

<sup>282</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, austroamb moskau an aussenamt wien, 6.6.1980.

<sup>283</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, austroamb moskau an aussenamt wien, 27.6.1980.

Michael Gehler, nach der Neutralitätspolitik „eine wohlkalkulierte und äußerst pragmatische Antwort auf komplexe Herausforderungen wie existenzgefährdende Krisensituationen“<sup>284</sup> ist.

Existenzgefährdend für Österreich wäre ein Olympiaboykott wohl nicht gewesen. Negative Auswirkungen auf diplomatischer und wirtschaftlicher Ebene waren aber wahrscheinlich, die ganz pragmatisch durch eine Teilnahme an den Spielen hintan gehalten werden konnten.

Während sich die österreichische Regierung in der Causa Olympiateilnahme im wesentlichen auf die Unabhängigkeit des ÖOC und die rechtliche Unmöglichkeit einer Pro- oder Kontra-Entscheidung außerhalb des ÖOC stützte, berief sie sich im Falle der Ablehnung der Iran-Wirtschaftssanktionen auf den Status der immerwährenden Neutralität und akkordierte diese Entscheidung mit der Schweiz und Schweden.<sup>285</sup>

---

<sup>284</sup> Gehler, *Finis Neutralität?*, 98.

<sup>285</sup> Vgl. Kapitel 4.3.

## 5. Die Entscheidung

Dieses Kapitel spannt den Bogen von der Österreichischen Entscheidung gegen den Boykott der Sommerspiele in Moskau bis zu retrospektiven Kommentaren von in den Entscheidungsfindungsprozess involvierten Persönlichkeiten.

Die Positionen der Parlamentsparteien waren vor der entscheidenden Sitzung des Österreichischen Olympischen Comités eindeutig. Aus den Parlamentsprotokollen, der Diplomatischen Korrespondenz und der Aussendungen der Partei-Pressedienste lässt sich ablesen, dass die SPÖ einen Boykott ablehnte, während die ÖVP dem Boykottaufwurf der USA folgen wollte. Die FPÖ sah die beste Lösung in einer Teilnahme österreichischer AthletInnen an den Olympischen Spielen in Moskau auf Basis eines Allparteien-Beschlusses im Rat für Auswärtige Angelegenheiten.

Am 20. Mai 1980 traten der Vorstand und die Mitglieder des ÖOC zu einer Vollversammlung zusammen und votierten in einer geheimen Wahl mit 37 zu 9 Stimmen pro Olympiateilnahme.<sup>286</sup>

Diese Entscheidung wurde von der österreichischen Presse, hier vor allem in den Ressorts Sport und Innenpolitik, umfangreich kommentiert. Laut Renate Kopitschek wurden in den Printmedien folgende Auffassungen vertreten: Während die *Volksstimme* und die *Arbeiterzeitung* einer österreichische Teilnahme in Moskau klar positiv gegenüberstanden, riefen Journalisten der *Kronen Zeitung* und der Zeitschrift *Profil* Sportfunktionäre und Politiker auf, die US-Position genau zu prüfen und aufgrund der Afghanistanpolitik der UdSSR einen Olympiaboykott zu erwägen. Andere Printmedien bezogen zu der Boykottthematik keine eindeutige Stellung.<sup>287</sup>

ÖOC-Präsident Kurt Heller nahm wenige Tage nach der Sitzung in einem Interview mit dem ORF zu dem Teilnahmeentschluss Stellung. In der *Wochenschau* vom 25. Mai 1980 erklärte er, dass die Meinung der österreichischen Bundesregierung zwar eingeholt wurde, dass es sich aber um eine autonome Entscheidung des ÖOC und damit der Funktionäre des österreichischen Sportbetriebs gehandelt habe. Und weiter wörtlich: „Bundeskanzler Kreisky war der Auffassung, dass ein Boykott der Moskauer Spiele nicht zielführend ist und hat uns

---

<sup>286</sup> Vgl. Kapitel 2.4.

<sup>287</sup> Kopitschek, *Teilnehmen*, 99.

empfohlen, geraten oder der Meinung Ausdruck verliehen, nicht zu boykottieren.“<sup>288</sup> Diese Aussage ist ein klarer Beleg dafür, dass Kreiskys Position zur Boykottdebatte eine maßgebliche Rolle im Entscheidungsprozess um die österreichische Teilnahme in Moskau spielte und stellt letztlich die Autonomie des politisch unabhängigen Komitees in Frage.

An den XXII. Olympischen Sommerspielen, die von 19. Juli bis 3. August 1980 stattfanden, nahmen nur 81<sup>289</sup> der über 140<sup>290</sup> teilnahmeberechtigten Länder teil. Dem Boykottaufruf der Vereinigten Staaten folgten 42 Nationen – darunter wirtschaftliche und politische Großmächte und zugleich sportliche Schwergewichte wie Japan, die Volksrepublik China, Kanada oder die Bundesrepublik Deutschland. Weitere 24 Länder antworteten nicht auf die Einladung des Moskauer Organisationskomitees und blieben ohne Begründung der Veranstaltung fern.<sup>291</sup>

In Europa wurde dem US-Aufruf nur in geringem Maße Folge geleistet. Neben der BRD entsandten lediglich Albanien, Liechtenstein, Monaco, Norwegen und Israel<sup>292</sup> und die Türkei aus politischen Gründen keine AthletInnen in die Sowjetunion.<sup>293</sup>

Trotz der weltweiten Protestaktionen besuchten etwa 240.000 Menschen aus dem Ausland das Sportspektakel in der auf Hochglanz polierten Sowjetmetropole. Schätzungsweise 75.000 SporttouristInnen kamen aus Ländern der „westlichen Allianz“ nach Moskau.<sup>294</sup> Die Besucherzahl ist im Licht des um 1980 herrschenden – und im Vergleich zu heute – geringen Tourismusaufkommen in den damaligen Ostblockstaaten zu betrachten.

Auch wenn das USOC keine AthletInnen nach Moskau entsandte, waren dennoch einige wenige Sportler mit US-amerikanischen Wurzeln bei den Spielen aktiv. So startete beispielsweise William (Bill) Rea für die österreichische Leichtathletikmannschaft in der Disziplin Weitsprung und belegte mit einer Höchstweite von 7,74 Metern den 15. Platz. Rea,

---

<sup>288</sup> *ORF-Archiv*, Wochenschau vom 25.5.1980.

<sup>289</sup> In München 1972 nahmen 122 Nationen teil, in Montreal 1976 aufgrund des „Afrika-Boykotts“ nur 88. Hier wird die Zahl der Teilnehmernationen aus dem 1981 publizierten, offiziellen Bericht des Moskauer Organisationskomitees zitiert, in dem sich auch zahlreiche andere interessante Fakten und Statistiken zu den Moskauer Spielen finden. Vgl. *The Official Report of Games of the XXII Olympiad*, Volume 3, <http://www.la84foundation.org/6oic/OfficialReports/1980/or1980v3.pdf>, 7. (abgerufen am: 1.2.2012)

<sup>290</sup> In der populären sowie wissenschaftlichen Literatur ist die genaue Anzahl der teilnahmeberechtigten Nationen nicht eindeutig feststellbar. Hulme beispielsweise nennt 143 Länder (Hulme, *Olympics*, 72), Filzmaier kommt bei seiner Zählung auf 144 offiziell vom IOC anerkannte NOKs, die die Möglichkeit hatten, AthletInnen nach Moskau zu entsenden (Filzmaier, *Aspekte*, 244).

<sup>291</sup> Filzmaier, 244. Hill nennt 23 NOKs, die auf eine Teilnahme verzichteten. Vgl. Hill, *Olympic politics*, 135.

<sup>292</sup> Israel wird bei internationalen Wettkämpfen in zahlreichen Sportarten zu „Sport-Europa“ gezählt. Beispielsweise ist Israel Mitglied der *Union of European Football Associations* (UEFA) oder der *Fédération Internationale de Basketball* (FIBA Europe).

<sup>293</sup> Filzmaier, 244.

<sup>294</sup> Knecht, *Boykott*, 211. Auch hier divergieren die Zahlen in der vorliegenden Literatur. Senn zitiert sowjetische Quellen, die von insgesamt 340.000 BesucherInnen aus dem Ausland sprechen und westliche Quellen, die eine Zahl von 100.000 TouristInnen nennen. Vgl. Senn, *Power*, 186. Auch der offizielle Bericht des Moskauer OKs gibt keine Auskunft über die Besucherzahlen der XXII. Olympischen Sommerspiele.

Sohn eines US-amerikanischen Vaters und einer österreichischen Mutter, versuchte sich in den Jahren 1972 und 1976 für das US-Team zu qualifizieren, scheiterte jedoch. Rea übte auch öffentlich Kritik an Carters Boykottpolitik, die Athleten zur Durchsetzung politischer Interessen instrumentalisiere.<sup>295</sup>

### **5.1 Die Diskussion um geeignete Protestmaßnahmen**

Nach der Entscheidung zur Teilnahme an die Spielen in Moskau entbrannte in Österreich in politischen und sportlichen Kreisen eine Diskussion darüber, ob das ÖOC und/oder SportlerInnen aus Österreich in Moskau ein Zeichen des Protests gegen die Militäraktion des Gastgeberlandes in Afghanistan setzen sollten. Zahlreiche europäische Nationen, wie etwa Belgien, Frankreich, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Italien und die Niederlande beschlossen im Vorfeld der Spiele, nicht unter der eigenen Nationalflagge zu starten, sondern die Flagge des Internationalen Komitees mit den fünf Olympischen Ringen als Hoheitszeichen zu wählen.

Der österreichische Botschafter in Moskau deponierte in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, dass er Protestaktionen befürworte, diese aber ehestmöglich und im Einvernehmen mit „gleichgesinnten“ Ländern beschlossen werden sollten.<sup>296</sup>

ÖOC-Präsident Heller gab in einem Interview mit dem Radiosender Ö1 am 30. Juni 1980 bekannt, dass der ÖOC-Vorstand beschlossen habe, sich in Moskau an Protestaktionen gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan zu beteiligen, wenn diese auf eine Initiative von westeuropäischen NOKs zurück gingen. Er kündigte weiter an, dass sich Österreich nicht an der Eröffnungsfeier beteiligen werde und im Falle einer Siegerehrung die österreichische Nationalflagge nicht gezeigt werden solle. Auf die Frage, ob Österreich als neutrales Land, bei einem solchen Verhalten nicht „in Pressionen vonseiten der Sowjetunion kommen“ könne, meinte Heller: „Ich werde aber natürlich vor unseren endgültigen Beschlüssen noch mit den zuständigen Stellen des Staates auch ein Gespräch haben [...] Ich glaube aber nicht, dass wir dadurch in irgendeiner Form die Neutralität Österreichs verletzen würden.“<sup>297</sup>

---

<sup>295</sup> Sarantakes, Olympic Boycott, 233.

<sup>296</sup> StBKA, VII.1. UdSSR, Box 5, Sommerolympiade, austroamb moskau an aussenamt wien, 6.6.1980.

<sup>297</sup> Ö1-Mittagsjournal, 30.6.1980, Interview mit ÖOC-Präsident Heller, Österreich beteiligt sich an Protestaktionen in Moskau,

[http://www.mediathek.at/oe1\\_journale/popup/popup\\_media\\_manager.php?fileId=1105774&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1\\_journale%2Fpopup%2Fpopup\\_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%255Byear%255D%3D1980](http://www.mediathek.at/oe1_journale/popup/popup_media_manager.php?fileId=1105774&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1_journale%2Fpopup%2Fpopup_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%255Byear%255D%3D1980)

Der Freiheitliche Pressedienst vermeldete am 2. Juli 1980, dass die FPÖ die Ankündigung des ÖOC-Präsidenten begrüße, auf die Teilnahme an der offiziellen Eröffnungsfeier zu verzichten.<sup>298</sup>

Wenige Tage vor der Eröffnungsfeier in Moskau, am 15. Juli 1980, gab die Sozialistische Korrespondenz bekannt, dass Bundeskanzler Kreisky ÖOC-Präsident Heller gebeten hatte, keine Weisung im Bezug auf das Verhalten der Sportler bei der Eröffnungsfeier auszugeben.<sup>299</sup> Diesem Wunsch Kreiskys wurde entsprochen. Österreichs Equipe nahm an der Eröffnungszeremonie in rot-weiß-roter Kleidung und hinter der österreichischen Nationalflagge marschierend teil.

Am selben Tag verlautbarte der ÖVP-Pressedienst die Kritik des Abgeordneten Ludwig Steiner an der Intervention des Bundeskanzlers. Er sah darin eine Weisung der Bundesregierung, „die jede Geste des Missfallens gegenüber der sowjetischen Militäraktion in Afghanistan ausschliesst.“<sup>300</sup> Weiters bezeichnete er es als „falsch, die Neutralität als Ausrede für die Weisung an die Sportler zu benützen. Denn: Die Neutralität bindet den Staat, lässt aber dem einzelnen Staatsbürger jede Freiheit, seine Meinung voll zum Ausdruck zu bringen.“<sup>301</sup>

Am Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele informierte der ÖVP-Pressedienst, dass die *Junge ÖVP* (JVP) mittels Flugblätter, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen in ganz Österreich eine Aufklärungs- und Protestkampagne zur Menschen- und Völkerrechtsunterdrückung in der Sowjetunion durchführe. Gleichzeitig übte Höchtl in der Aussendung Kritik an der österreichischen Delegation, die „im Gegensatz zur auch neutralen Schweiz, in Moskau keine friedlichen Protestaktionen durchführt und damit stillschweigend alles duldet.“<sup>302</sup> Interessant ist in der Tat, dass von den europäischen neutralen Nationen Österreich, Finnland und Schweden auf demonstrative Protestgesten verzichteten und lediglich die Schweiz „Protestflagge“ zeigte.

Die Ablehnung von Initiativen zur Thematisierung von Menschen- und Völkerrechtsverletzungen wurde immer wieder und vor allem von Josef Höchtl kritisiert. So auch schon vor der Eröffnungsfeier am 10. Juli 1980 via Pressedienst, als er die Entscheidung, dass sich Österreich an keinerlei Protestaktionen beteiligen werde, als „einen peinlichen Rückzieher von Heller“ und die Haltung der Bundesregierung als „feige“

---

3D12%26data%25BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager\_SearchAPI\_URL%3D%26ajax%3D1 (abgerufen am: 20.7.2012)

<sup>298</sup> Freiheitlicher Pressedienst, 2.7.1980.

<sup>299</sup> Sozialistische Korrespondenz, 15.7.1980.

<sup>300</sup> ÖVP-Pressedienst, 15.7.1980.

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> ÖVP-Pressedienst, 19.7.1980.

bezeichnete. Außerdem forderte Höchtl Bundeskanzler Kreisky und Außenminister Pahr auf klarzustellen, ob es „massive Einschüchterungsversuche der Sowjetunion gegenüber Österreich gegeben hat“.<sup>303</sup> Von Seiten der Regierung kam es zu keiner derartigen Stellungnahme. Im Zuge der Recherchen zu dieser Arbeit wurden keine Dokumente gefunden, die eine Einflussnahme seitens sowjetischer Politiker oder Diplomaten auf den österreichischen Entscheidungsprozess belegen würden.

## 5.2 Im Spiegel der Erinnerung

In diesem Unterkapitel werden die individuellen Erinnerungen einiger Personen reflektiert, die in unterschiedlicher Weise in die Boykottdebatte eingebunden waren. Untersucht wurden Jimmy Carters Memoiren, die Autobiographien des damaligen österreichischen Botschafters in Moskau, Gerald Hinteregger, und des IOC-Präsidenten Lord Killanin sowie das Tagebuch von Handelsminister Josef Staribacher. Der ehemalige Bundesminister für Inneres Erwin Lanc, der ehemalige ÖVP-Nationalratsabgeordneter und Sportsprecher Josef Höchtl sowie Kurt Heller, Sohn des im Jahr 1990 verstorbenen Stadtrates und ÖOC-Präsidenten Kurt Heller, teilten ihre Erinnerungen mit der Autorin im Rahmen von Interviews.

Jimmy Carter widmete in seinen im Jahr 1982 publizierten Memoiren den Olympischen Spielen in Moskau umfangreichen Raum. Seine politischen Analysen von nationalen und internationalen Entwicklungen und Ereignissen erweiterte er immer wieder durch Auszüge aus seinem privaten Tagebuch.

Präsident Carter war sich schon unmittelbar nach der sowjetischen Militäraktion in Afghanistan bewusst, dass ernsthafte, außenpolitische Maßnahmen zum Zeichen des Protests zu setzen wären. In dem sportbegeisterten Land wurde die Teilnahme an den bevorstehenden Olympischen Sommerspielen in Moskau aus diesem Grund schon bald zu einem Politikum. Der Boykott der Spiele wurde von Jimmy Carter zur nationalen Angelegenheit erhoben. In die Entscheidung waren weder das US-amerikanische NOK noch US-AthletInnen maßgeblich involviert. Der Boykott wurde also politisch verordnet. In seiner Autobiographie macht Carter sehr deutlich, dass die Thematik in den Vereinigten Staaten von großer Bedeutung war:

Perhaps the most highly publicized issue of all at this time was how to deal with the 1980 Olympic Games in Moscow. [...] I did not want to damage the Olympic movement, but at the same time it seemed unconscionable to be guests of the Soviets while they were involved in a bloody suppression of the people of Afghanistan [...].<sup>304</sup>

---

<sup>303</sup> ÖVP-Pressedienst, 10.7.1980.

<sup>304</sup> Carter, Faith, 481.

Die Boykottandrohung, die am 20. Jänner 1980 offiziell verkündet wurde, leitete die internationale Kampagne Carters ein, mittels der er versuchte, die Entscheidungen anderer Nationen in Bezug auf die Olympiateilnahme zu beeinflussen. Dies gestaltete sich offenbar schwieriger als angenommen. Carter merkte dazu in seinen Memoiren an: „I knew the decision was controversial, but I had no idea at the time how difficult it would be for me to implement it or to convince other nations to join us.“<sup>305</sup> Er musste schließlich anerkennen, dass die meisten NOKs – vor allem in Westeuropa – politisch mehr oder weniger unabhängige Organisationen waren:

Throughout the spring [...] I had been trying to induce [...] the committees in as many other nations as possible not to attend the Olympic Games [...] Most Olympic committees were wholly independent bodies, whose members deeply resented any government involvement in their decisions.<sup>306</sup>

Gerald Hinteregger streicht in seiner Autobiographie vor allem das Thema Neutralität heraus, das sich zu einem bestimmenden Faktor in der österreichischen Diskussion entwickelte. Hinteregger erkannte, dass sich Österreich aufgrund der Neutralitätspolitik in der vorherrschenden Eiszeit zwischen den Supermächten in einer „heiklen Situation“<sup>307</sup> befinden würde. Die Frage war also im Zusammenhang mit den bevorstehenden Olympischen Spielen: „Inwieweit war seine Solidarität mit dem Westen gefordert, und inwieweit konnte und sollte es als neutraler Staat eine eigenständige Linie verfolgen?“<sup>308</sup> Der ehemalige Botschafter bezeichnet das Vorgehen Österreichs respektive des ÖOC rückblickend als „weiche Linie“<sup>309</sup> gegenüber der Sowjetunion. Obwohl er, wie zuvor erwähnt, bereit gewesen wäre, Protestmaßnahmen eines österreichischen Olympiateams in Moskau auf Weisung der Bundesregierung zu unterstützen, verlegte sich Hinteregger aufgrund seiner Überlegungen zur Aufrechterhaltung bzw. Intensivierung der Wirtschaftskontakte mit der Sowjetunion auf die (weiche) Linie der Nichtboykottierung.

Hinteregger, der als Botschafter auch Gastgeber der österreichischen Mannschaft in Moskau war, bietet in seinen Erinnerungen auch Einblicke in das Geschehen rund um die Veranstaltung. So erzählt er von der Bewirtung der SportlerInnen in der Botschaft, die sich aufgrund der Lebensmittelknappheit in der Sowjetunion als schwierig gestaltete:

Bei unserer Aufgabe der Betreuung der österreichischen Mannschaft und ihrer Begleiter war ein Empfang auf unserer Botschaft. Da es sich um eine Gruppe von nahezu 200 Personen handelte und bei den Sportlern mit gesundem Appetit gerechnet werden musste, war meine Frau sehr darauf bedacht, für eine entsprechende Bewirtung zu sorgen. Nun hatten wir zwar bei unserem letzten

---

<sup>305</sup> Ebd., 482.

<sup>306</sup> Ebd., Faith, 528.

<sup>307</sup> Hinteregger, Auftrag, 246.

<sup>308</sup> Ebd.

<sup>309</sup> Ebd., 249.

Besuchen in Wien kofferweise Fleisch, Wurstwaren und andere Lebensmittel mitgebracht, die erfahrungsgemäß in Moskau nicht oder zumindest nicht in der gewünschten Qualität erhältlich waren. Womit wir aber nicht gerechnet hatten: Es gab zu dieser Zeit in Moskau weder Kartoffeln noch Zwiebeln – beides Produkte, ohne die ein Buffet für zweihundert Personen schwer zu organisieren gewesen wäre.<sup>310</sup>

Dies illustriert, dass der österreichische Botschafter während der Olympischen Spiele in Moskau auch mit wesentlich profaneren Problemen als der Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen konfrontiert war.

Josef Staribachers Tagebuch, das etwa 70 Aktenordner umfasst (für das Jahr 1980 handelt es sich um fünf Ordner) lässt die meisten Rückschlüsse über den Verlauf der Diskussion um einen österreichischen Olympiaboykott zu. Während seiner 13-jährigen Amtszeit als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie in der Regierungsära Bruno Kreiskys diktierte er fast täglich die Ereignisse in seinem beruflichen Umfeld auf ein Tonband, am folgenden Tag transkribierten seine MitarbeiterInnen diese Sprachnotizen. Das Tagebuch wurde mit Tagesprogrammen, Sitzungsprotokollen, Zeitungsausschnitten und handschriftlichen Vermerken laufend ergänzt und diente in erster Linie dazu, sein Kabinett über aktuelle politische Themen und Tätigkeiten zu informieren.<sup>311</sup>

In einer Kurzbiographie bezeichnete der Historiker Oliver Rathkolb Josef Staribacher als einen der erfolgreichsten Kommunikatoren während der Zeit der SPÖ-Alleinregierung sowie als konsequenten Verhandler, der seinen politischen Handlungsspielraum voll ausnutzte und sich permanent um die Requirierung internationaler Aufträge bemühte.<sup>312</sup> Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine österreichische Olympiateilnahme in Moskau spiegelt sich im Tagebuch des Handelsministers deutlich der Wunsch, dass sich Österreich dem US-Boykott verweigern solle, um die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion intakt zu halten, wider – nicht nur aufgrund der sich abzeichnenden Schwierigkeiten der Verstaatlichten Industrie, sondern auch in Hinblick auf zukünftige Kooperationen (etwa zusätzlicher Erdgaslieferungen).

Das Thema Olympiaboykott beschäftigte Staribacher in den ersten Monaten des Jahres 1980 sichtlich. Eine interessante Anekdote hielt Staribacher am 15. Mai 1980 in seinem Tagebuch fest. Bei den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum des österreichischen Staatsvertrages spielte sich folgende Szene ab: Im Rahmen eines von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger initiierten Mittagessens, an dem auch der US-amerikanische Botschafter Edmund Muskie, der

---

<sup>310</sup> Ebd., 248.

<sup>311</sup> Mesner / Venus / Gazzari, Wirtschaftspolitik, 210–211.

<sup>312</sup> Oliver Rathkolb, Josef Staribacher, in: Herbert Dachs / Peter Gerlich / Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, 544–545.

sowjetische Botschafter Michail Jefremow sowie der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher teilnahmen, erhielt letzterer während des Essens einen Anruf mit der Nachricht, dass sich das bundesdeutsche NOK für einen Boykott ausgesprochen habe. Diese Information teilte Genscher bei seiner Rückkehr an den Tisch per handschriftlicher Notiz auf der Speisekarte US-Botschafter Muskie mit, der „sichtlich bewegt und sehr erfreut, Genscher über den Tisch hinweg die Hand [schüttelte].“<sup>313</sup> Staribacher beschließt dieses kleine Kapitel zur internationalen Bedeutung des Olympiaboykotts mit den Worten: „Außenpolitik oder große Weltpolitik möchte ich wahrlich nicht machen und fühle mich dazu aber auch gar nicht berufen.“<sup>314</sup>

Josef Staribacher stand beruflich immer in engem Kontakt zu Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger, der als Vorsitzender des Finanzausschusses im Vorstand des ÖOC vertreten war. Wie Sallingers Biographin Inge Görner feststellte, verfügte dieser in der ÖVP über großen politischen Einfluss und setzte sich für die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Sport ein.<sup>315</sup> Ein wöchentlicher Jour Fixe diente Staribacher und Sallinger zum Gedankenaustausch<sup>316</sup>. Unter anderem auch über mögliche Konsequenzen eines österreichischen Olympiaboykotts:

Sallinger wollte wissen, wie ich persönlich und das Handelsministerium zu einer Olympia-Sport-Blockade [sic!] stehe. Da er genau weiß, daß die Wirtschaft alles andere als eine solche Blockade wünscht und erwartet und ich ihm dies klar und deutlich sagte, hat er diese Frage meiner Meinung nach nur deshalb gestellt, damit er als Mitglied des Österreichischen Olympischen Komitees [sic!] als Wirtschaftsvertreter sich für eine Teilnahme aussprechen kann.<sup>317</sup>

Nachdem der Teilnahmebeschluss im Rahmen einer ÖOC-Vollversammlung getroffen worden war, schrieb Staribacher in sein Tagebuch, dass Sallinger über dieses Ergebnis sehr erfreut gewesen sei, denn diese Entscheidung könne zu einer Verbesserung der österreichisch-sowjetischen Beziehungen führen.<sup>318</sup> Derartige Äußerungen sowie Aussagen von Bundeskanzler Kreisky, die schon in vorangegangenen Kapiteln zitiert wurden, sind eindeutige Hinweise darauf, dass die Boykottdebatte nicht nur auf sportlicher, sondern auch auf politischer Ebene, und zwar in den höchsten Kreisen, geführt wurde.

Der ehemalige Bundesminister für Inneres Erwin Lanc, der im Jahr 1980 nicht nur in der Politik ein hohes Amt ausübte, sondern auch im Sportbereich als Vizepräsident der mitgliederstärksten Sportdachorganisation ASKÖ sowie Präsident des Österreichischen

---

<sup>313</sup> TbSt, Ordner: 17.3.1980–31.5.1980, 15.5.1980.

<sup>314</sup> Ebd.

<sup>315</sup> Inge Görner, Rudolf Sallinger, in: Dachs / Gerlich / Müller, Politiker, 498–499.

<sup>316</sup> Rathkolb, Staribacher, 542.

<sup>317</sup> TbSt, Ordner: 17.3.1980–31.5.1980, 18.4.1980.

<sup>318</sup> TbSt, Ordner: 17.3.1980–31.5.1980, 20.–26.5.1980.

Handball- und Faustballbundes einflussreiche Funktionen innehatte, erinnert sich in einem Interview mit der Autorin, dass ihn persönlich das Thema wenig bewegte. Die Bundesregierung hätte sich im Einvernehmen mit ÖOC-Präsident Heller mit dem Boykottthema befasst und auf die Linie der Nichtboykottierung verlegt, da Österreich als neutraler Staat beweisen wollte, unabhängige außenpolitische Entscheidungen treffen zu können. Dies sei im Fall der Aufrufe zum Iran-Boykott sowie des Olympia-Boykotts der politische Grund gewesen.<sup>319</sup>

In seiner Funktion als Sportfachverbandspräsident war Lanc auch Mitglied des ÖOC und hatte dadurch Einblick in den Meinungsbildungsprozess des ÖOC. Lanc berichtete, dass das ÖOC klar mehrheitlich eine Teilnahme in Moskau unterstützte, jedoch habe er an der ÖOC-internen Meinungsbildung nicht teilgenommen.<sup>320</sup>

Dem Teilnahmebeschluss lagen nach Meinung des damaligen Innenministers zwei Motive zu Grunde, die er im Interview wie folgt darstellte: „Erstens, die Überzeugung, dass solche Boykottmaßnahmen der Sache, für die sie angeblich ergriffen wurden, nichts nützen, und zweitens, dass man nicht ins Schlepptau irgendwelcher Aktionen gerät, die in Wirklichkeit nur eine Unterabteilung des Kalten Krieges waren.“<sup>321</sup> Die Teilnahme einer österreichischen Equipe in Moskau bezeichnete er als „Deeskalationsbeitrag“<sup>322</sup> in einer Zeit der internationalen Spannungen.

Die Gegenposition dazu bezog klar und vor allem öffentlich Josef Höchtl, der ebenfalls zu einem Gespräch über den Olympiaboykott von 1980 mit der Autorin bereit war. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete übte zu dieser Zeit zahlreiche politische und sportliche Funktionen aus. Unter anderem war er Sprecher der ÖVP für Sportpolitik und Menschenrechtsfragen sowie Bundesobmann der JVP. Im Sportbereich fungierte er als Präsident des Österreichischen Rodelverbandes und war, wie Erwin Lanc, Mitglied des ÖOC. Höchtl wurde durch seine Positionierung als Boykottbefürworter in der öffentlichen Debatte ein zentraler Akteur.

Für Höchtl stand die Frage der Menschenrechte im Mittelpunkt seiner Kritik, wie er auch im Interview mit der Autorin deutlich macht. Er verurteilte mit aller Schärfe die Menschenrechtsverletzungen des sowjetischen Regimes, was ihn auch dazu motivierte, am Tag der Eröffnung der Spiele eine österreichweite Protestaktion mit der JVP durchzuführen,

---

<sup>319</sup> Vgl. Interview mit Erwin Lanc.

<sup>320</sup> Vgl. ebd.

<sup>321</sup> Vgl. ebd.

<sup>322</sup> Vgl. ebd.

um auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Angesprochen auf seine zahlreichen, lautstarken Äußerungen pro Olympiaboykott meinte Höchtl im Interview: „Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass Personen in freien Staaten die moralische Verpflichtung haben, für jene Personen einzutreten, die in diktatorischen/autoritären Staaten unterdrückt werden, und dafür sollen immer die geeigneten Methoden gefunden werden.“<sup>323</sup>

In seiner Funktion als ÖOC-Mitglied setzte sich Josef Höchtl für den geheimen Abstimmungsmodus bei der Pro-Kontra-Boykott-Entscheidung am 20. Mai 1980 ein, damit – wie er hoffte – „andere, und vor allem mehr, in einer geheimen Wahl auch für den Boykott stimmen, die es öffentlich aus Furcht oder anderen Gründen nicht gemacht hätten.“<sup>324</sup> In Hinblick auf die Entscheidungsautonomie des ÖOC erklärte Josef Höchtl weiter: „Als Institution war das ÖOC autonom, die Personen haben natürlich nicht immer autonom gehandelt. Bruno Kreisky hatte großen Einfluss auf die SPÖ und seine Parteifreunde.“<sup>325</sup>

Der SPÖ-Politiker Kurt Heller, der seit seiner frühesten Jugend mit dem Sport eng verbundenen war, wurde im Jahr 1973 zum Präsidenten des ÖOC gewählt. Bereits vor seinem Amtsantritt formulierte Heller einen Grundsatz, der seine Arbeitweise im ÖOC bestimmen sollte: „Wir haben noch nie Parteipolitik im ÖOC betrieben und werden es auch in Zukunft nicht tun.“<sup>326</sup>

Interessant ist, dass ihm Rudolf Sallinger als Gegenkandidat um den Präsidenschaftsposten gegenüberstand, doch knapp vor der Wahl seine Kandidatur zurückzog – nicht aufgrund der guten Freundschaft, die Heller und Sallinger pflegten<sup>327</sup> –, sondern, „um zu verhindern, daß aus der Präsidentenwahl ein Politikum gemacht“ werde.<sup>328</sup> Sallinger sollte, und das lag im besonderen Interesse von Heller, in Zukunft als Vorsitzender des ÖOC-Finanzausschusses die Wirtschaft im ÖOC vertreten.<sup>329</sup>

Im Jahr des Amtsantrittes von Kurt Heller erschien die erste Ausgabe der *Olympischen Blätter*, der Informationsschrift des ÖOC. Der erste Artikel wurde sogleich dem neuen Präsidenten gewidmet, dessen Wahl wie folgt kommentiert wurde: „[Heller] war immer für eine unparteiliche Haltung in allen Fragen des österreichischen Sportes bemüht, was den

---

<sup>323</sup> Vgl. Interview mit Josef Höchtl.

<sup>324</sup> Vgl. ebd.

<sup>325</sup> Vgl. ebd.

<sup>326</sup> *Die Presse*, „Wir sind kein Exklusivklub!“, 28.6.1973.

<sup>327</sup> Vgl. Interview mit Kurt Heller.

<sup>328</sup> *Kronen-Zeitung*, 27.6.1973.

<sup>329</sup> Ebd.

Hauptausschlag gegeben hat, daß er an die Spitze der Olympischen Bewegung in Österreich gestellt wurde.<sup>330</sup>

Daran, dass sich Heller stets dafür einsetzte, dass Sport nicht als politisches Instrument eingesetzt werde, erinnert sich auch sein Sohn.<sup>331</sup> Heller tat sich immer wieder als Vermittler in brisanten sportpolitischen Fragen hervor. In seiner Funktion als Präsident der *Association of the European National Olympic Committees* (ANOCE), die er von 1987–1989 ausübte, engagierte er sich beispielweise gegen Apartheid im Sport und ermöglichte bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona einem albanischen Team die erstmalige Teilnahme an Olympia.<sup>332</sup>

Die internationale Perspektive der Olympiaboykottdebatte beleuchtete der ehemalige Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Lord Killanin, in seiner im Jahr 1983 erschienenen Autobiographie „My Olympic Years“. Noch vor der Eröffnung der Spiele in Moskau gab er bekannt, dass er nicht für eine weitere Periode als Präsident des IOC kandidieren würde. Als Hauptgrund nannte er den politisch motivierten Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.<sup>333</sup> Lord Killanin, der zudem auch unter dem Eindruck der nicht reibungslos abgelaufenen Vorbereitung der Spiele 1976 stand, kritisierte in seiner Autobiographie die Entwicklung der Olympischen Bewegung und bezeichnete die Olympischen Spiele in Moskau als „the most damaging event since the games were revived in 1896“<sup>334</sup>. Sein Nachfolger wurde Juan Antonio Samaranch, der das Präsidentenamt von 1980 bis 2001 bekleidete und die Aufgabe hatte, die Olympische Bewegung aus der durch internationale politische Spannungen entstandenen Krise zu führen.

### 5.3 Das „Nachspiel“

Auf politischer Ebene bestimmten Kritik- und Rechtfertigungsversuche die Meldungen nach der Pro-Olympia-Entscheidung des ÖOC. Kritik übten Politiker der Oppositionsparteien, wie beispielsweise Norbert Steger, der in der Sitzung des Nationalrates am 1. Juli 1980 – wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Moskau – nochmals das Thema „Außenpolitischer Rat“ ins Spiel brachte:

Selbstverständlich hat sich der Außenpolitische Rat auch mit derartigen Themen rechtzeitig zu beschäftigen und zu versuchen, eine Konsensbildung oder zumindest eine Meinungsabklärung

---

<sup>330</sup> *Olympische Blätter*, 1. Jg./Nr. 1 (1973), Wien 1973.

<sup>331</sup> Vgl. Interview mit Kurt Heller.

<sup>332</sup> Die Autorin bedankt sich bei Hon.-Prof. Dr. Kurt Heller für die Überlassung von Kopien einiger Unterlagen aus dem Nachlass von Kurt Heller.

<sup>333</sup> Senn, Power, 182.

<sup>334</sup> Killanin, *Olympic Years*, 221.

zwischen den Parteien herbeizuführen, weil eben Sport und Politik nicht so zu trennen sind, wie uns das gewisse Sportfunktionäre immer einreden wollen.<sup>335</sup>

Steger kritisierte nicht den Beschluss, an den Spielen teilzunehmen, sondern das Vorgehen bzw. die mangelnde Diskussionsbereitschaft der Regierungspartei in dieser Frage.

Drei Tage vor der Eröffnungsfeier zog Josef Höchtel bei einer Diskussion um die Bedeutung der Olympischen Spiele gewissermaßen Bilanz über die Boykottdebatte in Österreich. Der ÖVP-Pressedienst verbreitete am 16. Juli 1980 eine Stellungnahme des ÖVP-Sport- und Menschenrechtssprechers, in der er die Haltung des Bundeskanzlers und des ÖOC-Präsidenten zu den Menschenrechtsverletzungen im Zuge der gewaltsamen Invasion der Sowjetunion in Afghanistan sowie der Boykottdebatte scharf kritisierte. Seiner Ansicht nach, hätten Kreisky und Heller in diesem Fall „einfach die Augen geschlossen und die Ohren verschlossen [...] Anstatt mit klaren und deutlich sichtbaren Aktionen eine Verurteilung auszusprechen [...]“.<sup>336</sup>

Am 3. August 1980, dem Schlußtag der Veranstaltung in Moskau, resümierte Josef Höchtel über die Olympischen Spiele via ÖVP-Pressedienst. Er stellte fest, dass die Trennung von Sport und Politik reine Illusion sei und dass jene, die den Spielen in Moskau skeptisch gegenüberstehen, den richtigen Standpunkt verträten, denn: „Sportlich waren die Spiele durch das Fehlen traditioneller Erfolgsländer wie USA, Kanada, BRD und Japan entwertet und politisch wurden diese olympischen Spiele von der Sowjetunion für Propagandaspektakel genutzt.“<sup>337</sup>

Am 8. September 1980 machte Bruno Kreisky in einer Rede im Auditorium maximum der Wiener Universität seine Haltung zu Boykotten und Boykottandrohungen – vor dem Hintergrund der in den Jahren 1979 und 1980 aktuellen Themen Iran-Boykott und Olympiaboykott – deutlich:

Ich behaupte, eine Boykottandrohung, gegen wen immer sie ausgesprochen wird, hilft nur der regierenden Gruppe oder der Regierung, gegen die sie gemünzt ist, weil diese sich für alles, was passiert, ausreden kann, auch wenn das gar nichts mit dem Boykott zu tun hat. Es kommt hinzu, dass die Profitsucht dieser Welt so groß ist, dass auch diejenigen, die moralisch zur Einhaltung des Boykotts verpflichtet wären, nicht darauf verzichten können, ihre Profite zu machen und auf ‚Teufel komm’ raus’ nach Wegen suchen, wie sie diese machen können. Ich weiß, wovon ich rede.<sup>338</sup>

---

<sup>335</sup> Stenographisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 1. Juli 1980, 3960.

<sup>336</sup> ÖVP-Pressedienst, 16.7.1980.

<sup>337</sup> ÖVP-Pressedienst, 3.8.1980.

<sup>338</sup> Vortrag von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky im Rahmen der Wiener Internationalen Hochschulwochen im Auditorium maximum der Wiener Universität am 8. September 1980, in: *Österreichische Zeitschrift für Aussenpolitik*, 20. Jg., Heft 3 (1980), 252.

Auf den Umstand, dass auch das Verweigern von Boykotten wirtschaftlich motiviert sein kann, ging Kreisky bei dieser Rede nicht ein.

#### 5.4 Interpretationen 1980/81

Nahezu ein Monat vor der Entscheidung gegen den Olympiaboykott, veröffentlichte die Tageszeitung *Die Presse* unten stehende Zeichnung Gustav Peichls, der unter dem Pseudonym „Ironimus“ als Karikaturist für das Blatt tätig war und als Professor an der *Akademie für bildende Künste* in Wien lehrte. US-Präsident Jimmy Carter versperrt auf seinem (hohen) Niveau den Weg zu Olympia, was vom kleinen Österreich schlau unterlaufen wird. Die Beweggründe dafür sind am Reisegepäck leicht zu erkennen. Für wache Beobachter der Situation war also schon Ende April zu erkennen, wie sich das Österreichische Olympische Comité im Mai entscheiden würde.

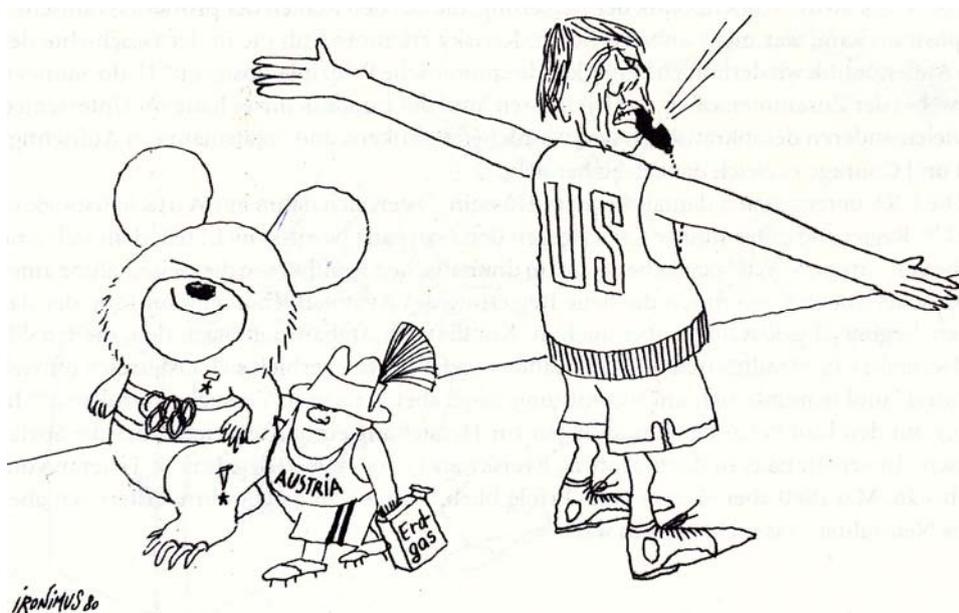


Abb. 1: Ironimus, in: *Die Presse*, 28.4.1980<sup>339</sup>

Andreas Unterberger, Außenpolitik-Redakteur der selben Zeitung, klassifizierte in einem im Jahr 1981 von Alois Mock herausgegebenen Buch die Haltung Kreiskys als pragmatisch, indem er meinte, Kreisky hätte „Angst vor Scherereien“ gehabt, da es „eine rege Aktivität der Sowjets rund um die Teilnahme der Spiele gegeben [hätte], die sogar bis in Wirtschaftskreise

<sup>339</sup> Abb.1: Bildunterschrift in *Die Presse*, 28.4.1980: „Mischa heißt das Maskottchen der Olympischen Sommerspiele in Moskau, an denen sich Österreich trotz westlichem Boykott beteiligt. Die trillerpfeifende USA können das an russischen Rohstoffen interessierte „neutrale“ Österreich nicht stoppen.“ Zit. nach: Gehler, Außenpolitik, Bd. 1, 495. Ein interessantes Kapitel über „Die Ära Kreisky aus der Sicht der Opposition und in Karikaturen von Ironimus“ bietet: Kriechbaumer, Ära Kreisky, 285–419.

gedrungen war.“<sup>340</sup> Unterbergers Feststellung des wirtschaftspolitischen Motivs Kreiskys für eine Haltung pro Olympia ist auch in Hinblick auf den Zeitpunkt seines Kommentars nachvollziehbar. Im Rahmen dieser Arbeit muss offen bleiben, woher Unterberger seine Informationen über eine „rege Aktivität der Sowjets“ (im Kontext auf die Beeinflussung der österreichischen Haltung) bezog, oder, ob es sich bei dieser Einschätzung vielmehr um eine Spekulation Unterbergers handelte. Wie zuvor festgehalten, konnten bei den Recherchen für diese Arbeit keine Hinweise auf ein direktes Lobbying sowjetischer Funktionäre bei österreichischen Entscheidungsträgern gefunden werden.

### 5.5 Von Moskau nach Sotschi

Im Jahr 2014 werden die XXII. Olympische Winterspiele im russischen Sotschi und damit im bedeutendsten Nachfolgestaat der UdSSR ausgetragen.<sup>341</sup> Drei Jahrzehnte nach den XXII. Sommerspielen in Moskau sorgt wieder die Wahl einer russischen Gastgeberstadt für kritische, internationale Stimmen. Neben der Kritik an den niederen demokratischen Standards in Russland sind es Befürchtungen von politischer und wirtschaftlicher Korruption sowie ökologische Bedenken, die für Diskussionen sorgen. Auch liegt die Stadt Sotschi im Kaukasus und damit in einer politisch überaus sensiblen Region.<sup>342</sup>

---

<sup>340</sup> Unterberger, *Mythen*, 160. Andreas Unterberger, der später in seiner Karriere u. a. auch Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Wien war, führt heute einen Internet-Blog, in dem er Kommentare zu tagespolitischen Themen publiziert. Am 29. Juli 2012, während der XXX. Olympischen Sommerspiele in London, verfasste er einen Artikel mit dem Titel „Olympia, Fußball oder Formel 1: Das Verbrechen ist immer nah“ – unter anderem kritisierte er darin die Förderung von Großveranstaltungen des Spitzensports aus öffentlichen Mitteln, da der Spitzensport „keinen allgemein vertretbaren Zweck“ erfülle und eine „nationalistische Show“ sowie „ein Riesengeschäft mit argen kriminellen Dimensionen“ sei. Vgl. <http://www.andreas-unterberger.at/2012/07/olympia-fusball-oder-formel-1-das-verbrecen-ist-immer-nah/?s=olympia> (abgerufen am: 1.8.2012)

<sup>341</sup> Sotschi, ein russischer Bade- und Kurort an der nordöstlichen Schwarzmeerküste nahe der georgischen Grenze, bewarb sich schon im Rahmen der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 als Veranstaltungsort der olympischen Segelwettbewerbe, den Vorzug erhielt jedoch Tallinn. Vgl. Karsten Brüggemann / Ralph Tuchtenhagen, *Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt*, Köln – Weimar – Wien 2011, 296.

<sup>342</sup> Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist die Region im Südkaukasus ein Konflikttherd internationaler Beziehungen. Die militärische Eskalation des lokalen Konfliktes zwischen Georgien und des abtrünnigen Gebietes Südossetien führte im Sommer 2008 – ein Jahr nach der Wahl der „Nachbarstadt“ Sotschi zum Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2014 – zu einem Blitzkrieg zwischen Russland und Georgien. Dass die georgische Führung völkerrechtlichen Anspruch auf die beiden abtrünnigen kaukasischen Gebiete Südossetien und Abchasien erhebt, führte immer wieder zu Auseinandersetzungen mit Russland. Nach dem Russisch-georgischen Fünf-Tage-Krieg sprach sich die russische Duma für die Anerkennung der abtrünnigen Gebiete aus und erklärte sich zu deren Schutzmacht. Die Vereinigten Staaten kritisieren den russischen Einfluss im postsowjetischen Raum und unterstützen das georgische Militär mit Waffenlieferungen, was wiederum auf russischer Seite als geopolitische Bedrohung wahrgenommen wurde. Vgl. Hans-Henning Schröder (Hg.), *Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik*, Berlin 2008, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008\\_S25\\_shh\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S25_shh_ks.pdf) (abgerufen am: 16.8.2012)

Politische Beeinflussung während des Vergabeprozesses von Olympischen Spielen ist keine Erfindung des Kalten Krieges, wurde jedoch in dieser Zeit der weltpolitischen Auseinandersetzungen häufig von hohen politischen Repräsentanten praktiziert. Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon war ein Vorreiter auf diesem Terrain, wie in der Einleitung zu Kapitel 2 bereits dargestellt wurde.

PolitikerInnen aus den Bewerberländern haben im Vorfeld der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees ihre Finger im Spiel – sie vertreten die „Applicant Cities“ und versuchen, die IOC-VertreterInnen im Rahmen des Auswahlverfahrens von den Vorzügen ihrer Stadt und ihres Landes zu überzeugen. Im Falle der Bewerbung Sotschis rührte vor allem Staatspräsident Wladimir Putin die Werbetrommel. 2007 präsentierte er auch persönlich die Bewerbung Sotschis vor der IOC-Kommission in Guatemala City.

Österreich schickte die Stadt Salzburg in das Rennen um die Austragung der Olympischen Winterspiele 2014. SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (2007–2008) stellte das Bewerbungskonzept vor, das in der ersten Abstimmungsrunde jedoch scheiterte.

2009 nahm sich US-Präsident Barack Obama Wladimir Putin zum „Vorbild“, als er die Olympiabewerbung Chicagos für 2016 vor der Vollversammlung des IOC in Kopenhagen präsentierte. Den Zuschlag erhielt jedoch Rio de Janeiro/Brasilien. Die Presse meldete nach Obamas „Olympia-Auftritt“: „Never before had a U.S. president made such an in-person appeal.“<sup>343</sup> Der Autor dieses Artikels schätzte offenbar Obamas Einsatzbereitschaft höher ein, als Nixons persönliches und politisches Engagement im Rahmen der Bewerbung von Los Angeles in den 1970er Jahren.

Die Olympische Bewegung der Neuzeit wurde im Laufe der Geschichte nicht nur in den Bannkreis der internationalen Politik und wirtschaftlichen Globalisierung gezogen, sondern auch in jenen der weltweiten Kommerzialisierung. Im Zusammenhang mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau erscheint es fast paradox, dass der US-amerikanische Konzern *Coca-Cola*<sup>344</sup> trotz der US-Boykott-Kampagne der größte Getränkeliieferant der Spiele in Moskau war. Ein anderes US-amerikanisches Großunternehmen stieg als Verlierer des Boykotts aus – die TV-Station *NBC*, die die Übertragungsrechte der Veranstaltung besaß, schrieb Verluste in Millionenhöhe.<sup>345</sup>

---

<sup>343</sup> *NBC News*, Obama lobbies IOC to pick Chicago for 2016, 2.10.2009, [http://nbcsports.msnbc.com/id/33130143/ns/sports-olympic\\_sports/](http://nbcsports.msnbc.com/id/33130143/ns/sports-olympic_sports/) (abgerufen am: 16.8.2012)

<sup>344</sup> The Coca-Cola Company ist seit den Olympischen Spielen 1928 in Amsterdam offizieller Partner und Sponsor der Olympischen Bewegung.

<sup>345</sup> Gloede, Sport, 407–408.

Durch die Kommerzialisierung der Olympischen Spiele sind globale und nationale Wirtschaftsbranchen längst nicht nur Nutznießer, sondern Hauptakteure in diesem Spektakel. Scheiterte eine Auftragsakquirierung Österreichs im Rahmen der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 – die Sowjetunion verkündete schon im Jahr 1978, dass die Bautätigkeiten ausschließlich von heimischen Firmen durchgeführt werden würden<sup>346</sup> – so werden österreichische Unternehmen (u. a. *Strabag*, *Siemens* oder der Seilbahnhersteller *Doppelmayr*) in Russland beim Projekt „Sotschi 2014“ mittendrin statt nur dabei sein.<sup>347</sup>

---

<sup>346</sup> Mueller, A Good Example, 244.

<sup>347</sup> *APA Science*, Heimische Technologien auf dem Weg nach Sotschi, 13.7.2012, [http://science.apa.at/site/politik\\_und\\_wirtschaft/detail?key=SCI\\_20120713\\_SCI4109149998613390](http://science.apa.at/site/politik_und_wirtschaft/detail?key=SCI_20120713_SCI4109149998613390) (abgerufen am: 18.8.2012)

## 6. Conclusio

Während in den 1960er und 1970er Jahren das Wettrüsten zwischen der Sowjetunion und den USA allmählich an Dynamik verlor, wurde im Sportbereich der ideologische Konflikt der politischen Systeme mit unvermindertem Engagement weitergeführt. Absagedrohungen, Boykotte und Terroranschläge führten die Grundphilosophie der „friedlichen und völkerverbindenden Olympischen Bewegung“ ad absurdum. Die gesamte (Sport)Welt wurde in den Sog der Auseinandersetzungen der Supermächte hineingezogen und immer wieder gezwungen, sich mit der einen oder anderen Seite zu solidarisieren. Dies wird ganz besonders im Falle des US-amerikanischen Aufrufs zum Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau ersichtlich. Der Historiker und Osteuropaexperte Alfred Erich Senn beschreibt diese Interferenz in seiner Analyse zu den Vorgängen rund um die Spiele in Moskau treffend: „In real life, the Olympic Games have developed as a dialectical clash between the ideals of their many supporters and the practices of their many participants.“<sup>348</sup>

Die vorliegende Arbeit zeigt auf, dass in Österreich das Thema des Olympiaboykotts auf politischer Ebene viel stärker präsent war, als dies in der medialen Berichterstattung sichtbar wurde. PolitikerInnen und Sportfunktionäre berieten nicht nur über Österreichs Olympiateilnahme, sie diskutierten die politischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile intensiv, die ein Antreten bzw. ein Fernbleiben einer österreichischen Delegation in Moskau nach sich ziehen würden.

Renate Kopitscheks These, nach der die Fäden in der Boykottdebatte bei Bundeskanzler Kreisky zusammenliefen, kann durch die Recherchen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, nicht bestätigt werden. Richtig ist, dass Kreisky aufgrund seiner exponierten Position zwar für die Medien auch in sportpolitischen Fragen „Gesprächspartner Nummer Eins“<sup>349</sup> war, allerdings konnte gezeigt werden, dass andere Politiker sowie Sportfunktionäre den Prozess der Entscheidungsfindung mindestens ebenso maßgeblich beeinflussten.

Wie dem Tagebuch des ehemaligen SPÖ-Handelsministers Josef Staribacher zu entnehmen ist, waren es vor allem Regierungspolitiker, die starkes Interesse am Auftreten österreichischer AthletInnen in Moskau hatten. Bruno Kreisky vertrat die Überzeugung, dass

---

<sup>348</sup> Senn, Power, xx.

<sup>349</sup> Kopitschek, Teilnehmen, 98.

ein Boykott zu einer Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR geführt hätte, wie folgende von Staribacher notierte Aussage des Bundeskanzlers bestätigt: „Nachher müssten wir aber zu den Sowjets entsprechenden Kanossagang [sic!] unternehmen, um dann nach etlichen Jahren endlich wieder dieselbe Situation zu haben, wie wir sie jetzt vorfinden.“<sup>350</sup>

Die Bundesparteiobmänner der Oppositionsparteien FPÖ, Norbert Steger, und ÖVP, Alois Mock, brachten sich ebenfalls stark in die Debatte ein. Die Diskussion um den Olympiaboykott eröffnete für den politischen Gegner eine weitere Möglichkeit, die „Alleingänge“ der SPÖ in der Außenpolitik bzw. den aus ihrer Sicht mangelnden Informationsaustausch in außenpolitischen Fragen aufzuzeigen und zu kritisieren.

Wohl wurde in den Sitzungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten auf Drängen der ÖVP das Boykotthema kontrovers diskutiert, allerdings nicht mit klaren Positionen verhandelt. Eine gemeinsam akkordierte Haltung der Parlamentsparteien zu dieser Frage, die von der FPÖ und der ÖVP gefordert wurde, kam jedoch aufgrund des Desinteresses der SPÖ nicht zustande. Die SPÖ betonte immer wieder, dass die Politik aus rechtlichen Gründen keine Möglichkeit habe, auf den Entscheidungsfindungsprozess einzuwirken.

Eine Diskussion im Nationalrat unterblieb. Diese wurde ersatzweise über Presseaussendungen der Parteien ausgetragen. Während in der Sozialistischen Korrespondenz eine neutrale Haltung kommuniziert und die Unabhängigkeit des ÖOC betont wurde (massiv gestützt durch eine vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Expertise des Verfassungsdienstes), zeigte sich in den Nachrichten des ÖVP-Pressedienstes eine Pro-Boykott-Kampagne der Österreichischen Volkspartei.

Auch in den neutralen Staaten Finnland, Schweden und Schweiz wurde kein parlamentarischer Beschluss über die Boykottfrage gefasst. Wie Österreich gelangten auch diese Staaten zu der (pragmatischen) Entscheidung, an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen.

Neben dem diplomatischen Kalkül waren es vor allem wirtschaftspolitische Erwägungen, die schlussendlich dazu führten, dass Österreich dem US-Boykottaufruf keine Folge leistete. Für die österreichische Wirtschaft waren die Außenhandelsbeziehungen zu der Sowjetunion von substantieller Bedeutung – nicht nur im Bereich der Energiepolitik (insbesondere hinsichtlich Erdöl- und Erdgaslieferungen), sondern vor allem in Hinblick auf die prekäre Situation der Verstaatlichten Industrie, die durch Aufträge im Ausland gestärkt werden sollte.

---

<sup>350</sup> TbSt, Ordner: 7.1.1980 – 14.3.1980, 18.2.1980.

Meinungsbildende Akteure auf dieser Ebene waren Josef Staribacher und Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger. Sallinger, der im Gegensatz zu seinen ÖVP-Parteikollegen eine Teilnahme österreichischer SportlerInnen in Moskau befürwortete, gehörte zudem in seiner Funktion als Vorsitzender des Finanzausschusses dem Vorstand des ÖOC an. Die im Zusammenhang mit der Olympiateilnahme stehenden ökonomischen Überlegungen wurden intern klar kommuniziert. Im Gegensatz zu der via Sozialistischer Korrespondenz veröffentlichten Meinung, war die SPÖ-Alleinregierung an der Olympiateilnahme Österreichs sehr interessiert, um die guten Wirtschaftskontakte zur UdSSR intakt zu halten.

Die Empfehlung eines Regierungsmitgliedes für die Teilnahme blieb öffentlich jedoch unausgesprochen. Die Umsetzung des politischen Willens erfolgte über das ÖOC, das schlussendlich die politisch gewünschte Entscheidung zur Entsendung einer Delegation zu den Sommerspielen nach Moskau traf. In Bezug auf die Frage der Autonomie in der Entscheidungsfindung des ÖOC, gibt Gerald Hinteregger, der als Botschafter in Moskau die Debatte verfolgte, in seinen Erinnerungen eine Antwort: „Nach einigem Hin- und Her entschied das Österreichische Olympische Komitee – wohl nicht ohne Segen der Bundesregierung – dass ein Fernbleiben von den Olympischen Spielen keine geeignete Form des politischen Protests darstellte“<sup>351</sup>. Erwin Lanc, der zum Zeitpunkt der Boykottdebatte Bundesminister für Inneres sowie Sportfunktionär auf Fachverbandsebene war, bezeichnete die Teilnahmeentscheidung rückblickend als „Konsensentscheidung“.<sup>352</sup>

Mit den auf Moskau folgenden XXIII. Olympischen Sommerspielen in Los Angeles 1984 wurde die Serie der sogenannten Boykottspiele fortgesetzt. Die politischen und diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion waren nicht nur auf sportpolitischem Terrain, sondern generell an einem Tiefpunkt angelangt. Die sowjetische Führung rief zum Boykott der Spiele in Los Angeles auf, dem 18 Nationen, vorwiegend aus dem Ostblock, folgten.<sup>353</sup> Zu diesem „Gegenboykott“ bzw. der sogenannten sowjetischen „Revanche für 1980“ entwickelte sich in Österreich laut einer Aussage von Erwin Lanc keine Diskussion. Die österreichische Regierung sowie das ÖOC erwogen „in keinem Moment einen Boykott“, erinnerte sich Lanc im Interview mit der Autorin.<sup>354</sup>

---

<sup>351</sup> Hinteregger, Auftrag, 246.

<sup>352</sup> Vgl. Interview mit Erwin Lanc.

<sup>353</sup> Vgl. Anm. 41.

<sup>354</sup> Vgl. Interview mit Erwin Lanc.

Im Juni 1980 druckte die Tageszeitung *Kurier* ein Interview mit Kurt Heller, in dem er gefragt wurde, ob angesichts des Boykotts und des Fehlens zahlreicher Nationen der Wert der Spiele geringer sei. Der ÖOC-Präsident antwortete darauf: „Schau’n S’, in zwanzig Jahren wird keiner mehr danach fragen.“<sup>355</sup> Diese Prognose Hellers hat sich bezüglich der öffentlichen Diskussion als richtig erwiesen. Im Bereich der *Cold War Studies* werden aber nicht nur die traditionellen Themen des Ost-West-Verhältnisses erörtert, sondern vermehrt die diplomatischen Verflechtungen auch durch Untersuchung von Fragen wie die Boykottierung Olympischer Spiele offen gelegt.

---

<sup>355</sup> *Kurier*, Porträt der Woche, ÖOC-Präsident Kurt Heller: Weshalb Österreich zu den Olympischen Spielen nach Moskau fährt, 7.6.1980.

## 7. Quellen- und Literaturverzeichnis

### Monographien, Sammelbände, Schriftenreihen, Hochschulschriften

Norbert Adam, 1945–2005. 60 Jahre Sport in Österreich. Eine Erfolgsgeschichte, hg. vom Bundeskanzleramt, Wien 2005.

Norbert Adam, Bundes-Sportorganisation. Sechs erfolgreiche Jahrzehnte für Österreichs Sport, hg. von der Österreichischen Bundes-Sportorganisation, Wien 2011.

Hannes Androsch / Anton Pelinka / Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006.

Erich Bielka / Peter Jankowitsch / Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien 1983.

Günter Bischof / Anton Pelinka / Oliver Rathkolb (Hg.), The Kreisky Era in Austria (= Contemporary Austrian Studies, Vol. II), New Jersey 1994.

Karsten Brüggemann / Ralph Tuchtenhagen, Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Köln – Weimar – Wien 2011.

Jimmy Carter, Keeping Faith. Memoires of a President, New York 1982.

Herbert Dachs / Peter Gerlich / Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995.

Getrude Enderle-Burcel / Piotr Franaszek / Dieter Stiefel / Alice Teichova (Hg.), Gaps in the Iron Curtain. Economic relations between neutral and socialist countries in Cold War Europe, Krakau 2009.

Getrude Enderle-Burcel / Dieter Stiefel / Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9), Wien 2006.

Richard Espy, *The Politics of the Olympic Games*, Berkeley – Los Angeles – London 1979.

Peter Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele. Analyse des Stellenwertes der Olympischen Spiele als Faktor der nationalen und internationalen Politik unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Konfliktformationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Dissertation, Universität Wien 1993.

Heinz Fischer, *Die Kreisky-Jahre 1967–1983*, Wien 1993.

Michael Franck, *Der olympische Boykott 1980. Eine Untersuchung über die Beziehung von Sport und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Bundesrepublik Deutschland. Eine medienanalytische Arbeit*, Dissertation, Universität zu Bonn 1983.

Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), *Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben*, Wien 1986.

Werner Gatty / Gerhard Schmid / Maria Steiner / Doris Wiesinger (Hg.), *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970–1983*, Innsbruck – Wien 1997.

Carmen Gebhard, *Neutralität und Europäische Integration. Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich (= Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 9/2005)*, Wien 2005.

Michael Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*, Bd. 1, Innsbruck – Wien – Bozen 2005.

Walter Gloede, *Sport, die unbekannte Größe im politischen Spiel*, München 1980.

Hauke Hartmann, *Die Menschenrechtspolitik unter Präsident Carter. Moralische Ansprüche, strategische Interessen und der Fall El Salvador*, Frankfurt/Main 2004.

Christopher R. Hill, *Olympic politics*, Manchester – New York 1992.

Gerald Hinteregger, Im Auftrag Österreichs. Gelebte Außenpolitik von Kreisky bis Mock, Wien 2008.

Annette R. Hofmann (Hg.), Sport in den USA, Münster 2012.

Derick L. Hulme Jr., The political Olympics. Moscow, Afghanistan, and the 1980 U.S. Boycott, New York – Westport/Connecticut – London 1990.

Baron Michael Morris Killanin, My Olympic Years, Morrow 1983.

Willi Ph. Knecht, Der Boykott. Moskaus mißbrauchte Olympiade, Köln 1980.

Renate Kopitschek, Teilnehmen oder nicht teilnehmen? Die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau im Spiegel der österreichischen Printmedien, Diplomarbeit, Universität Wien 1996.

Kreisky Reden, Band II, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Hg.), Wien 1981.

Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983, Wien – Köln – Weimar, 2004.

Paul Levine, Raoul Wallenberg in Budapest. Myth, History and Holocaust, Portland 2009.

Alois Mock (Hg.), Durchbruch in die Moderne. Von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft, Graz – Wien – Köln 1981.

Wolfgang Mueller, A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria and Neutrality 1955-1991 (= Zentraleuropa-Studien, Bd. 15), Wien 2011.

Günter R. Müller / Dieter Kühnle, Moskauer Spiele. Olympia im Zwielficht – Bericht, Kritik, Kommentar, München 1980.

Leopoldo Nuti (Hg.), The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, New York 2009.

Rolf Pfeiffer, Sport und Politik. Die Boykottdiskussionen um die Olympischen Spiele von Mexico City 1968 bis Los Angeles 1984, (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 324), Frankfurt/Main 1987.

Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay, Wien – München 2000.

Jürgen Pucher, Der Einfluss früherer „Schihelden“ und der medialen Berichterstattung auf die nationale Identität der österreichischen Schifans, Diplomarbeit, Universität Wien, 2010.

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005.

Oliver Rathkolb / Otto M. Maschke / Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990 (= Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Bd. 2), Wien – Köln – Weimar 2002.

Manfried Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien 2010.

Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (= Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 2), Göttingen 2009.

Karl-Heinz Ruffmann, Sport und Körperkultur in der Sowjetunion, München 1980.

Nicholas Evan Sarantakes, Dropping the Torch. Jimmy Carter, the Olympic Boycott, and the Cold War, New York 2011.

Erwin A. Schmidl, Österreich im frühen Kalten Krieg 194–1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien – Köln – Weimar 2000.

Alfred Erich Senn, Power, Politics and the Olympic Games, Champaign 1999.

Gerald Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983, Innsbruck – Wien – Bozen 2006.

Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.

Wolfgang Witzelsperger, *Die Interdependenz von Sport und Politik in Österreich am Beispiel der Zweiten Republik*, Dissertation, Universität Wien 1999.

Linda Martina Zeiler, *Was bleibt? Das politische Wirken und Vermächtnis von Dr. Fred Sinowatz (= Beiträge zur Neueren Geschichte Österreichs, Band 27)*, Frankfurt/Main 2011.

### **Artikel in Periodika, Fachjournalen, Zeitschriften und Tageszeitungen**

BSO-Mitteilungen, Folge 5/6 (1979), Wien 1979.

BSO-Mitteilungen, Folge 1/2 (1980), Wien 1980.

BSO-Mitteilungen, Folge 5/6 (1980), Wien 1980.

M. Patrick Cottrell / Travis Nelson, *Not just the Games? Power, protest and politics at the Olympics*, in: *European Journal of International Relations* Vol.17/No.4 (2011), 729–749.

Sven Güldenpfennig, *Olympische Spiele und Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-30 (2008), 6–12.

Nikolaus Katzer, *Ideologie und Pragmatismus in der sowjetischen Außenpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2 (2009), 3–10.

Penelope Kissoudi, *Sport, Politics and International Relations in the Twentieth Century*, in: *The International Journal of the History of Sport* 25:13 (2008), 1689–1706.

Kontinent – Forum für Ost-West-Fragen 14, Jg. 6 (1980), 3–6.

Kronen-Zeitung, 27.6.1973.

Kurier, Porträt der Woche, ÖOC-Präsident Kurt Heller: Weshalb Österreich zu den Olympischen Spielen nach Moskau fährt, 7.6.1980.

Evelyn Mertins, Der Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau in der sowjetischen Presse, in: *Stadion* (Internationale Zeitschrift für Geschichte des Sports) 29 (2003), 251–261.

Timo Metsä-Tokila, Combining Competitive Sports and Education: How Top-Level Sport Became Part of the School System in the Soviet Union, Sweden and Finland, in: *European Physical Education Review* Vol.8/No.3 (2002), 196–206.

Jürgen Mittag, Sport und Protest, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2 (2009), 9–14.

Olympische Blätter, 1. Jg./Nr. 1 (1973), Wien 1973.

Olympische Blätter, 8. Jg./Nr. 4 (1980), Wien 1980.

Olympische Blätter, 8. Jg./Nr. 5 (1980), Wien 1980.

Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, 18. Jg. (1978), ), hg. v. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Wien 1978.

Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, 19. Jg. (1979), hg. v. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Wien 1979.

Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, 20. Jg. (1980), hg. v. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Wien 1980.

Die Presse, „Wir sind kein Exklusivklub!“, 28.6.1973.

Nicholas Evan Sarantakes, Moscow versus Los Angeles. The Nixon White House wages Cold War in the Olympic selection process, in: *Cold War History* 9:1 (2009), 135–157.

## **Internetquellen**

Karl Blecha, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00127/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00127/index.shtml) (abgerufen am: 9.9.2012)

Wilfried A. K. Gredler,  
<http://www.munzinger.de/search/portrait/Wilfried+Gredler/0/12946.html> (abgerufen am: 9.9.2012)

Kurt Heller, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00568/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00568/) (abgerufen am: 20.4.2012)

Josef Höchtl, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00608/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00608/) (abgerufen am: 12.1.2012)

Andreas Khol, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00799/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00799/) (abgerufen am: 15.5.2012)

Erwin Lanc, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00769/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00769/) (abgerufen am: 12.1.2012)

Fritz Marsch, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01084/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01084/index.shtml) (abgerufen am: 9.9.2012)

Alois Mock, <http://www.alois-mock.at/politik/artikel.asp?where=11709> (abgerufen am: 5.5.2012)

Jolanda Offenbeck, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01100/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01100/index.shtml) (abgerufen am: 21.4.2012)

Rudolf Sallinger, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01572/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01572/index.shtml) (abgerufen am: 22.2.2012)

Norbert Steger, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01832/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01832/index.shtml) (abgerufen am: 21.4.2012)

Gerulf Stix, [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01861/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01861/index.shtml) (abgerufen am: 15.5.2012)

Richard A. Viguerie, [http://www.politico.com/arena/bio/richard\\_a\\_viguerie.html](http://www.politico.com/arena/bio/richard_a_viguerie.html) (abgerufen am: 6.6.2012)

APA Science, Heimische Technologien auf dem Weg nach Sotschi, 13.7.2012, [http://science.apa.at/site/politik\\_und\\_wirtschaft/detail?key=SCI\\_20120713\\_SCI4109149998613390](http://science.apa.at/site/politik_und_wirtschaft/detail?key=SCI_20120713_SCI4109149998613390) (abgerufen am: 18.8.2012)

Regine Bleiß, Olympische Spiele 1936. Proteste und Boykottbestrebungen, <http://www.dhm.de/~jarmer/olympiaheft/olympia3.htm> (abgerufen am: 20.8.2012)

Michael Gehler, Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich, <http://homepage.univie.ac.at/silvia.michal-misak/gehler.pdf> (abgerufen am: 4.1.2012)

Bernd Greiner, Kalter Krieg und „Cold War Studies“, in: Docupedia Zeitgeschichte, 11.2.2010, [http://docupedia.de/zg/Cold\\_War\\_Studies](http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies) (abgerufen am: 20.10.2012)

Donald Macintosh/Michael Hawes, The IOC and the World of Interdependence, in: *Olympika: The International Journal of Olympic Studies*, Vol. 1 (1992), 29–45, [http://www.la84foundation.org/SportsLibrary/Olympika/Olympika\\_1992/olympika0101c.pdf](http://www.la84foundation.org/SportsLibrary/Olympika/Olympika_1992/olympika0101c.pdf) (abgerufen am: 21.2.2012)

Matthias Marschik, Österreich und Europa – Österreich im Sport. Anmerkungen zum Beitrag des Sports zur nationalen Identität, in: *Medien Impulse*, Nr. 24 (1998), 19–26, <http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/identitaet/24marsch.pdf> (abgerufen am: 12.10.2012)

Maria Mesner/Theodor Venus/Remigio Gazzari, Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000, Projektendbericht, [http://www.kreisky.org/endbericht\\_wirtschaftspolitik.pdf](http://www.kreisky.org/endbericht_wirtschaftspolitik.pdf) (abgerufen am: 23.3.2012)

NBC News, Obama lobbies IOC to pick Chicago for 2016, 2.10.2009,  
[http://nbcports.msnbc.com/id/33130143/ns/sports-olympic\\_sports/](http://nbcports.msnbc.com/id/33130143/ns/sports-olympic_sports/) (abgerufen am:  
16.8.2012)

The Official Report of Games of the XXII Olympiad, Volume 3,  
<http://www.la84foundation.org/6oic/OfficialReports/1980/or1980v3.pdf> (abgerufen am:  
1.2.2012)

Olympic Charter 1979,  
[http://www.olympic.org/Documents/Olympic%20Charter/Olympic\\_Charter\\_through\\_time/1979-Olympic\\_Charter.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Olympic%20Charter/Olympic_Charter_through_time/1979-Olympic_Charter.pdf) (abgerufen am: 4.4.2012)

Ö1-Abendjournal, 19.5.1980, Österreichisches olympisches Komitee entscheidet sich für Teilnahme an Olympiade in Moskau,

[http://www.mediathek.at/oe1\\_journale/popup/popup\\_media\\_manager.php?fileId=1092477&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1\\_journale%2Fpopup%2Fpopup\\_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager\\_SearchAPI\\_URL%3D%26ajax%3D1](http://www.mediathek.at/oe1_journale/popup/popup_media_manager.php?fileId=1092477&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1_journale%2Fpopup%2Fpopup_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager_SearchAPI_URL%3D%26ajax%3D1) (abgerufen am: 20.7.2012)

Ö1-Mittagsjournal, 30.6.1980, Interview mit ÖOC-Präsident Heller, Österreich beteiligt sich an Protestaktionen in Moskau,

[http://www.mediathek.at/oe1\\_journale/popup/popup\\_media\\_manager.php?fileId=1105774&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1\\_journale%2Fpopup%2Fpopup\\_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager\\_SearchAPI\\_URL%3D%26ajax%3D1](http://www.mediathek.at/oe1_journale/popup/popup_media_manager.php?fileId=1105774&destination=http%3A%2F%2Fwww.mediathek.at%2Foe1_journale%2Fpopup%2Fpopup_search.php%3Fdata%255Bq%255D%3Dmoskau%26data%255Bpage%255D%3D4%26data%255BstartDate%255D%255Bday%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Bmonth%255D%3D1%26data%255BstartDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26data%255BendDate%255D%255Bday%255D%3D31%26data%255BendDate%255D%255Bmonth%255D%3D12%26data%255BendDate%255D%255Byear%255D%3D1980%26MediaManager_SearchAPI_URL%3D%26ajax%3D1) (abgerufen am: 20.7.2012)

Österreichische Bundes-Sportorganisation,

<http://www.bso.or.at/de/bso/ueber-uns/aufgaben-und-ziele/> (abgerufen am: 10.3.2012)

Österreichisches Olympisches Comité,

<http://www.oec.at> (abgerufen am: 16.6.2012)

Österreichische Sporthilfe,

<http://www.sporthilfe.at/index,2841,40%20Jahre%20f%C3%BCr%20mehr%20Erfolg%20in%20%C3%96sterreichs%20Sport.html> (abgerufen am: 22.2.2012)

Die Presse, Weltweite Diskussion: Boykott der Olympischen Spiele?, 25.3.2008,

[http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/372167/Weltweite-Diskussion\\_Boykott-der-Olympischen-Spiele](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/372167/Weltweite-Diskussion_Boykott-der-Olympischen-Spiele) (abgerufen am: 5.5.2012)

Die Presse, Österreichs Regierung boykottiert EM-Spiele in der Ukraine, 2.5.2012,

<http://diepresse.com/home/sport/fussball/754063/Oesterreichs-Regierung-boykottiert-EMSpiele-in-Ukraine> (abgerufen am: 5.5.2012)

Hans-Henning Schröder (Hg.), Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, Berlin 2008,

[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008\\_S25\\_shh\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S25_shh_ks.pdf)  
(abgerufen am: 16.8.2012)

Der Spiegel, Kaltes Geschäft, 11.2.1980, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14324799.html>

(abgerufen am: 9.9.2012)

Olaf Stieglitz / Jürgen Martschukat, Sportgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 27.2.2012, <http://docupedia.de/zg/Sportgeschichte> (abgerufen am: 20.10.2012)

Andreas Unterberger, Olympia, Fußball oder Formel 1: Das Verbrechen ist immer nah,

29.7.2012, <http://www.andreas-unterberger.at/2012/07/olympia-fusball-oder-formel-1-das-verbrechen-ist-immer-nah/?s=olympia> (abgerufen am: 1.8.2012)

## Veröffentlichte Dokumente

25 Jahre Staatsvertrag. Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland, hg. von der österreichischen Bundesregierung und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geschichte der Universität Wien, Wien 1981.

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1. Januar bis 30. Juni 1980, Bd.1, hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Horst Möller/Klaus Hildebrand/Gregor Schöllgen), München 2011.

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 34 (11. Februar 1980), Protokoll der Sitzung vom 16. Januar 1980, 29,  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:1980:034:0018:0030:DE:PDF>  
(abgerufen am: 30.8.2012)

Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, Erlassung der Geschäftsordnung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Oktober 1976,  
[http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976\\_575\\_0/1976\\_575\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_575_0/1976_575_0.pdf) (abgerufen am: 10.8.2012)

Jimmy Carter, Letter to the President of the U.S. Olympic Committee on the Games to be held in Moscow, January 20, 1980,  
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=33238&st=olympics&st1=#axzz1ecMO2xV0> (abgerufen am: 10.1.2012)

Jimmy Carter, Mailgram to the President of the United States Olympic Committee on U.S. Participation in the Games, April 5, 1980,  
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=33238&st=olympics&st1=#axzz1ecMO2xV0> (abgerufen am: 16.6.2012)

Stenographisches Protokoll des Nationalrates, XV. GP, 27. Sitzung vom 6. März 1980,  
[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ\\_00027/imfname\\_146783.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ_00027/imfname_146783.pdf)  
(abgerufen am: 14.4.2012)

Stenographisches Protokoll des Nationalrates, XV. GP, 41. Sitzung vom 1. Juli 1980, [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ\\_00041/imfname\\_109903.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XV/NRSITZ/NRSITZ_00041/imfname_109903.pdf) (abgerufen am: 14.4.2012)

## **Archivquellen**

Sammlung *Austrodok* am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien:

- Presseaussendungen der Sozialistischen Korrespondenz
- Presseaussendungen des ÖVP-Pressedienst
- Presseaussendungen des Freiheitlichen Pressedienstes
- ORF-Aufnahmen

*ORF-Archiv*, Außenstelle am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien:

- ORF, Wochenschau vom 25.5.1980.

*Österreichisches Olympisches Comité*:

- Unterlagen aus dem Nachlass von Kurt Heller.

*Stiftung Bruno Kreisky Archiv Wien (StBKA)*:

- VI.1. Wirtschaft, Finanzen, Betriebe, Bauten, Verkehr, Landwirtschaft, Box 48, Korrespondenz: Sts Dr. Nußbaumer, 1979–82.
- VII.1. Länderboxen UdSSR, Box 5 (1979–1981), 1980, Mappe „UdSSR“, Konvolut: Sommerolympiade 1980 in Moskau.
- VII.1. Länderboxen UdSSR, Box 5 (1979–1981), 1980, Mappe „UdSSR“, Sammelmappe: diverse Unterlagen und Informationen betr. sowjetische Innenpolitik, österreichisch-sowjetische Beziehungen, 1978–1980.
- VII.10. Rat für auswärtige Angelegenheiten, Box 2, 14. Sitzung 1980 - 19. Sitzung 1981.
- X.3 Prominentenkorrespondenz, Box 13, Jimmy Carter.
- Depositum: Alois Reitbauer.

*Tagebuch von Josef Staribacher (TbSt)*, Stiftung Bruno Kreisky Archiv Wien:

- Ordner: 7.1.1980–14.3.1980
- Ordner: 17.3.1980–31.5.1980
- Ordner: 2.6.1980–31.7.1980
- Ordner: 1.8.1980–14.10.1980
- Ordner: 15.10.1980–23.12.1980

## **Interviews**

Interview mit Hon.-Prof. Dr. Kurt Heller am 17. August 2012 in Wien, Transkript und Kopien persönlicher Unterlagen von Stadtrat und ÖOC-Präsident Kurt Heller sind im Privatbesitz der Autorin.

Interview mit Bundesminister i. R. Dr. Erwin Lanc am 24. April 2012 in Wien, Transkript ist im Privatbesitz der Autorin.

Interview mit MinR. Prof. Dr. Josef Höchtl am 15. Mai 2012 in Wien, Transkript ist im Privatbesitz der Autorin.

## Anhang

Die biographischen Daten wurden der Website des Österreichischen Parlaments entnommen und von den Interviewpartnern ergänzt.

### **Kurzbiographie von MinR. Prof. Dr. Josef Höchtl<sup>356</sup>** (geb. 1947 in Hollabrunn)

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Sonderbeauftragter für bilaterale und multilaterale Angelegenheiten im Bundesministerium für (Wissenschaft und Forschung)

- Abgeordneter zum Nationalrat (XIV.–XX. GP), ÖVP, 28.11.1975–28.10.1999
- Mitglied des Bundespartei Vorstandes der ÖVP 1972–1981 und 1991–1997
- Bundesparteiobmann-Stellvertreter der ÖVP 1977–1981
- Mitglied der Bundesparteileitung 1981–1991
- Sprecher der ÖVP für Sportpolitik 1979–1993
- Sprecher des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei für Menschenrechtsfragen 1979–1989 (und weiter bis 1995)
- Viele Jahre Bildungssprecher der ÖVP und gleichzeitig Obmann des Unterrichtsausschusses
- Vizepräsident der Europäischen Union der Jungen Christdemokraten 1976–1981
- Vorsitzender-Stellvertreter des *Österreichischen Bundesjugendringes* 1972–1980
- Fraktionschef der christlich-demokratischen und konservativen Parlamentarier seit 1987 in der Interparlamentarischen Union (IPU) bis 1999
- Vizepräsident der EUCDA (Europäische Union Christlich-demokratischer Arbeitnehmer) 1993–1997 (Präsident: der Luxemburger Ministerpräsident Juncker)
- Bundesobmann der Jungen ÖVP (JVP) 1972–1981
- Präsident der *Österreichischen Liga für Menschenrechte* 1990–1996
- Präsident der *Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung* seit 1990
- Langjähriger Präsident des *Österreichischen Rodelverbandes* 1976–2002, danach Ehrenpräsident
- Sonderbeauftragter für bilaterale und multilaterale Angelegenheiten im Bundesministerium für Wissenschaft und Wissenschaft seit 1997

---

<sup>356</sup> [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00608/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00608/) (abgerufen am: 12.1.2012)

**Kurzbiographie von Bundesminister i. R. Dr. Erwin Lanc<sup>357</sup>** (geb. 1930 in Wien)

- Abgeordneter zum Nationalrat (XI.–XII. GP), SPÖ, 30.03.1966–24.06.1970
- Abgeordneter zum Nationalrat (XII.–XVI. GP), SPÖ, 19.10.1970–31.05.1983
- Bundesminister für Verkehr, 17.09.1973–08.06.1977
- Bundesminister für Inneres, 08.06.1977–24.05.1983
- Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 24.05.1983–10.09.1984
- Vizepräsident der *Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich* (ASKÖ)
- Präsident des *Österreichischen Handball- und Faustballbundes* (1977–1993), seit 1993 Ehrenpräsident des *Österreichischen Handballbundes*
- Präsident der *International Handball Federation* (1984–2000)
- Präsident des *International Institute for Peace* seit 1989

---

<sup>357</sup> [http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00769/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00769/) (abgerufen am: 12.1.2012)

## **Abstract**

In der vorliegenden Diplomarbeit wurde der brisanteste Prozess in der jüngeren Geschichte der österreichischen Sportpolitik beleuchtet. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges kam es in Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 zu einer Konfrontation der Weltmächte USA und Sowjetunion, die in Folge die überwiegende Mehrzahl der teilnahmeberechtigten Staaten zum Beziehen einer Position mit erheblicher außenpolitischer Signalkraft nötigte: zur Unterstützung der USA, die einen Boykott forderten, oder zur Teilnahme an den Spielen und damit einer Geste pro Sowjetunion.

Auf Basis einer qualitativen Analyse von Primärquellen wurde der österreichische Entscheidungsfindungsprozess rekonstruiert. Hieraus ließ sich ableiten, welche Institutionen und Personen federführend in der Diskussion um die Olympiateilnahme waren. Das Suchfeld für Informationen lag in schriftlichen Dokumenten zur österreichischen Innen- und Außenpolitik sowie Diplomatie und im Besonderen im Tagebuch des im Untersuchungszeitraum als Handelsminister amtierenden Josef Staribacher. Weiters konnten in Interviews mit Zeitzeugen Informationen gesammelt werden.

Besondere Beachtung wurde der Rolle und Position von Bruno Kreisky gewidmet, der im Olympiajahr als Bundeskanzler eine SPÖ-Alleinregierung führte und Kraft seiner Position und seines auch außenpolitischen Gewichts mit besonderer Gestaltungskraft ausgestattet war. Die Rechercheergebnisse liefern die Antwort, inwiefern es sportliche, politische und/oder wirtschaftliche Beweggründe waren, die zu einer Entscheidung für die Teilnahme österreichischer AthletInnen an den Olympischen Sommerspielen in Moskau führten und inwieweit der eigentliche Entscheidungsträger – das Österreichischen Olympischen Comité – von außen beeinflusst wurde.

## Lebenslauf

Agnes Meisinger, geb. 16.04.1980 in Wien

E-Mail: agnes.meisinger@univie.ac.at

### Ausbildungen

Studium der Geschichtswissenschaften (und Politikwissenschaft)	seit 1998
Matura am Sportrealgymnasium, Parhamerplatz 18, 1170 Wien	1998
Ausbildung zur Sport-Lehrwartin (Bundesanstalten für Leibeserziehung)	2004

### Berufliche Tätigkeiten

Administrative Mitarbeiterin der Universität Wien	seit Juni 2008
Redaktionsassistentin der historischen Fachzeitschrift „zeitgeschichte“	seit Juni 2008
Redaktionsassistentin und Online-Redaktion bei Redaktionsbüro und Werbeagentur Büro Meisinger, 1060 Wien	2005–2007
Verwaltungstätigkeiten bei Xocolat, 1010 Wien	2005–2007
Kinder- und Jugendtrainerin (Basketball)	2003–2006
Organisationstätigkeit im Rahmen von Kunst- und Designausstellungen, Designzone Looshaus, 1010 Wien	2002–2004

### Vorträge und Publikationen

Vortrag zum Thema „Der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980“ im Rahmen des Workshops „Österreich: Ein Akteur in Kalten Krieg? Analysen und Perzeptionen im internationalen Kontext 1955–1991“, Universität Wien am 21. September 2012

Redaktionelle Mitarbeit an mehreren geschichtswissenschaftlichen Publikationen

Planung und Organisation zahlreicher wissenschaftlicher Konferenzen und Workshops

### Fortbildungen

Einführungskurs <i>InDesign</i> , ZID der Universität Wien	März 2012
Einführungskurs für Redakteur/innen <i>Typo 3 (Content-Management Framework für Websites)</i> , ZID der Universität Wien	März 2011